G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Klaus Ehrler
Rechtstrend — Gefahr für Europa

Jörg Huffschmid
Karl Schillers Konzertierte Aktion

Dr. Hanns-Jochen Hauß/Reinhard Opitz
Zu Karl Schillers Werdegang

Hans Heinz Holz
Die Sowjetunion heute

Alfred Horné
Zur Enzyklika Papst Paul VI. über den „Fortschritt der Völker"

Friedhelm Baukloh
Die Krise der öffentlichen Büchereien

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Mai 5 1967
XII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats April 1967 429

Kommentare und Berichte

Rechtstrend — Gefahr für Europa (Klaus Ehrler) 432

Militärpolitik als Kriterium (Horst Heiden) 434

Aktion „Sauberes Griechenland" (Dr. Achim v. Borries) 438

Jörg Huffschmid, Karl Schillers Konzertierte Aktion — Zur ökonomischen Formierung der Gesellschaft 442

Dr. Hanns-Jochen Hauß/Reinhard Opitz, Zu Karl Schillers Werdegang 454

Karsten Kullmann, „Selbstschutz in Betrieben" und Arbeitnehmer — Analyse des dritten Abschnittes des Selbstschutzgesetzes 466

Hans Heinz Holz, Die Sowjetunion heute — Bericht über eine Delegationsreise 480

Alfred Horné, Ein neuer Name für Frieden — Zur Enzyklika Papst Paul VI. über den „Fortschritt der Völker" 485

Friedhelm Baukloh, Die Krise der öffentlichen Büchereien 495

Fernseh-Spalte

Staatstrauer (E. H. Wahl) 504

Bücher

Bücher über die DDR (II) (Dr. Wolfgang Plat) 505

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 509

Dokumente zum Zeitgeschehen

Sozialenzyklika Papst Paul VI. „Populorum progressio" („Über den Fortschritt der Völker") 511

Gemeinsame Stellungnahme der Vertreter der Christlichen Friedenskonferenz der Bundesrepublik, der DDR und West-Berlins zur gegenwärtigen politischen Lage 532

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XII. Jahrgang | Mai 1967 | Heft 5

Chronik des Monats April 1967

1. 4. — Vietnam. UN-Generalsekretär U Thant fordert die Vereinigten Staaten auf, einseitig einen sofortigen Waffenstillstand zu proklamieren. U Thant bezieht sich ausdrücklich auf einen ähnlichen Vorschlag des amerikanischen Senators Joseph Clark. — Am 2. 4. wird über Nordvietnam die 500. US-Militärmaschine abgeschossen. — Am 20. 4. dehnt die amerikanische Luftwaffe ihre Angriffe auch auf Wärmekraftwerke in der Nähe des Hafens von Haiphong aus. — Am 28. 4. verlangt der amerikanische Oberbefehlshaber in Südvietnam, General Westmoreland, zusätzliche Truppenkontingente in Höhe von 100 000 Mann.

1.—7. 4. — EKD. Die beiden Teilsynoden der Evangelischen Kirche Deutschlands treten zu getrennten Tagungen in Westberlin und Fürstenwalde (DDR) zusammen. Nach einer zunächst erwogenen Kandidatur des Landesbischofs von Hannover, Hanns Lilje, wird der Münchener Landesbischof Hermann Dietzfelbinger mit 129 von 176 Stimmen der östlichen und westlichen Teilsynode anstelle von Bischof Kurt Scharf zum Ratspräsidenten der EKD gewählt.

3. 4. — USA. Das Justizministerium gibt bekannt, es werde künftig darauf verzichten, die Kommunistische Partei und ihre Mitglieder als „Agenten einer fremden Macht" registrieren zu lassen. Im Herbst letzten Jahres hatte das Oberste Bundesgericht die entsrpechenden Bestimmungen des Staatsschutzgesetzes als unvereinbar mit der Verfassung bezeichnet. — Am 11. 4. unterbreitet Verteidigungsminister McNamara dem Kongreß den Voranschlag für Militärhilfe an das Ausland in Höhe von 596 Mill. Dollar für das am 1. Juli beginnende Haushaltsjahr. Drei Viertel dieses Betrages sind für Staaten vorgesehen, die an China oder die Sowjetunion grenzen.

3.—5. 4. — FDP. Im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem XVIII. Bundes-Parteitag in Hannover steht die Deutschlandpolitik. Der Parteivorsitzende, Dr. Mende, kritisiert die Veröffentlichungen des Parteisprechers Schollwer und des Schatzmeisters Rubin und verlangt eine vorherige „Absprache mit dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern" bei künftigen Publikationen. Vor den Delegierten bekräftigt Rubin nochmals seine Ansichten. Zum Abschluß des Parteitages wird ein Aktionsprogramm „Ziele des Fortschritts" angenommen.

5. 4. — Bundesrepublik/USA. Im Auftrage Präsident Johnsons führt Vizepräsident Hubert Humphrey Gespräche mit

Bundeskanzler Kiesinger, Außenminister Brandt und anderen Regierungsvertretern in Bonn über den geplanten Atomsperrvertrag. Der Vizepräsident, der sich auch für einen Tag in Berlin aufhält, besucht im Verlauf seiner ausgedehnten Europareise auch Genf, Den Haag, Rom, London, Paris und Brüssel.

6. 4. — Bulgarien/Polen. Die Regierungs- und Parteichefs beider Länder unterzeichnen nach mehrtägigen Besprechungen in Sofia einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe".

10.—14. 4. — Großbritannien. Bei den Grafschaftswahlen in England und Wales verliert die regierende Labour-Party 174 Mandate, während die Konservativen 183 Mandate hinzugewinnen. Im Gebiet von Groß-London erhält die Konservative Partei mit 82 von 100 Abgeordneten zum ersten Mal seit 33 Jahren die parlamentarische Mehrheit.

12. 4. — SPD. Der Parteivorstand richtet einen von Willy Brandt unterzeichneten „Offenen Brief" an die Delegierten des bevorstehenden SED-Parteitages, in dem auf die im vorigen Jahr geführte Korrespondenz zwischen beiden Parteien Bezug genommen wird. Dem Brief beigefügt ist der Text einer (ebenfalls im Hinblick auf den SED-Parteitag abgegebenen) Regierungserklärung Bundeskanzlers Kiesinger vor dem Bundestag. Kiesinger hatte darin von möglichen Rahmenvereinbarungen über wirtschaftliche, verkehrspolitische, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Deutschlands gesprochen, ungeachtet der „bestehenden prinzipiellen Gegensätze". In einem ersten Kommentar schreibt das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" zu den Ausführungen des Bundeskanzlers, Ostberlin sei bereit, über alle Vorschläge zu sprechen, wenn Bonn offizielle Verhandlungen mit der DDR-Regierung aufnehme, auf den Alleinvertretungsanspruch verzichte und den Versuch unterlasse, dritte Staaten in der Frage ihrer Beziehungen zur DDR unter Druck zu setzen.

— Sowjetunion. Zum Nachfolger des am 31. 3. verstorbenen Verteidigungsministers Malinowskij wird Marschall A. A. Gretschko, bisher Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, ernannt.

12.—14. 4. — Lateinamerika. Eine „Deklaration der amerikanischen Präsidenten" wird zum Abschluß einer „Gipfelkonferenz" der Organisation Amerikanischer Staaten in Punta del Este (Uruguay) unterzeichnet. Die Staats- und Regierungschefs kündigen darin die Errichtung einer Zollunion und später eines gemeinsamen Marktes in Lateinamerika an.

13. 4. — Kernwaffen. Bundesaußenminister Brandt nennt während seines Besuches in London in einem Gespräch mit dem britischen Außenminister Brown erneut Bedingungen für den Beitritt der Bundesrepublik zu einem Atomsperrvertrag. Bestehende Organe der NATO, so erklärt Brandt, vor allem die Nukleare Planungsgruppe, müßten von dem Vertrag unberührt bleiben. Außerdem müsse ein künftiges „vereinigtes Europa" in der Lage sein, sich für Atomwaffen zu entscheiden. — Am 27. 4. erläutert Brandt die Ansicht der Regierung vor dem Bundestag. Der Minister gibt bekannt, das Auswärtige Amt habe am 7. 4. eine Denkschrift an die Teilnehmer der Achtzehn-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf gerichtet.

17.—22. 4. — SED. Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschäftigt sich in Ostberlin mit innen- und außenpolitischen Fragen und mit Wirtschaftsproblemen. In seinem Rechenschaftsbericht schlägt Parteisekretär Walter Ulbricht vor, DDR-Ministerpräsident Stoph und Bundeskanzler Kiesinger sollten sich an einem noch zu vereinbarenden Ort treffen, um über „die Aufnahme normaler Beziehungen" zu verhandeln. Ulbricht wiederholt bei dieser Gelegenheit die in seiner Neujahrsansprache enthaltenen Anregungen für einen „Beitrag der beiden deutschen Staaten zur europäischen Sicherheit" und erklärt, daß ein Sicherheitssystem in Europa die gleichberechtigte Teilnahme der DDR voraussetze. Solange die Bundesregierung an ihrer jetzigen Politik festhalte, könne an eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht gedacht werden. Heftige Kritik an der Haltung der Bundesregierung wird auch von den Parteisekretären der Sowjetunion und Polens, Breshnew und Gomulka, in ihren Begrüßungsreden geübt. Das neugewählte Zentralkomitee erhält den Auftrag, eine Antwort auf den Brief des SPD-Vorstandes, der allen Delegierten im Wortlaut vorliegt, auszuarbeiten.

18. 4. — Arabische Liga. Der Generalsekretär der Organisation, Abdel Khalek Hassouna, trifft in Bonn ein, um mit Bundesaußenminister Brandt die künftige Entwicklung der seit zwei Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den meisten arabischen Ländern zu besprechen. Die Gespräche bleiben ohne konkretes Ergebnis.

21. 4. — UNO. Die Generalversammlung tritt zu einer außerordentlichen Sitzung in New York zusammen, auf deren Tagesordnung das Problem Südwest-Afrika und die militärischen Operationen der Vereinten Nationen in verschiedenen Teilen der Welt stehen.

— Griechenland. Die seit dem 3. 4. amtierende Regierung Kanellopuolos wird durch einen Militärputsch gestürzt. König Konstantin unterzeichnet ein Dekret, das die wichtigsten Verfassungsbestimmungen außer Kraft setzt. Die Militärs, die ihre Machtergreifung mit einer drohenden „Gefährdung der inneren Sicherheit" begründen, setzen den bisherigen Staatsanwalt Kolias als neuen Regierungschef ein. Im ganzen Lande beginnt eine ausgedehnte und vorbereitete Verhaftungswelle, die sich vor allem auf die Parlamentsabgeordneten der „Demokratischen Zentrumsunion" und der „Vereinigten Demokratischen Linken" (EDA) erstreckt. Die Behörden errichten Internierungslager für mehrere Tausend politische Gefangene.

23. 4. — Rheinland-Pfalz. Die Wahlen zum Landesparlament ergeben für die Christlichen Demokraten einen Gewinn von 3, für die Sozialdemokraten einen Verlust von 4 Abgeordneten, während sich der Stimmenanteil der Freien Demokraten leicht vermindert. Die Nationaldemokratische Partei überwindet die Fünf-Prozent-Klausel. Zusammensetzung des künftigen Landtages: CDU 49, SPD 39, FDP 8, NPD 4 Mandate.

— Schleswig-Holstein. Mit einem Stimmenzuwachs für die Christlichen Demokraten und einem gleichbleibenden Anteil für die Sozialdemokraten enden die Wahlen zum Landesparlament. Auch die Nationaldemokratische Partei verbucht Gewinne gegenüber den Bundestagswahlen im Herbst 1965 und kann die Fünf-Prozent-Klausel überspringen. Zusammensetzung des künftigen Landtages: CDU 34, SPD 30, FDP 4, NPD 4 Mandate. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), für den besondere Bestimmungen des Wahlgesetzes gelten, entsendet einen Abgeordneten.

24.—26. 4. — Karlsbader Konferenz. Die Vorsitzenden von 24 europäischen kommunistischen Parteien beraten in Karlsbad eine „Erklärung für den Frieden und die Sicherheit Europas". Die Parteien Albaniens, Jugoslawiens, Rumäniens, der Niederlande, Norwegens und Islands nehmen an der Konferenz nicht teil; die KP Schwedens ist durch einen Beobachter vertreten. In der Erklärung wird das amerikanische Vorgehen in Vietnam scharf verurteilt. Zur Lage in Europa heißt es, eine gefestigte Sicherheit auf dem Kontinent erfordere die „Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa und insbesondere der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten". Der Abschluß von Vereinbarungen über Teillösungen, besonders auf dem Gebiet der Abrüstung, könne ein günstiges Klima für weitergehende Abkommen schaffen. Der Ablauf des NATO-Vertrages im Jahre 1969 mache es möglich, durch die gleichzeitige Auflösung des östlichen und des westlichen Militärbündnisses „ein Europa ohne militärische Blocks zu schaffen".

25. 4. — Bundesrepublik. Anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 19. 4. verstorbenen früheren Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer halten sich führende Politiker, unter ihnen der amerikanische Präsident Johnson, der französische Staatspräsident de Gaulle, der britische Premierminister Wilson und der italienische Ministerpräsident Moro, in Bonn auf. Am Rande eines Empfangs kommt es zu einer kurzen Begegnung zwischen Johnson und de Gaulle. In den Gesprächen zwischen Johnson und Bundeskanzler Kiesinger geht es vor allem um den Abzug von amerikanischen Einheiten aus der Bundesrepublik und um den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

30. 4. — EWG. Das britische Kabinett trifft auf einer Sondersitzung die letzten Vorbereitungen für den Antrag Großbritanniens auf Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Rechtstrend — Gefahr für Europa

Als Hubert Humphrey vor einigen Wochen in Bonn nach dem von der Bundesregierung gewünschten Schicksal des A-Waffen-Sperrvertrages fragte und dabei die amerikanische Abkürzung NPT (Non-Proliferation-Treaty) gebrauchte, antwortete Willy Brandt, daß der Rechtsradikalismus keine ernsthafte Gefahr für die Bundesrepublik sei. Dieses fast witzig anmutende Mißverständnis ist bei aller akustischen Erklärbarkeit solcher Verwechslung dennoch aufschlußreich. NPD und NPT sind in der Tat die beiden Albträume der SPD. Sie belasten das innenpolitische und das außenpolitische Gewissen der Partei, die durch eine seit 1959/60 gepflegte Distanzierung von ihrem vormaligen Oppositionsprogramm jene Entwicklung mit fördern half, die durch Entfremdung der Bundesrepublik sowohl gegenüber den Prinzipien des Grundgesetzes als auch gegenüber ihren westlichen Verbündeten gekennzeichnet ist.

Wenn die SPD jemals Chancen hatte, führende Regierungspartei zu werden, dann bestanden sie in den Jahren 1959/61 und 1963/65, als sich herausstellte, daß Adenauer, Erhard und die CDU/CSU nicht bereit waren, die sich zwischen Moskau und Washington anbahnende Entspannungs- und Koexistenzpolitik mitzuvollziehen. Die SPD hätte den Wählern und den Großmächten zeigen müssen, daß das alte Bündnis auch unter den erfreulich gewandelten Umständen internationaler Verständigungspolitik zum Vorteil aller hätte gepflegt werden können. So hätte sie gleichzeitig sowohl den Antikommunismus als Grundideologie der Bundesrepublik als auch die Vorbereitungen zu notstandspolitischen Einschränkungen der grundgesetzlich verankerten Demokratie abbauen und damit zugleich ein gutes Fundament einer allseits entspannungsfähigen Außenpolitik schaffen können. Statt dessen ist sie dem Rüstungs- und Isolierungskurs der CDU/CSU, wenn auch meist in gewissem Abstand, gefolgt. Die nicht zuletzt aus ihm erwachsene Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bundesrepublik konnte darum keinen innenpolitischen Umschwung zugunsten der SPD herbeiführen; sie schaffte bei aller Beschwörung des „Genossen Trend" keinen entscheidenden Wahldurchbruch. Wohl verfehlte die CDU/CSU 1961 und 1965 die absolute Mehrheit im Bundestag; wohl gab es eindrucksvolle Landtagswahlerfolge der SPD; aber mit dem Juli-Sieg von 1966 in Düsseldorf, der durch die Kohlekrise noch besonders gefördert war, hatte sie den Höhepunkt bereits überschritten. Es zeigte sich, daß sowohl ihre relativen Erfolge als auch ihr beginnender stetiger Wählerschwund Ausdruck eines anhaltenden Trends nach rechts in der Bundesrepublik sind.

Das Einschwenken auf einen modifizierten oder gemilderten CDU-Kurs machte die SPD offenbar nur vorübergehend auch für weniger progressive Kreise wählbar, die an der wachsenden inneren und äußeren Erfolglosigkeit der CDU-Politik Anstoß nahmen. Die Widersprüche der Bundespolitik blieben aber gleichwohl unlösbar: das Weiterbestehen der Vorwärtsverteidigung mit ihrem allzu kostspieligen Offensivwaffenrüstungsprogramm und die Fortsetzung des Kalten Krieges auf eigene westdeutsche Faust ließen die Bundesrepublik mehr und mehr zu einer Art Fremdkörper in Europa werden, dessen territoriale Ansprüche

ebenso Unruhe auslösen wie seine zum Teil aus der Hitlerzeit übernommenen Schubladengesetzentwürfe für innere und äußere Notstandszeiten. Einen Ausweg bietet in solcher Lage, wenn ein Kurs dieser Art fortgesetzt werden soll, nur der nationalistische Ruck nach rechts, der von den Feinden ringsum (also auch unter den Verbündeten) und im Innern von der Verteufelung der Kräfte des sozialen Fortschritts und der Demokratie lebt.

Natürlich distanziert sich die CDU/CSU noch von der NPD. Aber ihre regierenden Vertreter geben ihren entspannungswidrigen rüstungs- und außenpolitischen Forderungen an die Verbündeten einen kräftigen Nachdruck mit dem drohenden Hinweis auf das Anwachsen der NPD. Diese Einschüchterungen sollen die Widersprüche im Westbündnis hinsichtlich der Beurteilung des Status quo zugunsten der Bonner Vorstellungen ausräumen, so wie die Einbeziehung der SPD in die Große Koalition die durch die Notstandspläne wachsende Gefährdung der Demokratie vernebeln soll. Der permanente Rechtstrend ist dadurch gesichert. Die CDU/CSU konnte sich nach Bildung der neuen Bundesregierung wieder an seine Spitze stellen; und SPD wie NPD erzielten infolgedessen bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz nicht die ihnen vorausgesagten Erfolge. Wenn man die tiefgreifende Führungskrise der NPD bedenkt, erscheinen ihre Ergebnisse in Kiel und Mainz umso beachtlicher. Die Taktik beim Vollzug dieses Rechtskurses, der sowohl nach seinen inneren wie nach seinen äußeren Kriterien durchaus als konsequente Fortsetzung der alten Bonner Regierungspolitik funktioniert, ist für die Kanzlerpartei wirklich ideal: SPD als Nachhut und Deckung gegen links, NPD als Keule und Wegbereiter nach rechts und vorn. Durchschauen eigentlich die Linke und die Mitte in SPD und CDU, die sich selber ja lieber als progressiv bezeichnen, nachdem auch Paul VI. seine Enzyklika „Populorum Progressio" genannt hat, wohin die Reise geht? Immerhin kann solch wegbereitende Keule ein schließlich nicht mehr manipulierbares Eigenleben annehmen, das die ganze Sache selber gleich verkörpern will.

Man bedenke: 1928 hatte die NSDAP nur 14 Vertreter im Reichstag und weniger Wählerstimmen für sich, als die NPD heute nach den letzten vier Landtagswahlen aufweisen kann. 1929 machte Hugenberg die Nazis hoffähig durch seine gemeinsame Aktion mit ihnen gegen den Young-Plan; 1930 platzte die Große Koalition unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller, und Hitler errang auf Anhieb 107 Reichstagssitze. Die Hetze gegen das waffenstarrende Ausland, gegen die deutschen Ostgrenzen, gegen die Ab-

Chaim A. Kaplan Buch der Agonie

Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan. Herausgegeben von Abraham I. Katsh. Aus dem Englischen von Harry Maor. 404 Seiten. Leinen etwa DM 20,—.

Der Verfasser dieser Marterchronik vom Leben und Sterben der Juden in Warschau wurde 1880 in Weißrußland geboren. Später wirkte er an der von ihm gegründeten hebräischen Schule in Warschau und ist vermutlich Ende 1942 oder Anfang 1943 ums Lebens gekommen. Vom 1. September 1939, dem Tag des Einmarsches der Deutschen in Polen, bis zum 4. August 1942, dem Höhepunkt der Massendeportationen in die Vernichtungslager, führte er sein Warschauer Tagebuch.

Es wurde später aufgefunden, zuerst in Amerika veröffentlicht, nun auch in Deutschland: Kein Buch über die Judenfrage, sondern ein Augenzeugenbericht von allerdings alttestamentlichen Dimensionen. Vom ersten Kriegstag an weiß Kaplan: »Wohin Hitler auch kommt, dort gibt es keine Hoffnung für die Juden.« Mit dem Einzug der Deutschen in Warschau legt sich der Schatten des Todes über Hunderttausende. Unvorstellbare Qualen und kalt kalkulierte Verbrechen nehmen ihren Anfang, wie sie vermeintlich scheußlicher nicht zu ersinnen sind. Doch jede Plage gebiert neue in immerwährender Steigerung bis zum grauenhaften Ende.

INSEL VERLAG - 6 FRANKFURT/MAIN 1
POSTFACH 3001

rüstungsbestimmungen von Versailles und gegen die demokratische Mitte und Linke im eigenen Lande wuchs von Monat zu Monat; 1933 hatte die Demontage von Demokratie und Verständigung gesiegt: selbst Parteien, die an der Anti-Versailles-Kampagne teilgenommen hatten, waren verboten; die Verfassung und die Grundrechte außer Kraft; der Austritt aus der Gemeinschaft des Völkerbundes als Drohung gegen das Ausland vollzogen; der Krieg konnte nur wegen der Folgen der Wirtschaftskrise und der noch nicht schlüssig vollzogenen Aufrüstung erst sechs Jahre später beginnen; das Rheinland aber war unter Bruch von Versailles und Locarno schon 1936 militärisch besetzt; und Österreich wie die CSR waren schon vor dem 1. 9. 1939 liquidiert.

Haben wir Deutschen und haben die Europäer etwa nur noch zu wählen, wer das Revisionsproramm zur Korrektur der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ausführen soll? CDU/CSU-Führungskräfte, die NPD oder beide gemeinsam? Besteht gar kein Einfluß mehr auf das Programm bundesdeutscher Politik selbst? Wird es endlich allen klar, wie Demokratie und europäische Sicherheit, wie Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin und militärstrategisches Offensiv-Verteidigungsprogramm, wie Sozialabbau und Rüstungsexpansion, wie Kampf gegen A-Waffen-Sperrvertrag und gegen Oder/Neiße-Grenze und für Notstandspläne, wie Rechtstrend in Arbeitsteilung, Rüstungswirtschaft in konzertierter Aktion und „Entwurf für Europa" in expansionistischer Zielsetzung und Sinngebung zusammenhängen? Wie soll sich die Nichtanerkennung der Grenzen mit vertraglich fixiertem Gewaltverzicht zusammenreimen?

Die NPD ist zunächst nur Instrument, Symptom und logische Konsequenz dieser zäh verfolgten Entwicklung nach rechts — aber sie steht vor der Tür der Macht. Ihr verlangsamtes Wachstum beweist nichts; auch Hitler büßte im November 1932 noch einmal 40 Reichstagssitze ein. Aufgehalten hat ihn dies nicht. Die SPD stimmte im Mai 1933 im Reichstag Hitlers neuer Außenpolitik zu, die schließlich zur Kampfansage an den Völkerbund führte; einige Wochen später war sie verboten und emigriert oder aufgelöst. Heute wird dem NPT (siehe oben) der Kampf angesagt und die NPD geduldet; damals wurde das Weimarer „System" verworfen, die NSDAP mit ihrem imperial-expansiven Programm aber alleingewaltig.

Erkennen heute alle im In- und Ausland Bedrohten die Zeichen der Zeit?

Europäische Sicherheit und Bewahrung der Demokratie stehen auf der Tagesordnung.

Klaus Ehrler

Militärpolitik als Kriterium

Die seit Jahren diskutierten Truppenabzugspläne der Amerikaner und Briten sind Wirklichkeit geworden. Washington hat den Abzug von dreißigtausend Soldaten aus der Bundesrepublik angekündigt, London wird demnächst eine Brigade seiner Rheinarmee auf die Insel zurückholen. Die Fachleute sind sich darüber klar, daß das nur der Anfang einer Entwicklung ist, die in den kommenden Jahren weitere schnelle Fortschritte machen soll. Die Amerikaner planen bis 1970 nicht allein eine drastische Verringerung ihrer Landstreitkräfte, sondern auch die „Ausdünnung" der in der Bundesrepublik stationierten Einheiten der US Air Force, die der Hauptträger des

nuklearen Potentials der Amerikaner in Europa ist.

Der schnell wachsende Bedarf des Pentagon an Kampftruppen in Vietnam sowie die von Bonn nur teilweise erfüllten Devisenausgleichsforderungen der Alliierten haben dazu beigetragen, daß der Truppenabzug beschleunigt vollzogen wird. Das eigentliche Motiv dieser Entwicklung liegt jedoch auf der politischen Ebene: die Amerikaner und Briten sind an einer Entspannung in Europa vital interessiert. Sie beobachten mit Sorge die durch die wehrpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung herbeigeführte Verdichtung der militärischen Strukturen im NATO-Mittelabschnitt, die im Gegensatz zu der allgemein anerkannten Tatsache steht, daß auch diesem Gebiet eine östliche Aggression nicht droht.

Dieser Wucherung des militärischen Potentials, die zu den weitaus bescheideneren Erfordernissen einer Defensivstrategie in krassem Mißverhältnis steht, versucht nun auch Washington entgegenzuwirken. Seine Bemühungen sind, soweit man sie heute zuverlässig interpretieren kann, langfristig gesehen auf eine schrittweise Denuklearisierung des mitteleuropäischen Raumes gerichtet. Das drückt sich in dem Streben nach Abschluß eines Atomwaffensperrvertrags aus, der nach übereinstimmender Auffassung in West und Ost vor allem der in dieser Frage besonders ambitiösen Bundesregierung den Aufstieg zur Atommacht-Ebene verbauen soll. Die nun offiziell angekündigte Reduktion der alliierten Truppen, die sich in absehbarer Zeit auch auf einen Teil der 7000 amerikanischen Atomsprengköpfe in der Bundesrepublik erstrecken soll, deutet die Bereitschaft zu meßbaren Entspannungsschritten an.

Es gibt leider nicht die mindeste Garantie dafür, daß diese im Grundsatz positive Entwicklung ungestört verlaufen wird. Zwar hat sich Bonn bemüht, auf den bevorstehenden Truppenabzug nach außen gefaßt zu reagieren. Dennoch kann kein Zweifel daran sein, daß die Verringerung der alliierten Streitkräfte, weit mehr aber noch die politisch-militärischen Überlegungen, die bei dieser Entscheidung Pate gestanden haben, auf Bonns Beifall oder gar Unterstützung nicht rechnen dürfen. Das hat Präsident Johnson erfahren, als er Kiesinger in Bonn die amerikanischen Argumente für das Nonproliferationsabkommen vortrug; das konnten die Teilnehmer an der Gesprächsrunde des Nuklearen Planungskomitees der NATO den Ausführungen des Bundesverteidigungsministers Schröder entnehmen.

Die Haltung Bonns in dieser Situation, die von einem weltweiten Drängen nach dem Atomwaffensperrvertrag und einer damit zusammenhängenden Lösung der europäischen Sicherheitsfrage bestimmt ist, läßt sich auf folgende vereinfachte Formel bringen: Im gleichen Maße, in dem die Unterstützung und das Verständnis der Partner für die machtpolitischen Ambitionen Bonns schrumpfen, verstärkt die Bundesregierung ihre Anstrengungen, ihre Ziele entweder innerhalb der Allianz oder durch die Hilfestellung dritter Staaten doch noch zu erreichen. Da sie sich in ihrer praktischen Politik von dem Wort des deutschen NATO-Botschafters Grewe leiten läßt, demzufolge „Nationen ohne eigene Kernwaffen künftig kaum in der Lage sein (werden), die Rolle einer Großmacht zu spielen", konzentriert sich ihre Aktivität nach wie vor gegen das Zustandekommen des Proliferationsverbots für Kernwaffen.

Bundesverteidigungsminister Schröder hat in einem bemerkenswerten Artikel im Regierungsbulletin vom 27. April 1967 die praktischen Konsequenzen dieses Leitgedankens für die Bundeswehr gezogen. In seiner unter der

Überschrift „Der Auftrag der Bundeswehr" stehenden Stellungnahme plädiert Schröder für eine „nukleare Komponente unserer Streitkräfte" und präzisiert: „Vorschläge, die z. B. durch ‚Arbeitsteilung' im Bündnis die militärische Aufgabe der Bundeswehr auf den konventionellen Bereich einengen wollen, sind unter den gegebenen Umständen mit unserem Sicherheitsinteresse und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen nicht vereinbar."

Die hier apostrophierten Vorschläge sind dem Minister zuletzt auf der bereits erwähnten Tagung des Nuklearen Planungskomitees Anfang April in Washington vorgetragen worden. Schröder hat sich — durchaus im Namen der Regierung der Großen Koalition — gegen dieses „Abdrängen" der Bundeswehr auf den ihr einzig angemessenen Sektor der konventionellen Verteidigung zur Wehr gesetzt. Nach wie vor betrachtet die Bundesregierung ein solches Ansinnen als diskriminierend, ein Urteil, das sie vor Monaten ja auch mit unvergessener Deutlichkeit über den geplanten Atomwaffensperrvertrag fällte.

Schröders Forderung nach einer nuklearen Komponente der Bundeswehr ist von ihm in Washington durch einen Antrag untermauert worden, der im Falle seiner Verwirklichung die militärische Stabilität in Mitteleuropa einschneidend gefährden würde. Im Namen der Regierung forderte der Minister, daß bei der Planung und beim Einsatz der in Europa stationierten Atomwaffen der Amerikaner „nationale Vorstellungen und Perspektiven" stärker als bisher zur Geltung gebracht werden müßten. Schröder kritisierte, daß die Wünsche der kleineren Partner (sprich: der Bundesregierung) in den Entscheidungen der integrierten Stäbe bislang zu kurz kommen. Dieser Vorstoß des Ministers richtet sich de facto gegen das Recht des amerikanischen Präsidenten auf alleinige Entscheidung über den Einsatz von Kernwaffen. In der Tat ist Bonn diese unumschränkte amerikanische Schlüsselgewalt über die Kernwaffendepots in der Bundesrepublik seit Jahren schon ein Dorn im Auge. Schröder will dieses Prinzip durch seine Forderung aufweichen, die Zielplanung und den Einsatz der Atomwaffen zu dezentralisieren und die Truppenkommandeure größerer NATO-Einheiten über die Anwendung der sogenannten atomaren Gefechtsfeldwaffen selbst entscheiden zu lassen. Diese „Liberalisierung" der Verfügungsgewalt über die kleinkalibrigen Sprengköpfe wäre mit Sicherheit der Anfang eines chaotischen Durch- und Gegeneinanders der Befehlsstrukturen. Die schon heute latent existierende Gefahr des Mißbrauchs atomarer Waffen wüchse ins Unkontrollierbare. Die Hoffnung auf eine stabile europäische Sicherheit würde zur Illusion.

Vieles deutet darauf hin, daß sich die amerikanische Regierung der enormen Risiken bewußt ist, die eine solche Freigabe atomarer Waffen für ihre eigene Sicherheit bedeuten würde. Es stimmt optimistisch, daß auch die politische Öffentlichkeit der USA auf diesen Vorstoß Schröders einhellig ablehnend reagierte, der in der Presse der USA ausführlich dargestellt und warnend kommentiert wurde. Vor drei Jahren bereits haben die Amerikaner einen gleichgerichteten Vorschlag der Bundesregierung zurückgewiesen: Die Errichtung eines Atomminengürtels entlang der bundesdeutschen Ostgrenze, der im Falle seiner Verwirklichung ebenfalls zu einem Verfügungsrecht westdeutscher Kommandeure über amerikanische Atomwaffen geführt hätte.

Aber auch wenn es nicht zu einer Realisierung dieser gefährlichen Vorstellungen kommt, so bleibt für uns Deutsche doch die bedrückende Gewißheit, daß auch diese Bundesregierung genau wie ihre Vorgängerinnen ver-

bissen dem Ziel der atomaren Aufwertung der Bundesrepublik nachjagt. Es wäre eine folgenschwere Selbsttäuschung, den verbalen Verzicht Bonns auf nationalen Besitz oder Mitbesitz an Atomwaffen als ausreichende Garantie für seine lauteren Absichten werten zu wollen. In der politischen Praxis lassen diese wohltönenden Bekundungen genügend Hintertüren offen, um auf Umwegen doch noch der erstrebten Verfügungsgewalt teilhaftig zu werden. Hier bietet sich eine lehrreiche Parallele zu dem propagandistisch in den Vordergrund gerückten Verzicht auf die Herstellung atomarer Waffen auf deutschem Boden. Weder hat er die Bundesregierung daran gehindert, mit dem Erwerb von Kernwaffen zu drohen, noch findet sie sich bereit, die Verzichterklärung auf die Herstellung deutscher Kernwaffen auf fremden Boden auszudehnen. Ausgehend von diesen Erfahrungen wird Bonn es sich gefallen lassen müssen, daß seine doppelbödige Politik in der Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr im In- und Ausland nach wie vor mit Argwohn betrachtet wird. Nur ein Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und eine aktive Politik der friedlichen Verständigung gegenüber dem Osten ohne machtpolitische Vorbehalte wird die Glaubwürdigkeit herstellen, die die Bundesrepublik international so dringend braucht.

Man sollte nicht geringschätzen, daß in der öffentlichen politischen Diskussion in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Sperrvertrag und den Genfer Abrüstungsverhandlungen Fragen der Militärpolitik wieder mit größerer Aufgeschlossenheit behandelt werden. Einige Vorschläge aus den — wahrlich nicht geschlossenen — Reihen der FDP verdienen hier Beachtung. So die Anregungen v. Kühlmann-Stumms, Borms und anderer FDP-Parlamentarier, die waffentechnische Ausrüstung der Bundeswehr eindeutig defensiv zu gestalten. Konkret heißt das, auf alle kernwaffentragenden Systeme zu verzichten (Starfighter, Atomraketen und -artillerie). Diese Vorstellungen lassen deutlich den Einfluß der Gedanken des früheren Obersten im Amt Blank, v. Bonin, erkennen, die darauf zielen, der Bundeswehr einen ausnahmslos konventionellen Charakter zu geben. Auch in der SPD werden behutsame Versuche unternommen, zu eigenen früheren Vorstellungen über eine Verkleinerung der Bundeswehr und einen Verzicht auf die Teilhabe an den atomaren strike forces der NATO zurückzukehren: Über diesen bescheidenen sozialdemokratischen Vorstößen lastet jedoch der Druck der CDU - konformen Führungsgruppe, deren Zuchtmeister für wehrpolitische Fragen, Helmut Schmidt, auch kleinste Ansätze zu einem Ausbrechen aus dem Koalitionskurs mit Vehemenz liquidiert. Die Regierung jedenfalls zeigte bis dato keine Neigung, die Struktur

KARL GUSTAV KINDERMANN

Rom ruft Moskau

Geschichte einer welthistorischen Auseinandersetzung

Das Buch ist ein Beitrag zur Rußlandkunde, der über ein fast unbekanntes Kapitel west-östlicher Begegnungen informiert. Es ist spannend geschrieben, liest sich wie ein Roman und wird viele Fragen klären, die man politisch nicht beantworten kann.

Frei von jeder Tendenz schildert der Verfasser den historischen Ablauf der Ereignisse. Dem Leser — welchem Lager er auch angehört — bleibt es selbst überlassen, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Paperback, 256 Seiten, mit 12 Abbildungen, DM 16,80.

AGIS-VERLAG - 757 BADEN-BADEN

der Bundeswehr den Erfordernissen einer in Ost und West gewünschten Sicherheits- und Entspannungspolitik anzupassen. Vollends absurd gilt ihr die Forderung nach Abschaffung der Atomwaffenträger. Ihre Auffassung formulierte FAZ-Redakteur Adelbert Weinstein: „In Wirklichkeit halten wir mit der Luftwaffe den Trumpf für unsere Bündnis- und Außenpolitik in der Hand ... Gerade unsere fliegenden Verbände sind politische Waffen." — Es wird sich zeigen, wie lange noch die Verbündeten Bonns bereit sind, sich von diesen „politischen Waffen" beeindrucken zu lassen. Der breitangelegte Truppenabzug signalisiert das Ende allzu bereitwilligen Entgegenkommens.

Horst Heiden

Aktion „Sauberes Griechenland"

Der 12. März 1947 wurde zu einem historischen Datum in der Nachkriegsgeschichte. An diesem Tage trat der amerikanische Präsident Harry S. Truman vor den Kongreß und ersuchte ihn um Zustimmung zu einer umfassenden amerikanischen Militär- und Wirtschaftshilfe für Griechenland und die Türkei. Truman erklärte, es müsse die Politik der USA sein, „freie Völker zu unterstützen in ihrem Widerstand gegen den Versuch der Unterjochung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen". Es sei der Wille der Vereinigten Staaten, „freien Völkern zu helfen bei der Bewahrung freier Institutionen und der nationalen Integrität gegen aggressive Bewegungen, die ihnen totalitäre Systeme aufzuzwingen suchen." Der Präsident sprach emphatisch von den beiden Wegen, zwischen denen es zu wählen gelte: „Der eine Weg beruht auf dem Willen der Mehrheit und zeichnet sich aus durch freie Institutionen, parlamentarische Regierung, freie Wahlen, Garantien für die individuelle Freiheit, Freiheit der Rede und der Religion sowie Freiheit von politischer Unterdrückung. Der zweite Weg basiert auf dem unter Gewaltanwendung der Mehrheit oktroyierten Willen einer Minderheit. Er ist gegründet auf Terror und Unterdrückung, eine kontrollierte Presse und einen kontrollierten Rundfunk, Schein-Wahlen und die Unterdrückung der persönlichen Freiheiten."

Mit solchen Worten rechtfertigte Präsident Truman damals die Errichtung eines militärischen, wirtschaftlichen und politischen Patronats der USA — die in dieser Rolle Großbritannien ablösten — über Griechenland. Im Februar 1952 trat das Land dann der NATO bei, und im Oktober 1953 stimmte die griechische Regierung der Einrichtung von amerikanischen Stützpunkten auf griechischem Boden zu. Von 1947 bis 1966 hat die griechische Armee von den USA Rüstungsmaterial im Werte von 1,8 Milliarden Dollar bezogen.

Zwanzig Jahre nach Verkündung der „Truman-Doktrin" (die einen Wendepunkt in der Geschichte des Kalten Krieges oder vielmehr: einen entscheidenden Schritt zum Kalten Krieg hin darstellte) haben putschende Militärs unter den Augen der NATO buchstäblich „über Nacht" all das abgeschafft, was — nimmt man die entsprechenden Deklarationen ernst — durch „Truman-Doktrin" und NATO geschützt werden sollte. Seit dem 21. April 1967 gibt es in Griechenland keine „freien Institutionen", keine „parlamentarische Regierung", keine „Garantien für die persönliche Freiheit" und keine „Freiheit von politischer Unterdrückung" mehr. Dafür gibt es „Terror und Unter-

drückung", eine „kontrollierte Presse", einen „kontrollierten Rundfunk".

Überraschend waren freilich nur der Zeitpunkt und die näheren Umstände des Putsches. Man wußte, daß die konservativen Kreise des Landes und der ihnen verbundene Hof seit dem 15. Juli 1965 nur ein Ziel kannten: eine Rückkehr des damals von König Konstantin zum Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten gezwungenen Führers der „Demokratischen Zentrumsunion" (die bei den Parlamentswahlen vom 19. Februar 1964 die absolute Mehrheit errungen hatte), Georgios Papandreou, an die Spitze der Regierung zu verhindern. Durch Manipulationen aller Art suchten diese Kreise Papandreou von der Ministerpräsidentschaft fernzuhalten.

Aber die „Stunde der Wahrheit" rückte dennoch immer näher. Als es dem Führer der konservativen ERE, Kanellopoulos, Anfang April dieses Jahres nicht gelang, im Parlament eine Mehrheit für seine Regierung zu finden, blieb ihm nichts anderes übrig, als Neuwahlen auszuschreiben. Diese Wahlen sollten am 28. Mai stattfinden. Man erwartete von ihnen im allgemeinen einen überlegenen Sieg der nichtkommunistischen „Zentrumsunion". Noch mehr als der populäre Georgios Papandreou wurde von den Konservativen dessen Sohn Andreas Papandreou gefürchtet, repräsentiert er, ein bedeutender Nationalökonom (der an der berühmten amerikanischen Universität von Berkeley/Kalifornien lehrte und mit einer Amerikanerin verheiratet ist), doch in noch stärkerem Maße als sein Vater den Reformwillen der „Zentrumsunion". Und eben weil diese Partei, wie auch die linksstehende EDA (die Kommunistische Partei war schon 1947 verboten worden), unter so qualifizierter Führung für eine grundlegende Modernisierung und Demokratisierung Griechenlands eintrat, war sie zum Schrecken der in Politik und Wirtschaft noch immer tonangebenden feudalistisch-kapitalistischen Oligarchie geworden.

Die putschenden Offiziere haben nun den Wahlausgang gar nicht erst abgewartet — es war vor dem 21. April wiederholt von der Möglichkeit eines das Wahlergebnis annullierenden Gewaltaktes nach dem 28. Mai die Rede gewesen —, sondern vollendete Tatsachen geschaffen. Sie haben die demokratischen Institutionen und Freiheiten in dem Augenblick handstreichartig beseitigt, da zu erkennen war, daß die Mehrheit des griechischen Volkes auf demokratischem Wege sowohl der Oligarchie wie auch der Krone eine eindeutige Absage erteilen würde. Denn die völlige Identifizierung des Hofes mit der Rechten — im Gegensatz zur klugen Überparteilichkeit fast aller anderen noch existierenden europäischen Monarchien — hatte in letzter Zeit den republikanischen Tendenzen

Bitte verlangen Sie unseren soeben erschienenen Katalog 314

POLITIK

vorzugsweise deutsche Innenpolitik des 19. Jahrhunderts

Arbeiterfragen Sozialismus Presse
Gewerkschaften Politische Dichtung

HUGO STREISAND
Buchhandlung für Wissenschaft und Bibliophilie
1 Berlin 30 · Eislebener Straße 4
Fernsprecher 24 23 14

in der „Zentrumsunion" starken Auftrieb gegeben. Der 28. Mai hätte vermutlich auch ein unmißverständliches Plebiszit gegen die Monarchie gebracht. Welche Rolle auch immer der höchst umstrittene Monarch bei dem Putsch vom 21. April 1967 gespielt hat: ob er nun von vornherein eingeweiht war und, nach Absprache mit den Verschwörern, nur aus taktischen Gründen „überrascht" tat, oder ob er tatsächlich überrumpelt worden ist und dann das fait accompli der Militärs akzeptiert und „legalisiert" hat, — in jedem Falle war dieser Staatsstreich nur die letzte Konsequenz seiner eigenen Politik vor dem 21. April.

Die neuen Machthaber in Athen verheißen unterdes eine „Neuordnung" des Landes, sie proklamieren „Soziale Gerechtigkeit", „Volksgemeinschaft" und einen „gesunden" Parlamentarismus, derweil sie das öffentliche Leben „säubern" und gleichschalten, die Organisationen der Mitte und der Linken liquidieren, ihre Kader sowie zahlreiche unabhängige Persönlichkeiten verfolgen. Mit anderen Worten: die demokratische Opposition zu dem traditionellen oligarchischen System (einschließlich der privilegierten Stellung des durch und durch rechtskonservativen Offizierskorps) wird planmäßig zerschlagen. Hans Ulrich Kempski, der Chefreporter der „Süddeutschen Zeitung", hatte unmittelbar nach dem Putsch Gelegenheit, mit einem Repräsentanten des neuen Regimes zu sprechen, dessen Namen er freilich nicht nennen durfte: „Ich frage weiter: ‚Hat Franco Einfluß auf Ihre Gruppe gehabt?' Der Sprecher nickt bedächtig. ‚Und was ist mit Salazar?' Der Sprecher sagt ohne zu zögern: ‚Salazar ja, Salazar mehr als Franco —nur daß wir das alles moderner verstehen, ganz modern und pragmatisch." („Süddeutsche Zeitung" vom 24. April.) Nun, die ersten Maßnahmen dieser „modernen" Antidemokraten betrafen unter anderem die angeblich gefährdete „Sittenstrenge" der griechischen Jugend: den jungen Mädchen wurde das Tragen des Mini-Rocks, den jungen Männern ungebührlich langes Haar verboten, die letzteren wurden überdies aufgefordert, fortan wieder jeden Sonntag in die Kirche zu gehen ...

Wie nicht anders zu erwarten, versucht sich das Militärregime im westlichen Ausland durch seinen radikalen „Antikommunismus" zu empfehlen. Ja, es preist sich an als „Retter Griechenlands" vor einer „unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Revolution". Fast immer ist in den letzten Jahrzehnten in Europa und in anderen Teilen der Welt die Beseitigung demokratischer Institutionen mit diesem Argument „gerechtfertigt" worden. „Gerettet" aber wurde auch in Griechenland nicht „die Nation" vor „dem Kommunismus", sondern, jedenfalls für den Augenblick, eine längst anachronistische soziale Ordnung. Wenn zu der Opposition gegen diese Ordnung auch ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz von Kommunisten zählt, dann nicht auf Grund irgendwelcher verschwörerischer Einflüsterungen von außen, sondern allein infolge der nach zwanzigjährigem amerikanischen Patronat nach wie vor trostlosen sozialen Verhältnisse im Lande selbst.

Es ist nicht die erste — vielleicht aber doch die letzte — gewaltsame Rettung dieses oligarchischen Systems vor einem Sieg der reformwilligen demokratischen Kräfte. Seit 1936 unter der Herrschaft des faschistischen Militärdiktators Metaxas, 1940 von Italien angegriffen (ohne daß den Italienern der erhoffte militärische Erfolg gelungen wäre), im Frühjahr 1941 von deutschen Truppen besetzt — befand sich Griechenland im Herbst 1944 auf dem Wege der Selbstbefreiung nicht nur vom äußeren Feind, sondern auch von den inneren Mächten, die seine Modernisierung und Demokratisierung so lange blockiert hatten. Der größte Teil des

Landes wurde damals von der Widerstandsbewegung EAM und ihrer Partisanenarmee, der ELAS, kontrolliert. Die EAM, eine Art „Volksfront", war außerordentlich populär, besonders bei der griechischen Jugend. (Der amerikanische Historiker William H. McNeill, vom Herbst 1944 bis zum Juni 1946 als „Assistant Military Attaché" Augenzeuge der Vorgänge in Griechenland, gibt in seinem Buche „The Greek Dilemma" — Philadelphia und London 1946 — an, 1944 seien von den sieben Millionen Einwohnern des Landes nicht weniger als rund zwei Millionen Mitglieder der EAM gewesen.) Sie forderte freie Wahlen für eine „Verfassunggebende Versammlung" und damit auch eine freie Entscheidung des Volkes über das Schicksal der Monarchie. Die Aussichten der im ägyptischen Exil residierenden Dynastie waren ungemein schlecht. Ein Sonderkorrespondent der Londoner „Times" meldete am 17. April 1945 aus Athen, im Oktober 1944 seien vier Fünftel des griechischen Volkes gegen eine Wiederherstellung der Monarchie gewesen.

In diesem Augenblick gab der britische Premierminister Winston Churchill den in Athen eingezogenen und dort als Befreier begrüßten britischen Truppen den Befehl, die EAM militärisch und politisch auszuschalten. Die militärische Intervention der Engländer zugunsten der griechischen Monarchie war vorher auf weltpolitischer Ebene abgesichert worden. Churchills Vereinbarungen mit Stalin vom Oktober 1944 über die Abgrenzung der beiderseitigen Einflußzonen auf dem Balkan gaben ihm freie Hand. (Churchill lobte später die sowjetische Presse, die sich jedes kritischen Kommentars über das englische Vorgehen in Griechenland enthalten habe!) Die Selbstbestimmung des „befreiten" griechischen Volkes wurde dem strategischen Interesse Großbritanniens geopfert. 1947 trat dann, wie eingangs erwähnt, das amerikanische Patronat an die Stelle des britischen.

In diesen Ereignissen von 1944, die zur Wiedererrichtung einer Monarchie von Englands Gnaden und zu dem furchtbaren Bürgerkrieg der Jahre 1946 bis 1949 führten, wird man den Ausgangspunkt einer verhängnisvollen Entwicklung bis hin zu dem Putsch vom 21. April 1967 sehen müssen.

Dr. Achim v. Borries

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Jörg Huffschmid

Karl Schillers Konzertierte Aktion

Zur ökonomischen Formierung der Gesellschaft

I

Unter den Dingen, die seit dem Amtsantritt der Regierung Kiesinger spektakulär und nachhaltig Eindruck in der Öffentlichkeit machen, sticht vor allem der „new look" der deutschen Wirtschaftspolitik hervor. Eine lange nicht gesehene Aktivität wird in Bonn entfaltet, und mit Erstaunen vernimmt man die neuen Töne, die die verantwortlichen Minister Schiller und Strauß, anscheinend unbeeindruckt durch Tradition und Vorgänger, anschlagen. Statt verschwommener, an vage Prinzipien mit desto größerer Starrheit geklammerter Lethargie herrscht präzise, den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen pragmatisch angepaßte Dynamik, die durch ihre eigene Existenz schon einen Hauch von Erfolg und Effizienz verbreitet und eben dies auch ohne Zweifel beabsichtigt. Gleichzeitig werden humanitäre Appelle und Sozialpathos, so sieht es aus, ersetzt durch die institutionalisierte Herstellung des sozialen Friedens, durch gemeinsame Aktion der Sozialpartner im Hinblick auf das gemeinsame Interesse und Wohlergehen. „Stabilisierung" der deutschen Wirtschaft als Ziel und „konzertierte Aktion" der beteiligten Gruppen als Weg zu diesem Ziel sind die Perspektiven, unter denen Schiller und Strauß ihre Ämter angetreten haben, und es sind auch die Gesichtspunkte, unter denen man ihre Aktivität beurteilen wird. Ob die aus diesem Grunde entwickelte Rasanz, mit der gegenwärtig bei uns Wirtschaftspolitik gemacht wird, tatsächlich eine neue Politik ankündigt oder nur die Fortführung der alten Politik mit anderen Mitteln ist, ob die „konzertierte Aktion" ein neues Konzept von sozialem Frieden bringt oder ob es sich nur um eine neue Variante sozialer Befriedung handelt, das soll im folgenden untersucht werden.

Dazu läßt sich zunächst feststellen, daß weder der Ausdruck „konzertierte Aktion" von Schiller erdacht, noch ihr Zusammenhang mit der Stabilisierungspolitik von ihm entdeckt worden ist. Von beiden war bereits im zweiten und dritten Gutachten des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Rede.[1]) 1965 hatten die Sachverständigen gefordert, die jährliche Inflationsrate durch eine „konzertierte Stabilisierungsaktion"[2]) auf 1 Prozent hinterzuschrauben[3]), was damals von Erhard als „zu planwirtschaftlich, zu mechanistisch"[4]) abgelehnt worden war. Ein Jahr später hatte sich nicht nur die Regierungskonstellation, sondern auch die wirtschaftliche Situation geändert: Nicht mehr „Stabilisierung ohne Stagnation", sondern „Expansion und Stabilität" waren die Probleme; nicht mehr in erster Linie die steigenden Preise, sondern vor allem das nachlassende Wachstum sollten in einer „konzertierten

---

[1]) Zweites Gutachten: Stabilisierung ohne Stagnation, Stuttgart und Mainz 1965, Abschn. 188 ff.; drittes Gutachten: Expansion und Stabilität, Stuttgart und Mainz 1966, Abschn. 241 ff.
[2]) Abschn. 192.
[3]) Abschn. 189.
[4]) Protokoll der 22. Sitzung des 5. Deutschen Bundestages, S. 931.

Aktion" abgefangen werden, zu der sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Gebietskörperschaften sowie sonstige öffentliche Instanzen verpflichten sollten.[5]) In dieser von Schiller freudig aufgegriffenen und weitergeführten Verallgemeinerung ist „konzertierte Aktion" also der Name für eine Wunschvorstellung der Regierung über den Weg, wie der deutschen Wirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Krise herauszuhelfen ist: Alle an der Wirtschaftsentwicklung maßgeblich beteiligten und für sie verantwortlichen Gruppen, so beinhaltet diese Vorstellung, sollen sich zusammensetzen, ihre Pläne besprechen, daraus einen großen Gesamtplan machen und diesen in gemeinsamer Verantwortung durchführen. Die Interessen der einzelnen Gruppen sollten sich dem Allgemeininteresse unterordnen und würden dadurch, daß sie das allgemeine Interesse realisierten, auch sich selbst als Einzelinteressen den größten Dienst erweisen.

Die konzertierte Aktion wurde bisher auf zwei „Runden" projektiert; in der ersten soll die gegenwärtige akute Krise behoben, in der zweiten Vorsorge für eine strukturell gesunde Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft getroffen werden. Die erste Runde wiederum besteht in Schillers Vorstellung aus zwei Phasen: Zunächst haben die öffentlichen Stellen — Bundesbank, Wirtschaftsminister, Finanzminister und Länder- und Gemeindevertretungen — die Voraussetzungen für ein besseres Klima geschaffen (Diskontsenkungen, Abschreibungsvergünstigungen, Eventualhaushalt, Versprechen für konjunkturgerechtes Verhalten der Länder und Gemeinden), in der zweiten Phase sind die Regierungsvorstellungen mit Vertretern der Gewerkschaften und Unternehmerverbände abzustimmen.

In dieser zweiten Phase befinden wir uns jetzt. Am 14. Februar und am 1. März haben Gespräche zwischen Schiller und den Repräsentanten der Wirtschaft stattgefunden. Hierbei wurde den Teilnehmern eine Reihe von Zahlen vorgelegt, die im Bundeswirtschaftsministerium als „Zielprojektion" ausgearbeitet worden war. Diese Projektion stellt eine Zwischenform zwischen Prognose und Programm dar: Es wird vorausgesagt, daß, wenn gewisse Größen (Investitionen) erreicht, andere (Löhne) nicht überschritten werden, dritte Größen (Sozialprodukt) sich positiv entwickeln werden. Gleichzeitig ist es aber Ziel der Wirtschaftspolitik, die angegebene Entwicklung der dritten Größe tatsächlich zu erreichen, und damit gewinnt die Darstellung der Bedingungen, unter denen dies allein möglich erscheint, den Charakter eines Appells, sich doch bitte an diese Bedingungen zu halten. Somit werden die „Orientierungshilfen" faktisch doch zu „Leitlinien", die den beteiligten Gruppen — natürlich formal unverbindlich, moralisch jedoch desto verbindlicher — vorgegeben werden.

Die Projektion des Wirtschaftsministers über die Entwicklung im laufenden Jahr hat zwar allem Anschein nach — Genaueres weiß man nicht, da über Inhalt und Verlauf des Gespräches Stillschweigen vereinbart wurde [6]) — nicht den ungeteilten Beifall, wohl jedoch die grundsätzliche Zustimmung und die Zusage der Beteiligten gefunden, sich im ganzen an die vorgelegten Zahlen zu halten und bei der konzertierten Aktion mitzumachen. Diese Zusage muß als unbestreitbarer Erfolg der Schillerschen Bemühungen angesehen werden. Ebenso unbestreitbar ist auf der anderen Seite die Tatsache, daß dieser Erfolg vorerst nur auf dem Papier steht, und es wird sich zeigen, daß die theoretische Einheit eine faktisch niemals existente Scheineinheit war, eine unter allgemeinen Schlagworten für

---

5) Abschn. 283 ff.
6) Vgl. FAZ vom 16. 2. 1967, S. 15.

einen Augenblick geglückte Formierung, die gar keine objektiven verbindenden Einheitsmomente an sich hat und trotz aller Dementis nur unter äußerem Druck momentan zustande kommen konnte.

II

Sinkende Lohnquoten, steigende Gewinne: Die „Orientierungsdaten"

Was die Gesprächsteilnehmer am 14. Februar und am 1. März in Bonn vor allem vorfanden, war der demonstrativ zur Schau getragene Optimismus bei Schiller und seinen Beratern, ein Optimismus, der sich auch in der Zielprojektion niederschlug: Nach Schillers Vorstellungen soll das Bruttosozialprodukt zu jeweiligen Preisen 1967 um 4 Prozent zunehmen, 2 Prozent davon gehen auf das Konto von Preissteigerungen, so daß 2 Prozent als reales Wachstum übrigbleiben.[7]) Gegen diese Projektion haben sich mittlerweile die kritischen Stimmen gemehrt, nicht nur aus den Reihen der zweckpessimistisch agierenden Unternehmerverbände, sondern auch von seiten der Wissenschaft.[8]) So rechnet z. B. der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Sondergutachten zur Wirtschaftslage[9]) damit, daß das Bruttosozialprodukt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nicht nur nicht steigen, sondern sogar um 1 bis 2 Prozent sinken wird[10]) (aus methodischen Gründen hält er es nicht für möglich, eine weitergehende Prognose zu machen), und daß der private Verbrauch stagnieren und nicht, wie Schiller es projektiert hatte, um 3,5 Prozent steigen wird.[11])

Wenn den Akteuren der konzertierten Aktion also Zahlen vorgelegt wurden, die offenbar keine objektiven Wahrscheinlichkeiten haben, sondern mehr die Wunschvorstellungen des Wirtschaftsministers zum Ausdruck bringen, wenn es sich nicht um empirisch gesicherte Zwangsläufigkeiten, sondern um politisch zu realisierende Zielvorstellungen handelt, dann wird als nächstes die Frage doppelt interessant, welcher Beitrag denn nach Bonner Vorstellungen von den einzelnen Gruppen — und hier sind vor allem die Tarifpartner interessant — zur Bewerkstelligung des Aufschwungs erwartet wird.

Diese Frage wird durch einige wenige der vorgelegten Zahlen in aller wünschenswerten Klarheit beantwortet: Es ist vorgesehen, daß bei einem Wachstum des Volkseinkommens um 3,1 Prozent die Löhne und Gehälter um 2,4 Prozent, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um mehr als das Doppelte, nämlich um 5,3 Prozent, und die nicht entnommenen Gewinne (als Beitrag zur Selbstfinanzierung, die den Unternehmenswert steigert und somit den Unternehmenseigentümern zugute kommt) sogar um fast das Zehnfache, nämlich um 22,2 Prozent, steigen sollen.[12])

Das bedeutet, daß die Arbeitnehmer und Angestellten am geplanten Wachstum des Volkseinkommens nicht einmal proportional beteiligt, daß aber andererseits bei sinkender Lohnquote der Anteil der Unternehmereinkommen aus dem Volks-

---

7) Blick durch die Wirtschaft v. 6. 3. 1967, S. 1; FAZ v. 3. 3. 1967, S. 1 u. 4; SZ v. 1. 3. 1967, S. 29.
8) Vgl. z. B. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Konjunkturforschung, Wochenbericht Nr. 12 vom 23. 3. 1967, S. 58 f.
9) Sondergutachten für die Wirtschaftslage im Frühjahr 1967, BT-Drucksache V/1588.
10) Ebenda, Abschn. 5.
11) Ebenda, Abschn. 4.
12) Quelle wie oben, S. 4, Fußnote 7.

einkommen überproportional zu diesem steigen soll. Mit anderen Worten: Das geplante Wachstum des Volkseinkommens soll zum größeren Teil von den Arbeitern und Angestellten getragen werden, auf der anderen Seite aber hauptsächlich den Einkommen der Unternehmer zugute kommen. „Die Gewinne der Unternehmer zu steigern, ist die erklärte Absicht der Bundesregierung. Und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist mit von der Partie. Der Sozialdemokrat Schiller forciert als Bundeswirtschaftsminister diese Politik. Das allein ist schon ein historisches Ereignis." [13])

Dies sind die Vorstellungen, die von seiten der Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr konzipiert wurden und zu deren Zustimmung und Realisierung in einer konzertierten Aktion nicht nur die Unternehmerverbände, sondern auch die Gewerkschaften aufgerufen worden sind. Als Nichtökonom wird man sich über die Offenheit und Naivität der Zumutung wundern, die in einer solchen Aufforderung steckt, sowie auch über die Selbstverständlichkeit, mit der sie weithin aufgenommen wurde. Beides ist jedoch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die unterbreiteten Zahlen nicht der Willkür und Laune einer Unternehmerregierung entstammen, sondern aus einer objektiven, theoretisch und empirisch angeblich abgesicherten Theorie sich als notwendige Bedingungen für ein ganz bestimmtes Wachstum des Volkseinkommens ableiten lassen. Nicht aus sozialen Überlegungen wird von den Gewerkschaften Verzicht verlangt, sondern diese Aufforderung ergibt sich angeblich aus den technisch-pragmatischen Gesetzen der Ökonomie.

Der theoretische Hintergrund: Investitionsanreize schaffen

Vor dem Hintergrund dieser fast universell akzeptierten Theorie sieht die gegenwärtige Situation folgendermaßen aus: Durch die Aufblähung der Kosten einerseits, nämlich Lohn und Kapitalverzinsung, sowie eine durch ständige Preissteigerungen erreichte Absatzgrenze andererseits sind die Gewinnaussichten der Unternehmer objektiv nicht mehr so hoch wie noch vor wenigen Jahren. Da ihre Kapazitäten nicht einmal mehr ausgelastet werden — Hermann Josef Abs, der es wissen müßte, sprach von 75 Prozent Auslastung [14]) — sind sie weithin nicht bereit, neu zu investieren, neue Kapazitäten zu schaffen und damit ihre Gesamtausnutzung und ihre Gesamtrendite zu senken.

Damit aber ist die Wirtschaft in ihrem Lebensnerv getroffen, denn die privaten Investitionen sind es, die eine kapitalistische Wirtschaft am Leben erhalten: Durch sie wird nicht nur neues Produktionspotential und damit neues Angebot geschaffen, durch Investitionen entstehen auf der anderen Seite auch Einkommen, und durch Desinvestitionen gehen umgekehrt auch Einkommen, d. h. konkret Arbeitsplätze und Nachfrage, verloren. Wenn der Unternehmer also nicht neu investiert, hat vor allem der zu leiden, der sein Einkommen verliert und nicht auf andere Reserven zurückgreifen kann, also normalerweise der Arbeiter. Werden jedoch auf der anderen Seite Investitionen vorgenommen, so profitiert davon nicht nur der Unternehmer — er freilich am stärksten —, sondern auch der Arbeitnehmer, für den die Unternehmerinvestitionen Einkommen darstellen: Fazit: „Was gut ist für General Motors, ist auch gut für die USA", wie es ein amerikanischer Großindustrieller einmal ausdrückte.

---

13) „Der Volkswirt" vom 24. 2. 1967, S. 259.
14) FAZ vom 10. 3. 1967, S. 27.

Nun beruht unsere Gesellschaftsordnung bekanntlich auf dem Privateigentum auch an Produktionsmitteln, und die wichtigste Implikation dieser Einrichtung ist die nahezu uneingeschränkte Dispositionsfreiheit der Unternehmer, d. h. es steht allein in ihrem Willen, wo und wie sie investieren und ob sie überhaupt investieren wollen. Der Unternehmer ist seinerseits an der Rentabilität interessiert; er wird nicht aus Laune und Willkür, sondern nach Rentabilitätsgesichtspunkten seine Investitionen vornehmen, d. h. er wird dann investieren, wenn es sich für ihn lohnt, wenn ausreichend hohe Gewinne abfallen. Wenn also die Gewinnaussichten fallen, dann muß man etwas tun, um sie wieder anzuheben und so die Investitionsneigung zu beleben. Das geschieht durch Beeinflussung der Kosten auf der einen, der Absatzmöglichkeiten auf der anderen Seite. Die Kreditbremsen müssen also gelockert, die private Nachfrage ermuntert, die öffentliche verstärkt werden, und vor allem appelliert man dann an die Gewerkschaften, Zurückhaltung in der Lohnpolitik zu üben.

Die gesamte Wirtschaftspolitik in einem solchen System richtet sich also auf ein einziges Ziel: den privaten Unternehmer zu Investitionen zu veranlassen, von denen die wirtschaftliche Entwicklung abhängt. Präziser und unverhüllter als in dieser — von Keynes herkommenden — Theorie kann man eigentlich kaum die Abhängigkeit einer ganzen Gesellschaft von einer kleinen Schicht der Besitzenden darstellen: Um die Unternehmer „geneigt" zu machen, um ihre Investitionsneigung zu wecken, ist es nötig, ihre Gewinnerwartungen zu heben, und zu diesem Zwecke muß man ihnen bestimmte Sondervorteile einräumen, sozusagen als Tribut dafür, daß sie weiterinvestieren und keine allgemeine Arbeitslosigkeit ausbrechen lassen. Und wer die Last dieser Animierung zu tragen hat, stellt der „Bayernkurier" in wahrscheinlich ungewollter Präzision exakt fest: „Die Lasten der finanziellen Strenge verteilen sich gerecht, keineswegs nur zu Lasten des Bauernvolkes, sondern auch der Arbeiterschaft und des Mittelstandes." [15])

Globalsteuerung: Synthese zwischen Eucken und Keynes

Ein derartig völlig auf die Investitionen der privaten Unternehmer geeichtes Wirtschaftssystem stellt die Wirtschaftspolitik vor zwei Notwendigkeiten: einerseits sind Investitionsanreize zu schaffen, die Gewinnchancen müssen gehoben, die Unternehmer wollen unterstützt werden. Andererseits darf diese Unterstützung nicht in Bevormundung ausarten, höchstes Gut ist die völlige unternehmerische Dispositionsfreiheit: „Allerdings muß die Industrie ihre Versicherung, sich der Aufforderung der Regierung nicht zu entziehen und aktiv an dem angebotenen Dialog teilzunehmen, mit dem Hinweis verbinden, daß sie mit wachem Sinn alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen daraufhin prüfen wird, ob durch sie nicht eine Einengung der unternehmerischen Freiheit eintritt", schreibt der mächtigste Wirtschaftsverband der Bundesrepublik, der Bundesverband der deutschen Industrie, dazu in seinem jüngsten Jahresbericht.[16]) Die Garantie der Rentabilität der Investitionen bei gleichzeitiger voller Aufrechterhaltung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit wird als wirtschaftspolitische Aufgabe und Bedingung der Selbsterhaltung dann besonders dringend, wenn die Wirtschaft nicht mehr wohlstandsgesichert ist, sie wird höchste Notwendigkeit, wenn die kapitalistische Entwicklung aus sich selbst heraus nicht mehr tragfähig erscheint. Das Schillersche Patentrezept für eine solche Situation lautet nicht erst seit heute „Globalsteuerung". In ihr sieht er das Mittel, das er bereits in seinen theoretischen

15) „Bayernkurier" vom 11. 3. 1967, S. 1.
16) Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 1966/67, S. 24.

Arbeiten immer wieder propagiert hat [17]) und in seinen tagespolitischen Reden jetzt immer wieder hervorholt.[18])

Die „globale Wirtschaftspolitik der leichten Hand" sieht ihr Ziel darin, gesamtwirtschaftliche Daten zu setzen, an denen sich die einzelwirtschaftlichen Dispositionen der Privatunternehmer dann ausrichten können; direkte Maßnahmen jedoch, „planifikatorische Eingriffe in die einzelwirtschaftlichen Dispositionen gehören nicht zu unserem Besteck".[19]) Die Haushalts-, Steuer-, Geld- und Subventionspolitik wird, wenn konsistent durchgeführt, zwar signalisieren, welche Richtung der Entwicklung und welche Investitionsschwerpunkte die Regierung für besonders wünschenswert hält, sie wird aber weder direkt noch indirekt irgendeinen Unternehmer zwingen, diese Richtung auch tatsächlich einzuschlagen. Die Globalsteuerung, d. h. zentrale Wirtschaftspolitik bei voller Aufrechterhaltung der Freiheit des Einzelunternehmers, ist die von Schiller geforderte und gesuchte Synthese zwischen Keynes und Eucken. „Die optimale Zuordnung der Mittel besteht also in der kombinierten Anwendung des Prinzips der Selbststeuerung (durch den Wettbewerb für die Mikrorelationen) und der Globalsteuerung (für den makroökonomischen Komplex). Dies ist die wirtschaftspolitische Grundentscheidung nach dem Prinzip ‚Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig'. Man kann auch sagen: Die Lösung besteht darin, den ‚Freiburger Imperativ' (...) und die ‚Keynesianische Botschaft' zu versöhnen, indem man die beiden Postulate jeweils für eine der beiden Seiten des Wirtschaftslebens gelten läßt." [20])

Im Zusammenhang mit der institutionalisierten Kooperation zwischen Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einer konzertierten Aktion erhält die Globalsteuerung jedoch ein etwas anderes Aussehen. Dies wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, was von wem erwartet wird: Von den Unternehmern erwartet man Investitionen für den Preis von 5,3 Prozent Gewinnzuwachs, von den Arbeitern ein Stillhalten mit dem Ergebnis eines effektiven Sinkens der Lohnquote, gutbezahlte Aktivität von den Unternehmern, schlechtbezahlte Passivität von den Arbeitern. Global ein Tun zu verlangen ist aber ganz etwas anderes als global ein Unterlassen zu fordern: während es im ersten Fall statthaft ist, daß einzelne sich nicht an den Aktionen beteiligen, wenn nur im Endergebnis ein bestimmtes Resultat herauskommt, richtet sich das andere Verlangen an jede einzelne Gewerkschaft und damit letztlich an jeden einzelnen Arbeiter und verlangt Maßhalten von ihm. Konzertierte Globalsteuerung bedeutet zwei recht verschiedene Dinge für die beiden beteiligten Parteien: Für den Unternehmer bedeutet sie ein Angebot, auf das er eingehen kann oder nicht, und insofern echte globale Politik, für den Arbeitnehmer dagegen bedeutet sie einen detaillierten dirigistischen Eingriff in seine Dispositionsfreiheit und in die Tarifautonomie, und das auch dann, wenn es nicht zur Aufstellung von förmlichen Lohnleitlinien gekommen ist.

Der Einwand liegt nahe, daß den Gewerkschaften nur recht sein kann, was den Unternehmern billig ist, und daß, selbst wenn die Globalsteuerung eine gewisse Tendenz zur Begünstigung der Unternehmer mit sich bringt, die ganze Aktion

---

17) Karl Schiller, Freiheitliche Wirtschaft — heute und morgen, in: Der Ökonom und die Gesellschaft, Stuttgart 1964, bes. S. 169 f; ders., Wirtschaftspolitik, ebenda S. 76 ff.
18) Vgl. z. B. die Rede zur Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse 1967, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 23 vom 3. 3. 1967, S. 181 ff.
19) Ebenda, S. 183.
20) Karl Schiller, Wirtschaftspolitik, in: Der Ökonom ... aaO., S. 69; vgl. auch ders., Einige Bemerkungen über Modelltheorie und Wirtschaftsgestaltung, ebenda S. 55.

selbst doch für beide Gruppen gleichermaßen verbindlich bzw. unverbindlich sei, man deshalb von einer tatsächlichen Benachteiligung der Arbeiter wohl kaum sprechen könne. Daß diese formal richtige Vermutung mit der Realität so gut wie nichts zu tun hat, kann man sich klarmachen, wenn man sich vorstellt, daß die Arbeiter einmal wirklich von ihrer Dispositionsfreiheit Gebrauch machten und einfach nicht arbeiteten (angenommen sie verhungerten nicht dabei). Die Gegenkräfte, die eine solche ganz legale Disposition auslösen müßte, wären mit hoher Wahrscheinlichkeit enorm. Von Freiheit des Arbeitsangebotes würde jedenfalls wohl kaum länger die Rede sein, und wenn nur die öffentliche Meinung mobilisiert würde, wäre das noch der günstigste Fall. Viel wahrscheinlicher aber würde Militär marschieren und würden die Notstandsgesetze unverzüglich zur Anwendung gelangen.

Gleichberechtigung der Sozialpartner unter staatlicher Aufsicht in einer konzertierten Aktion ist eine Farce und ein Bluff: nicht nur, daß die Arbeitnehmer in der projektierten Gemeinsamkeit die reale Hauptlast zu tragen hätten, dank der Erfindung der Globalsteuerung stünden sie auch am stärksten unter psychologischem Druck: wenn die konzertierte Aktion nicht gelingt, werden sie auf jeden Fall die Schuldigen sein. Wenn sie aber doch gelingen sollte, wird man nicht von ihnen und ihrer „Disziplin", sondern von den privaten Unternehmern reden, die durch „schöpferische Initiative" die Flaute überwunden hätten.

Selbstbeschränkung der Regierung auf Einkommenspolitik

Die Tatsache, daß Konzertierte Aktion im Zusammenhang mit Globalsteuerung eine massive einseitige Belastung der Gewerkschaften bedeutet, bringt uns zu einem weiteren entscheidenden Punkt: Die konzertierte Aktion ist im wesentlichen Einkommenspolitik, sonst nichts, und eben dies ist ihr Hauptkennzeichen. Und da sie sonst nichts ist, verzichtet sie auch auf alle anderen Arten der Wirtschaftspolitik. Dies sieht der BDI ganz richtig, wenn er in seinem neuen Jahresbericht schreibt: „Deshalb sollte es Sinn und Zweck der ‚konzertierten Aktion' sein, daß sich Staat und Tarifparteien über die Orientierungsdaten einigen, die eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik ermöglichen." [21]) Das, worum es diesem Verband in erster Linie geht, den Anteil der Lohn- und Gehaltseinkommen, der in den letzten Jahren auf 67 Prozent vom Gesamteinkommen gestiegen war [22]), wieder auf den „normalen" Satz von 60 Prozent zurückzuschrauben — bei einem Anteil der selbständigen von 19 Prozent aller Erwerbstätigen [23]) —, genau um diese Sache geht es der Regierung praktisch auch, wenn sie zur allseitigen Kooperation in der konzertierten Aktion aufruft.

Daß die Wirtschaft der hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten massiver Unterstützung und Koordination durch den Staat bedarf, das weiß man nicht erst seit der Proklamierung der konzertierten Aktion in Deutschland. Fast alle anderen Länder mit gleichem System haben in dieser Richtung schon vor der

---

21) Seite 25.
22) Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 1, Januar 1967, S. 12. Dabei zählen Gehälter von Generaldirektoren zu dieser Gruppe, während das Einkommen des selbständigen Milchmannes zu den Unternehmereinkommen zählt, wodurch sich eine beträchtliche Nivellierung der statistischen Zahlen ergibt. Auch die Tatsache, daß von 1950—1959 nur 16,5 Prozent aller privaten Haushalte fast die Hälfte der gesamten Geldvermögensbildung auf sich vereinigen konnte, gewinnt durch den Hinweis noch an Schärfe, daß von diesen Haushalten noch alle die abzuziehen sind, die als Handwerker und Kleinstunternehmer an dieser Vermögensbildung kaum partizipiert haben. Vgl. Carl Föhl/Manfred Hennies, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Pfullingen 1966, S. 14.
23) Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3, März 1967, S. 157.

Bundesrepublik ihre Erfahrungen gemacht und entsprechende öffentliche Steuerungs-, Koordinations- oder Planungsinstrumente geschaffen. Gerade im Hinblick auf diesen Rückstand und im Vergleich mit den anderen Ländern ist es aber doppelt interessant zu sehen, wie in der BRD diese Koordinierungsaufgabe aufgefaßt wird und wie sich die Schillersche Konzeption von anderen unterscheidet. Als wichtigste Vergleichsbeispiele sollen hier England und Frankreich angeführt werden.

Schon am Beispiel Englands zeigt sich ein deutlicher Unterschied zur deutschen konzertierten Aktion. Er besteht darin, daß sich die Politik der nationalen Koordination nicht nur einseitig auf die Löhne und Gehälter, sondern ebensosehr auf das Verhalten der Unternehmer richtet. Der seit 1965 bestehende „National Board for Prices and Incomes" kontrolliert beide Seiten, neue Lohnforderungen der Gewerkschaften ebenso wie Preisänderungen der Privatindustrie, und erläßt in beide Richtungen Empfehlungen.[24]) Und man kann viele Dinge gegen die englische Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahres, gegen den totalen Lohn- und Preisstop geltend machen, immerhin aber handelt es sich um einen Lohn- und Preisstop und nicht nur um ein Einfrieren der Löhne zugunsten der Unternehmer, wie es die Schillersche konzertierte Aktion praktisch impliziert.

In Frankreich, wo der Begriff der „économie concertée" schon seit zwei Jahrzehnten bekannt ist[25]), gibt es im Rahmen der französischen planification und des der konzertierten Aktion vergleichbaren „großen Dialogs" zwischen Vertretern der Arbeiter, Unternehmer und öffentlichen Stellen genügend Möglichkeiten, nicht nur die Löhne der Arbeiter und die Preise der Unternehmer administrativ zu kontrollieren (Lohn- und Preisstop), sondern darüber hinaus die Möglichkeiten, die Investitionen der Unternehmer weitgehend in den Griff zu nehmen. Solche Möglichkeiten reichen von der selektiven und weitgehend differenzierten Kreditpolitik durch die überwiegend staatlichen — auf jeden Fall aber völlig vom Staat abhängigen — Banken über regelrechte Investitionsverträge mit einzelnen Unternehmen oder Unternehmensgruppen bis zur Drohung der Enteignung für Unternehmen, die nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, ihre Betriebe zu modernisieren, oder die nicht benötigte Waren herstellen.[26]) Dies schließt zwar ein ganz erhebliches eigenes Engagement des Staates in der Wirtschaft ein, aber das System arbeitet im ganzen sehr effizient, ohne daß man sagen kann, daß der Kapitalismus dadurch wesentlich untergraben wird.

Was hiermit demonstriert werden sollte: Es ist nicht wahr, daß staatliche Wirtschaftspolitik in kapitalistischen Gesellschaften sich auf Einkommenspolitik — und die traditionellen Mittel der Geld- und Finanzpolitik — zu beschränken hat, es gibt im Gegenteil eine Reihe anderer, in der Praxis bereits angewandter Methoden, sowohl die Preise der Unternehmer als auch vor allem ihre Investitionen nachhaltig zu beeinflussen und so eine gewisse Symmetrie in Art und Ausmaß der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft herzustellen. Freilich lassen solche Eingriffe die Dispositionsfreiheit der Unternehmer nicht mehr ganz ungeschoren, und die Ideologie, daß eben diese unternehmerische Freiheit als Garant des „Wohlstands für alle" oberstes Gut einer Gesellschaft zu sein habe, würde unter solchen Eingriffen verblassen zu dem, was sie in Wirklichkeit ist, zum apologetischen Instrumentarium einer kleinen Clique

---

[24]) Vgl. Die Zeit Nr. 15 v. 14. 4. 1967, S. 39.
[25]) Vgl. Bernard Cazes, La Planification Francaise en France et le IVe Plan, Paris 1962, S. 17 ff. sowie Jean Fourastié und Jean-Paul Courthéoux, La Planification Economique en France, Paris 1963, S. 107 ff.
[26]) Vgl. Helga Grote, Mittelstandsförderung durch „Planification", dargestellt am Beispiel Frankreichs, Köln und Opladen 1966, S. 14—19.

von Unternehmern nämlich. Ein Staat jedoch, der, unzufrieden mit dem Einsatz seiner traditionellen Mittel der Geld- und Finanzpolitik, einen tieferen Griff in den von Schiller so oft beschworenen „zweckneutralen Werkzeugkasten" [27]) tut und aus dessen dirigistischem Fach nichts anderes zutage fördert als Einkommenspolitik, nicht aber die nicht mehr und nicht weniger dirigistischen Instrumente der Preis- und Investitionspolitik, und der das Ganze dann noch unter dem Namen Globalsteuerung zur Annahme in einer konzertierten Aktion empfiehlt, ein solcher Staat erweckt den Verdacht, daß es ihm nicht um eine gerechte Berücksichtigung der Interessen aller an der Wirtschaft Beteiligten geht, sondern vielmehr darum, die Interessen einer Gruppe möglichst geschickt und unbemerkt gegen die Interessen aller anderen Gruppen durchzupauken. Die Harmonie in einem solchen Konzert ist wohl überwiegend zwischen Staat und Unternehmern auf Kosten der Arbeitnehmer zu suchen.

Wenn schon konzertierte Aktion, wenn der Staat schon seine Autorität zur Steuerung der Wirtschaft geltend macht, dann soll er das, so wäre als Alternative zu fordern, auch gegenüber den Unternehmern tun. Wenn er schon die Privatinvestitionen als das Herzstück und den Lebensnerv der Wirtschaft ansieht, sollte seine Politik der Steuerung und der Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität sich konsequenterweise auch direkt auf diesen Lebensnerv richten und es nicht bei Umwegen über Krediterleichterungen, eigene Investitionen und Forderung nach Lohndisziplin bewenden lassen, wodurch die letzte Entscheidung schließlich doch nicht bei ihm als der steuernden Instanz, sondern bei den Unternehmern liegt, denen ein Angebot gemacht wird, das ihren Interessen und Wünschen weitgehend entspricht und das sie annehmen oder ablehnen können. Daß eine solche energische Politik möglich ist, beweist das Beispiel Frankreichs, (daß sie nicht automatisch zum Vorteil der Gewerkschaften wirkt, zeigt dasselbe Beispiel allerdings auch). Daß sie aber gar nicht erst versucht wird, macht deutlich, wie stark die Bundesregierung in Abhängigkeit von jenen Kräften steht, die sich die letzte Entscheidung über Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaft selbst vorbehalten möchten, und über diese materielle und ideologische Abhängigkeit täuscht aller forsch vorgetragene Pragmatismus nicht hinweg. Pragmatisches Vorgehen wäre es, die Unternehmen jetzt auf administrativem Wege zu Investitionen zu zwingen und so den Wirtschaftsaufschwung binnen kürzester Zeit zu verwirklichen. Daß ein solcher Pragmatismus aber außerhalb der Denkmöglichkeiten für die Bundesregierung liegt, zeigt, daß das Gerede vom pragmatisch unvoreingenommenen Vorgehen bei der Sanierung der deutschen Wirtschaft eben doch nur ideologische Voreingenommenheit zu bemänteln versucht, die ihrerseits konkrete Interessen der privaten Unternehmer mit dem Schein des Allgemeininteresses auszustatten hat.

Die „soziale Symmetrie"

Gegen die Bundesregierung kann bei alledem indessen kaum der Vorwurf der subjektiven Bösartigkeit oder der diabolischen Verschwörung mit der Unternehmerklasse gegen Arbeiter und Gewerkschaften erhoben werden. Sie hat vielmehr unter zwei Aspekten ihr Amt angetreten und hat es unter diesen Aspekten auszuführen: Erstens gilt es, eine umfassende Wirtschaftskrise abzuwehren, und zweitens gibt es eine gesicherte Theorie, wie das zu machen ist. Daß diese Theorie explizit und nachdrücklich asoziale Konsequenzen fordert, ist eine viel-

27) Karl Schiller, Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Der Ökonom und die Gesellschaft, a.a.O., S. 47.

leicht bedauerliche, sicher aber unvermeidliche Nebenerscheinung, die man in Kauf zu nehmen hat, wenn das Hauptziel des Aufschwungs erreicht werden soll. Nicht subjektive Willensmomente sind es also, die die Bundesregierung zum geeigneten Instrument der Unternehmer werden läßt, sondern eine allgemeine gesellschaftliche Ideologie stellt eine objektive Liaison zwischen beiden her, eine Ideologie, die im Mantel rein sachbezogener und allein Sachzwänge aufdeckender wertfreier Wissenschaft die Herrschaft der Unternehmer im Staat sichert.

Die Bundesregierung denkt nicht subjektiv asozial, sie ist objektiv asozial, und man könnte meinen, sie sei es manchmal mit Bedauern. Darauf deuten jedenfalls die von Schiller mehrfach vernommenen Andeutungen hin, die erste Runde sei nun an die Unternehmer gegangen, der nächste Schritt müsse die „soziale Symmetrie" wieder herstellen, d. h. den Gewerkschaften ausgleichende Vorteile bringen.[28]) Am Problem der „sozialen Symmetrie" zeigen sich aber zugleich die Grenzen der Möglichkeiten der Bundesregierung: „Wenn nämlich auch die Erträge der Unternehmen in die Konzertierung einbezogen würden, so wäre damit bereits ein großer Schritt in Richtung der Einengung der Investitionsfreiheit der Unternehmer getan".[29]) Diese und ähnliche Reaktionen der Unternehmer auf die Schillersche Ankündigung sprechen eine deutliche Sprache[30]): Von einer Herstellung einer sozialen Symmetrie könne, so heißt es, wenn überhaupt, dann nur in dem Sinne die Rede sein, daß man endlich „den erheblichen ‚Nachholbedarf' der Unternehmereinkommen" befriedige[31]) und ihre Gewinne steigen lasse. Schließlich: „Das soziale Leben ist eo ipso asymmetrisch. Darauf beruhen die Antriebe, beruht das Leistungsstreben. Sozial-Symmetrie gehört in die Vorstellungswelt des Kollektivismus".[32])

Vollends geklärt werden die Aussichten einer sozialen Symmetrie aber durch die mehrfach von Unternehmerseite getroffenen Behauptungen, mit dem Streben nach sozialer Symmetrie werde der Erfolg der konzertierten Aktion ernstlich in Frage gestellt. „Der zu Anfang dieses Jahres festzustellende Anstieg des wirtschaftlichen Stimmungsbarometers hat mittlerweile wieder zu gewissen Ausschlägen nach unten geführt, weil mit der Erfindung des Begriffs ‚soziale Symmetrie' in der Wirtschaft Befürchtungen wachgerufen wurden, die jetzt eingeräumten und keineswegs sehr zu Buche schlagenden Begünstigungen würden beim ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung durch zusätzliche steuerliche und soziale Belastungen wieder mehr als wettgemacht werden", führte der Vorsitzende des Landesverbandes der bayerischen Industrie und Vorstandsvorsitzende des Deutschen Industrieinstituts, Prof. Rolf Rodenstock, am 13. April 1967 in München vor der Öffentlichkeit aus[33]). Diese kaum noch verhüllte Drohung zeigt denkbar gut den Zwangsmechanismus, dem auch die Bundesregierung unterworfen ist: Sollte sie ernstlich daran denken, sobald der Aufschwung erreicht ist, die soziale Symmetrie wieder herzustellen, und überdies so unvorsichtig sein, dies öffentlich kundzutun, so würde sie damit das Eintreten dieses Aufschwungs geradezu verhindern, da ein solches Vorhaben sich zugegebenermaßen nachteilig auf die Investitionsneigung der Unternehmer auswirken würde. Eine Bundesregierung aber, die den wirtschaftlichen Aufschwung auf die Dauer

---

28) Vgl. Schillers Rede auf der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages am 15. 2. 1967 in Bonn, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 20 vom 24. 2. 1967, S. 159.
29) BDI-Jahresbericht 1966/67, S. 25.
30) Vgl. z. B. FAZ v. 16. 2. 1967, S. 15, FAZ v. 23. 3. 1967, Blick v. 18. 4. 1967, S. 1.
31) Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik 13 (1967), Nr. 4, April 1967, S. 240.
32) Ebenda, S. 196.
33) Zitat nach „Informationsdienst der bayerischen Wirtschaft", Nr. 30/67 v. 13. 4. 1967, S. 2. Vgl. auch den vom Deutschen Industrieinstitut herausgegebenen Unternehmerbrief, Jg. 13, Nr. 15 v. 13. 4. 1967.

nicht bringt, dürfte kaum lebensfähig sein. Wenn sie also überleben will — und am energischen Überlebenswillen der Koalitionsparteien ist kaum zu zweifeln —, dann muß sie, ob das nun ihr soziales Gewissen beunruhigt oder nicht, auf die Herstellung einer sozialen Symmetrie verzichten, wenn und solange sie in den privaten Investitionen den Kern und Schwerpunkt der Volkswirtschaft sieht. Damit wird aber endgültig klar, wer die eigentliche Macht in der Bundesrepublik hat; solange die Unternehmer, und hier sind es bekanntlich wenige 100 Leute, die an den Spitzen der großen Konzerne, Banken und Wirtschaftsverbände sitzen, nicht nur die wirtschaftliche, sondern weitgehend auch die tatsächliche politische Macht haben, solange ist mit der freiwilligen Herstellung einer sozialen Symmetrie nicht zu rechnen.

III

Die ökonomische Formierung der Gesellschaft

Die Bundesregierung hat zum gemeinsamen Handeln in einer konzertierten Aktion aufgerufen, weil und damit auf diese Weise dem gemeinsamen Interesse, der Hebung des Wohlstands, am besten gedient werde. Das so beschworene gemeinsame Interesse erweist sich in einer konkreten Analyse jedoch als das Interesse einer kleinen Schicht von Wirtschaftsführern, und das Schlagwort von der konzertierten Aktion als der Versuch, die zunehmende Expansivkraft eben dieses Klasseninteresses und das in dieser Dynamik liegende Konfliktpotential durch ideologische Verbrämungen und den Appell an angebliche Sachzwänge zu rationalisieren und zu verdecken. Die konzertierte Aktion ist somit nichts anderes als die ökonomische Variante der Bestrebungen, mögliche und sich verstärkende gesellschaftliche Konflikte durch eine neue gesamtgesellschaftliche Ausrichtung abzufangen, die auseinanderstrebenden Interessen in ein fiktives und abstraktes Gesamtinteresse einzuordnen, d. h. real und konkret den Interessen der herrschenden Klassen unterzuordnen.

Die Idee der „formierten Gesellschaft" ist mit dem Abtritt Erhards von der politischen Bühne nicht aus den Köpfen der verantwortlichen Politiker verschwunden, sie hat im Gegenteil mit der Beteiligung der SPD an der Regierung, die zugleich ein entscheidender Beitrag zur Formierung selbst war, an Einfluß gewonnen. Und sie weicht kaum ab von den Vorstellungen, die die SPD schon vor der Großen Koalition entwickelt hatte und die sie als Oppositionspartei zwangsläufig anders benennen mußte. Die „formierte Gesellschaft", die „ihrem Wesen nach kooperativ ist, d. h. daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht" [34]), und in der die Formierung „nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen" geschieht, diese Gesellschaft heißt für die SPD seit dem Dortmunder Parteitag 1966 „mündige Gesellschaft", und „ihre Gruppen müssen zur Kooperation kommen, nicht durch Formierung, sondern durch mündige Selbstverwaltung" [35]); in beiden Konzeptionen werden jedoch Grundgesetzänderungen zur Herbeiführung der freiwilligen Kooperation für erforderlich gehalten.

Der ungleich größere Nachdruck jedoch, mit dem die unveränderten gesellschaftspolitischen Konzeptionen in der neuen Regierung auftreten, läßt diese selbst in

---

[34]) Ludwig Erhard, Rede vor dem CDU-Bundesparteitag 1965, Protokoll S. 5.
[35]) Karl Schiller, Schwerpunkte der Gesellschaftspolitik in Deutschland, Rede vor dem SPD-Parteitag 1966 in Dortmund, Protokoll S. 290 f.

einem klareren Licht erscheinen, in dem der angeblich tragende Pfeiler der Freiwilligkeit sich immer mehr verflüchtigt und das autoritäre Skelett der formierten Gesellschaft mit aller Deutlichkeit sichtbar wird:

Parallel zu der praktischen Ausschaltung jeglicher innerparlamentarischen Opposition durch die Formierung einer erdrückenden Bundestags- und Regierungsmehrheit, parallel zu den Vorbereitungen für die Einführung eines Mehrheitswahlrechts und damit das Abschneiden der kleinen Parteien von allen politischen Einflußmöglichkeiten, parallel dazu wird konsequenterweise die Neuordnung der Wirtschaft in Richtung auf größere Lenkbarkeit in Angriff genommen. Leichtere Lenkbarkeit wird einerseits angestrebt durch ein „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" [36]), das der Bundesregierung entscheidende, grundgesetzändernde wirtschaftspolitische Befugnisse auf Kosten der Länder und Gemeinden übertragen soll, denen somit Demarchen vom offiziellen Regierungskurs in Zukunft fast unmöglich sein werden. Bessere Lenkbarkeit wird anderseits durch den Aufruf an alle Wirtschaftsgruppen angestrebt, ihre verschiedenen Interessen in einer konzertierten Aktion zu vereinigen, deren Marschrichtung durch Orientierungsdaten und Regierungsprogramme vorgezeichnet ist. Der apodiktische Verweis auf ein undefiniertes gemeinsames Interesse erzeugt einerseits einen erheblichen psychologischen Druck, der jeden, der aus der Aktion ausscheren will, massiver Kritik und Repressionen aussetzt; derselbe Verweis macht es andererseits jenen Kreisen, die durch ihre Finanzmacht und ihre Verbandsorganisationen Einfluß auf die Regierung haben, leichter, die Ausrichtung der gesamten Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Die neue Regierung trifft in aller Eile Vorkehrungen, die Formierung der Gesellschaft, sollte sie nicht „aus eigenem Willen" (Erhard) und „mündiger Selbstverwaltung" (Schiller) zustandekommen, durch äußeren Druck und zentrale Verwaltungsmaßnahmen zu erreichen, eine Tendenz, die in der planmäßigen Vorbereitung und vorwegnehmenden Verwaltung des inneren und des äußeren Notstandes ihren vorläufigen Höhepunkt findet. Daß diese Tendenz ihr letztes Ziel nicht in der Herstellung von Ruhe und Ordnung im Innern sieht, läßt sich unschwer aus den außenpolitischen Erklärungen und Intentionen der alten wie der neuen Regierung ablesen. Sie sind allesamt darauf gerichtet, in Mitteleuropa jene „Europäische Friedensordnung" herzustellen, in der Westeuropa nach den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Vorstellungen Deutschlands geformt und die gesellschaftlichen Verhältnisse in den osteuropäischen Staaten allmählich ausgehöhlt werden sollen. Um diese westdeutschen Ordnungsvorstellungen für Europa durchzusetzen, benötigt die Bundesrepublik aber neben maximaler militärischer Stärke auch permanente wirtschaftliche Leistungssteigerung und gesellschaftliche Geschlossenheit im Innern, deren Realisierung durch konzertierte Aktion, Formierung der Gesellschaft und Notstandsgesetze sichergestellt werden sollen.

Die konzertierte Aktion fügt sich lückenlos in ein Bild, das durch die umfassende und gründliche Entwicklung in Richtung auf eine autoritär gelenkte Gesellschaft gekennzeichnet ist. Wenn das aber zutrifft, wenn Große Koalition, Mehrheitswahlrecht und Notstandsgesetze ebenso wie Stabilisierungsgesetz und konzertierte Aktion Etappen auf dem Weg zur Unternehmeroligarchie sind, dann ist es höchste Zeit zu erkennen, daß hier nicht die Realisierung eines allgemeinen

---

[36]) Bundestagsdrucksache V/890.

Interesses, sondern die eines Partikularinteresses einer zahlenmäßig kleinen Schicht gegen das Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung — und darüber hinaus gegen die Interessen anderer Länder — verfolgt wird und daß ein Ausscheiden aus der scheinheiligen Harmonie an der Zeit, daß die Rolle des Störenfrieds die einzig angemessene ist, in einer Gesellschaft, in der sich die ungestörte Herrschaft einer kleinen Klasse zu etablieren sucht.

Dr. Hanns-Jochen Hauß / Reinhard Opitz

Zu Karl Schillers Werdegang

Karl August Fritz Schiller wurde am 24. April 1911 in Breslau als Sohn eines Ingenieurs geboren. Von 1922 bis 1931 besucht er die Hebbel-Schule, ein Reform-Realgymnasium, in Kiel und studiert dann Volkswirtschaft in Kiel, Frankfurt am Main, Berlin und seit 1933 in Heidelberg, wo er als Zweiundzanzigjähriger, im Juni 1933, der SA und dem NS-Studentenbund beitritt. Im März 1934 legt er in Heidelberg die Diplomprüfung für Volkswirte mit „ausgezeichnet" ab und wird Assistent am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Heidelberger Universität. Er nimmt, ebenfalls im Frühjahr, an einem dreiwöchigen SA-Lehrsportlager im nordbadischen Adelsheim teil und wird noch im gleichen Jahre Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes (Mitglieds-Nr. 82 421). Im gleichen Jahr gelangt seine erste wissenschaftliche Arbeit zum Abdruck. Das „Weltwirtschaftliche Archiv", die Zeitschrift des seit 1934 von Prof. Andreas Predöhl geleiteten Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, veröffentlicht einen Aufsatz Schillers „Über die Agrarpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika". Im April 1935 promoviert Schiller in Heidelberg „summa cum laude" zum Dr. rer. pol.

Der Gegenstand dieser Heidelberger Dissertation, die den Titel „Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland" trägt, ist die unter Papen eingeleitete und dann von den Nationalsozialisten mit dem ersten und zweiten Reinhardt-Programm in großem Stil fortgesetzte Politik der Wirtschaftsankurbelung durch Staatsinvestitionen. Die Arbeit, die im Jahre 1936, versehen mit einem Vorwort von Carl Brinkmann, in Buchform erschien, ist nicht nur bis heute eines der materialreichsten Quellenwerke zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik der frühen dreißiger Jahre, sie dokumentiert zudem auch, welche spezifische Bedeutung der Verfasser Karl Schiller dieser neuartigen, als „Arbeitsbeschaffung" firmierenden staatlichen Konjunkturpolitik beimaß und welche Erwartungen er mit ihr verknüpfte. Schon der erste Satz der Dissertation gibt dieser generellen Beurteilung Ausdruck: „Die deutsche Arbeitsschlacht hat den Begriff ‚Arbeitsbeschaffung' von dem ... sachlich begrenzten Bereich der ‚Notstandsarbeit' über den ... Umfang einer ‚Wirtschaftsankurbelung' hinweg erhoben und

erweitert zu einem übergreifenden Einsatz aller Kräfte des Staates, der Bewegung und des Volkes auf der ganzen Linie des wirtschaftlichen Lebens." Die Bildung von Zwangskartellen und Reichsgruppen vereinbarte sich mit dem Gedanken des „übergreifenden Einsatzes aller Kräfte" ebenso reibungslos wie das nationalsozialistische Regulierungssystem für die Agrarwirtschaft, das in der Dissertation als „ständisch-sozialistische Marktordnung" (S. 70) apostrophiert wird, wie des weiteren auch mit dem zentralen Einsatz der Arbeitskräfte im „Deutschen Arbeitsdienst", von dem es auf S. 53 heißt: „Nach seinen gesetzlichen Anfängen im Juni 1931 und Juli 1932 entwickelte er sich nach der Nationalsozialistischen Revolution zu einem umfassenden Dienst- und Erziehungswerk an Volk und Boden, das seine Krönung in der pflichtigen Heranziehung der Arbeitsmänner erfuhr." Und Carl Brinkmann, der Schirmherr der Arbeit und einer der zahlreichen Nazi-Bewunderer unter Deutschlands Volkswirtschaftsprofessoren, stellte in seinem Vorwort die Bedeutung der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik, die hier statistisch dokumentiert und zugleich erstmalig in ein theoretisches System gebracht worden sei, für die großen Fernziele der damaligen Politik heraus: „Sie (die Arbeitsbeschaffung, d. V.) ist auch, wie schon ihre Zusammenhänge mit der Verkehrs-, Siedlungs- und Wehrpolitik zeigen, der wichtigste Durchgangs- und Knotenpunkt, den die Schaffung einer neuen deutschen Wirtschafts- und Raumordnung überhaupt voraussetzt."

Unmittelbar nach seiner Promotion wird Schiller am 1. September 1935 Assistent in der Forschungsgruppe „Marktordnung und Außenwirtschaft" am Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel. Wenige Monate später, am 1. Februar 1936, ist er bereits der Leiter dieser Forschungsgruppe, die sich der Aufgabe widmete, die Abweichungen vom liberalen Marktmechanismus auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft, d. h. Art, Umfang und Effektivität der landwirtschaftlichen Marktregulierungen in allen europäischen und auch in außereuropäischen Ländern zu studieren. Schiller fiel zunächst die Untersuchung der agrarwirtschaftlichen Marktregulierungen der Niederlande zu. Als Ergebnis dieser Beschäftigung erschien im Jahre 1936 im „Weltwirtschaftlichen Archiv" ein Aufsatz Schillers über „Das niederländische Marktregulierungssystem für Weizen und Weizenprodukte", im Jahre 1937 an gleicher Stelle ein Aufsatz über „Die Regulierung der niederländischen Schweinewirtschaft", 1938 die zusammenfassende größere Studie „Die Marktregulierungen in der niederländischen Landwirtschaft". Bald aber weitete sich sein Forschungsbereich auf eine größere Zahl von Ländern aus. Unter Aufsicht Professor Mackenroths untersuchte die Forschungsgemeinschaft des Instituts für Weltwirtschaft insgesamt 33 Länder unter dem gleichen Aspekt der agraren Marktregulierungen, und Karl Schiller behandelte im Rahmen dieses Unternehmens außer den Niederlanden auch Bulgarien, Portugal, Spanien, Griechenland und die Türkei. Schiller faßt die Untersuchungsergebnisse des gesamten Forschungsteams in einem über 400 Seiten starken Buch zusammen, legt es als seine Habilitationsschrift vor, habilitiert sich am 22. Februar 1939 in Kiel und wird am 30. August 1939 zum Dozenten ernannt. Das Buch erscheint 1940 unter dem Titel „Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft". Es kann als das Hauptwerk Schillers aus dieser Zeit gelten und läßt uns die Funktion, die die gesamten bisher angeführten Einzelarbeiten Schillers über agrare Marktregulierungen und die auffallend starke Beschäftigung so vieler Mitarbeiter des Kieler Weltwirtschafts-Instituts mit diesem Thema für die damalige nationalsozialistische Staatsführung besaßen, erst richtig erkennen. Als die Arbeit im Druck erschien, hatte der Krieg bereits begonnen, und der Leiter des Kieler Welt-

wirtschafts-Instituts, Andreas Predöhl, nahm im Vorwort zu Schillers Buch darauf Bezug, indem er schrieb, so elementare Ereignisse wie der Krieg machten die Umstellung mancher Forschungsprogramme erforderlich, andere hingegen gewännen gerade „durch den Krieg an Aktualität". Zu letzteren gehöre die vorliegende Arbeit, denn die grundsätzlichen Untersuchungen über die „Abkehr von den liberalen Zielen, Formen und Methoden" in der Weltargrarwirtschaft seien „nicht nur geeignet, das Verständnis der wirtschaftlichen Maßnahmen der Gegenwart zu erleichtern", sie „bilden zugleich auch ein Hilfsmittel für die Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Kriege. Und gerade auf diesem Gebiet stehen der deutschen Wirtschaftspolitik, die in der Ordnung der Märkte gestaltend vorangegangen ist, nach der siegreichen Beendigung des Krieges gewaltige Aufgaben bevor" (a.a.O., S. III).

Wie wir wissen, war die nationalsozialistische Eroberungspolitik u. a. vorbereitet und abgesichert worden durch eine agrarwirtschaftliche Autarkiepolitik, die Herstellung der sogenannten deutschen „Nahrungsfreiheit", d. h. der Unabhängigkeit Deutschlands von Lebensmitteleinfuhren aus potentiellen Feindländern, was zunächst eine Abschirmung der deutschen Agrarproduktion vor ausländischer Konkurrenz, ergänzt durch bilaterale Handelsverträge mit noch nicht eroberten europäischen Agrarländern, erforderlich machte, später jedoch durch deren Einverleibung in den deutschen „Großraum" sichergestellt werden sollte. Um als Führungsmacht im erträumten Deutsch-Europa die agrarwirtschaftliche Steuerung souverän durchführen zu können, bedurfte es allerdings sowohl im allgemeinen einer guten Kenntnis der bis dahin international vorhandenen Formen agrarwirtschaftlicher Regulierungen und ihrer Wirkung, wie natürlich im besonderen auch der in den einzelnen Ländern jeweils herrschenden spezifischen Bedingungen. So trug jede dieser scheinbar unverfänglichen Arbeiten über agrare Marktregulierungen für die nationalsozialistische Führung durchaus den Charakter einer Anleitung zur Herrschaftsausübung in sich. Sie waren nicht nur, wie es einerseits aus Schillers Buch immer wieder herausklingt, statistisch untermauerter Triumph darüber, daß entgegen aller liberalen Ideologie „die Führungswirtschaft ... in den meisten Ländern schon stärker vorhanden" sei, „als man es oft nach außen hin wahr haben will" (so a.a.O., S. 403), sondern auch Vorbereitung einer im gesamteuropäischen Maßstab betriebenen Autarkiepolitik. Die in Deutschland von den Nationalsozialisten in diesem Sinne durchgeführte Agrarpolitik hebt Schiller von der Agrarpolitik der Weimarer Zeit wie folgt ab: „An der Stelle des nur zaghaft betriebenen und durch innerpolitische Gegensätze behinderten ‚Agrarschutzes' erhebt sich nun der elementare Wille, das Landvolk als Blutquell der Nation gegen jeden Widerstand zu erhalten." (a.a.O., S. 32) Für endgültig befriedigend hielt er die deutsche Agrarsituation allerdings noch nicht — und unterstrich gerade damit seine geistige Verbundenheit mit der politischen Führung des Dritten Reiches und ihren Intentionen. Auf lange Sicht, heißt es, sei eine Besserung „wohl nur durch die strukturellen Erfolge der ‚Erzeugungsschlacht' und des ‚Vierjahresplans' zu erwarten — wenn nicht grundsätzliche Wandlungen in der Außenhandels- und kolonialpolitischen Lage Deutschlands eintreten." (a.a.O., S. 35)

Die Übereinstimmung der damaligen Arbeiten Karl Schillers im besonderen und des Kieler Weltwirtschaftsinstituts insgesamt mit den nationalsozialistischen Plänen für eine neue „europäische Raumordnung" geht indes nicht nur aus diesen und ähnlichen Passagen der Schillerschen Habilitationsschrift hervor. Es muß an dieser Stelle einiges zum Charakter des Kieler Instituts für Weltwirt-

schaft, seit es der Leitung von Andreas Predöhl unterstand, wie auch zur politischen Entwicklung Karl Schillers seit jener Zeit, da er in dieses Institut eingetreten war, nachgetragen werden.

Noch ehe Andreas Predöhl — seit 1929 Volkswirtschafts-Professor an der Handelshochschule in Königsberg, seit 1932 ordentlicher Professor an der Universität Kiel — im Jahre 1934 zum Direktor des Kieler Weltwirtschaftsinstituts berufen wurde, hatte er sich am 18. Januar des gleichen Jahres der Kieler akademischen Öffentlichkeit bereits mit einem Vortrag anläßlich des „Reichsgründungstages" (18. Januar 1871) vorgestellt, in dem er die Entwicklung des Deutschen Reiches vom Zollverein (1. Januar 1834) an, der „den erweiterten deutschen Wirtschaftsraum gebracht hat", über den 18. Januar 1871, da „dem erweiterten Wirtschaftsraum der erweiterte Staatsraum folgte", bis zum 30. Januar 1933, der „Geburtsstunde des Dritten Reiches", hin darstellte. Insbesondere arbeitete er die Abwendung Deutschlands vom Freihandel seit der Bismarckschen Schutzzollpolitik als nationale Notwendigkeit und traditionsreiches Vorläufertum der gegenwärtigen nationalsozialistischen Autarkiepolitik heraus und beschäftigte sich dann ausführlich mit dem Verhältnis von „Staatsraum und Wirtschaftsraum", wobei er es „bemerkenswert" fand, „daß sich dort, wo der politische Raum so eng ist, daß der Nationalisierung der Wirtschaft (hier im Sinne von Autarkisierung gemeint — d. V.) besonders große Hindernisse im Wege stehen, Kräfte geltend machen, um die Autarkieforderung im größeren politischen Raum zu verwirklichen". Die Hoffnung auf eine Verbesserung der deutschen Lage, die er im Ergebnis seiner Ausführungen als ein „höchst labiles Gleichgewicht" kennzeichnete, sei in jüngster Zeit größer geworden: „... wie auf allen anderen Gebieten unseres politischen Lebens, so dürfen wir auch auf diesem heute zuversichtlicher als vor Jahresfrist in die Zukunft sehen. Das Recht dazu gibt uns der 30. Januar ...", denn er erfülle mit dem „stolzen Bewußtsein, daß der Weg wieder aufwärts führt, und daß wir zu der inneren Einigkeit und Stärke, die wir zum ersten Male gewonnen haben, auch die Kraft nach außen wieder gewinnen werden, die das Bismarcksche Reich verkörpert hat." (Andreas Predöhl, Staatsraum und Wirtschaftsraum, Kiel 1935, S. 3, 4, 15 und 16). Und wohin diese Kraft sich wenden müsse, wofür sie eingesetzt werden soll, sagte er 1937, nun bereits drei Jahre lang Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, in einem Vortrag vor Hamburger Kaufleuten, denen er die von Deutschland in die internationale wirtschaftspolitische Diskussion hineinzutragenden Gesichtspunkte erläuterte: „Es handelt sich nicht nur um wirtschaftspolitische Maßnahmen und Bestrebungen, aus der gegebenen Grundlage der Volkswirtschaft das Bestmögliche herauszuholen, sondern es handelt sich auch um Maßnahmen und Bestrebungen, diese Grundlage selbst zu erweitern, extensiv durch Gebietserweiterung (siehe Kolonialproblem), intensiv durch Verbesserung der Grundlagen der Volkswirtschaft (siehe Vierjahresplan)." Die deutsche Volkswirtschaft habe „ein sehr großes Volk auf verhältnismäßig beschränktem Boden zu versorgen und zu entfalten ... solchen Volkswirtschaften ist im großen Umfange geholfen, wenn es ihnen gelingt, durch Erweiterung oder Verbesserung ihrer Grundlagen das Gleichgewicht zu verschieben. Selbst wenn die Kolonien nur eine relativ kleine Ausdehnung der Grundlagen der Volkswirtschaft ermöglichen würden (was keineswegs ausgemacht ist), könnte das gerade genügen, um der Volkswirtschaft eine solche Erweiterung ihres Spielraums zu geben, daß wesentliche völkische Ziele gesichert würden. An diesem Maßstab gemessen ist jede Erweiterung des deutschen Raumes von größter Bedeutung ..." (Andreas Predöhl, Weltwirtschaft vom völkischen Standpunkt, Hamburg 1937, S. 10—12).

So nimmt es nicht wunder, daß wir Andreas Predöhl nach Kriegsbeginn im Wissenschaftlichen Beirat (in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden) der „Gesellschaft für Europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V." wiederfinden, in der sich seit September 1939 Nazigrößen wie Best, Backe, Freisler, Reischle und Selzner mit anderen hohen Regierungsbeamten zusammengefunden hatten, um unter der sachkundigen Assistenz von Wissenschaftlern wie etwa Carl Schmitt oder Reinhard Höhn, dem heutigen Leiter der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg, oder Karl C. Thalheim, dem heutigen Direktor der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Osteuropainstituts an der Berliner FU und Leiter des Ausschusses für Fragen der gewerblichen Wirtschaft im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen oder eben auch Andreas Predöhl die aktuell werdenden Probleme der Herrschaftsausübung in einem europäischen Großraum zu studieren und namentlich die Wirtschaftsplanung voranzubringen. Dabei betonte der Vorsitzende der Gesellschaft, der Nazigesandte Werner Daitz, immer wieder, daß sich der von Deutschland zu führende Großraum (Wahlspruch der Gesellschaft: „Einige und führe") nicht nur auf „den Großlebensraum der europäischen Völkerfamilie von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur nordafrikanischen Küste mit zirka 550 Millionen Menschen" beschränken dürfe, sondern die „natürlichen Ergänzungsräume: Afrika und Westsibirien" mit umfassen müsse (siehe Werner Daitz, Echte und unechte Großräume, in: Nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft, Dresden 1942, S. 64 und 65, aber auch nahezu alle übrigen Aufsätze von Daitz aus jenen Jahren). In dieser Gesellschaft also führte Andreas Predöhl zusammen mit dem Alt-Nazi Theodor Vahlen (bereits 1923/24 als Rektor der Universität Greifswald NSDAP-Mitglied, wegen Vorgehens gegen die schwarz-rot-goldene Flagge im August 1924 amtsenthoben, doch schon ab April 1924 NSDAP-Gauleiter von Pommern und nunmehr Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften) den Wissenschaftlichen Beraterstab an, und er begnügte sich in dieser Position keineswegs etwa mit stiller wissenschaftlicher Beratung der nationalsozialistischen Großraumstrategen, sondern blies selbst ins propagandistische Horn, munterte auf, warf seinen wissenschaftlichen Ruf in die Waagschale, um die Kriegsziele der deutschen Großindustrie und ihrer braunen Akteure als wirtschaftliche Notwendigkeit erscheinen zu lassen. Als die Hitlertruppen mit der Eroberung des „Großraums" begonnen hatten, schrieb er 1941 im Jahrbuch der Gesellschaft: „Die Siege der deutschen Waffen haben die Frage des europäischen Wirtschaftsraumes zur Reife gebracht ... In ihr eigentlich entscheidendes Stadium ist sie ... getreten, als die siegreiche Abwehr raumfremder Kräfte den deutschen Machtbereich an die Westküste des Kontinents verschob und die Kontinentalsperre England von jeder Einflußnahme im Bereich des mitteleuropäischen Raumes ausschloß ... Worauf es ankommt, ist, eine solche Lage zu schaffen, daß die wesentlichen Belange des Volksganzen, in erster Linie Wehrhaftigkeit und Sicherheit, in Enklang gebracht werden können mit den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit. Darin liegt die Norm des wirtschaftlichen Lebensraumes." (Andreas Predöhl, Großraum, Autarkie und Weltwirtschaft, in: Nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft, Dresden 1941, desgl. in: „Das neue Europa", Dresden 1941).

Es versteht sich, daß Predöhl in eben diesem Geist auch das Kieler Weltwirtschaftsinstitut leitete, wie es Titel und Inhalt der Arbeiten, die zu dieser Zeit im Institut entstehen, allenthalben bezeugen. Immer geht es, nicht zuletzt auch in den Arbeiten Karl Schillers, um jene entscheidenden neuen Fragestellungen, die

sich aus der Abkehr vom liberalen Wirtschaftssystem und der Herauslösung aus den bisherigen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen zugunsten einer nationalen Autarkiepolitik ergeben. Zugleich jedoch wird diese Autarkiepolitik vom Vorkriegs-Territorium aus für undurchführbar gehalten, ist die Forderung nach Herstellung eines von Deutschland zu führenden wirtschaftlichen Großraumes also immer schon mitinbegriffen und damit auch alle Probleme, die mit der Lenkung eines solchen künftigen Großraumes zusammenhängen.

Karl Schiller, der im Klima dieses Instituts arbeitet, sich bewährt und aufsteigt, zeigt gegenüber den unverkennbaren politischen Implikationen der Institutstätigkeit nicht nur keine Reserve, er verstärkt während dieser Jahre vielmehr schrittweise seine persönliche Identifikation mit der nationalsozialistischen Politik. Am 1. Mai 1937 tritt er als Mitglied Nr. 4663250 der NSDAP bei. Ein Jahr später ist er bereits Vertrauensmann der Partei, die ihm die Funktion eines Politischen Leiters der NSDAP-Ortsgruppe „Klaus Groth" in Kiel überträgt. Ein weiteres Jahr später, 1939, schließt er sich dem NS-Dozentenbund an (Mitglieds-Nr. 4981). Er hatte damit, kurz vor Kriegsbeginn, in eigentlich allen nationalsozialistischen Organisationen, die für einen Mann seines Berufes damals in Frage kamen, die Mitgliedschaft erworben. (Quelle der hier angegebenen Mitgliedschaften: Personalakte Karl Schiller an der Universität Rostock.)

Für einen solcherart das Vertrauen der Nationalsozialisten auf solidarische Gesinnung rechtfertigenden jungen Wissenschaftler brachte die große Stunde der nationalsozialistischen Idee, der Kriegsbeginn, auch besondere Aufgaben. In den Vorkriegsmonaten des Jahres 1939 bewegten sich Schillers Veröffentlichungen durchaus noch im bisherigen Rahmen, so etwa der Aufsatz „Warenregelung" in einem vom Verlag des Reichsnährstandes 1939 herausgegebenen Sammelband „Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft" oder der in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Band 99, Tübingen 1938/39, wiedergegebene Kieler Vortrag vom Februar 1939 über den „Internationalen Wettstreit in den handelspolitischen Methoden", der bereits anzeigte, daß Schiller seinen bisherigen agrarpolitischen Themenkreis überschritt und sich den allgemeinen Fragen der Außenwirtschaft zuwandte. In der Tat arbeitete er an einer umfangreichen Darstellung der deutschen Außenhandelspolitik während und nach dem ersten Weltkrieg, zur Fertigstellung dieses Werkes kam es indes nicht mehr. Schon im Oktober 1939 teilte Predöhl dem damaligen Reichserziehungsminister Rust in einem Schreiben über Schiller mit: „Zur Zeit ist er mit dringlichen Arbeiten, über die ich mich im einzelnen in diesem Zusammenhang nicht äußern darf, beschäftigt und für die aktuellen Aufgaben des Instituts von der größten Bedeutung" (Schreiben von Predöhl an Rust vom 6. 10. 1939).

Soweit die Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel Zeugnis von diesen dringlichen Arbeiten Schillers gibt, handelt es sich um Ausarbeitungen, deren Zusammenhang mit den Geschehnissen der damaligen Zeit augenfällig ist. Die Ereignisse auf der in einen Kriegsschauplatz verwandelten europäischen und außereuropäischen Bühne und die in rascher Folge vom Wissenschaftler Karl Schiller im Kieler Institut für Weltwirtschaft erstellten Expertisen wird man nur schwer voneinander trennen können. Die damalige Bedeutung Italiens etwa für die deutsche Kriegsstrategie bedarf wohl keiner besonderen Erläuterung. Am 10 Juni 1940 trat Italien an Deutschlands Seite in den Krieg ein. Die Titel der Ausarbeitungen Karl Schillers aus dem Monat 1940 lauten: „Die Lebensmittelindustrie Italiens", „Die italienische Papierindustrie", „Die Selbstversorgungsmöglichkeiten und die versorgungspolitischen Maßnahmen Italiens auf dem

Gebiete der Mineralölwirtschaft", „Die Selbstversorgungsmöglichkeiten und die versorgungspolitischen Maßnahmen Italiens auf dem Gebiete der NE-Metalle und sonstigen Mineralien". Am 28. Oktober 1940 beginnt der italienische Überfall auf Griechenland. Von November 1940 bis März 1941 trifft Deutschland die militärischen Vorbereitungen zum Angriff auf Griechenland. Im April 1941 erfolgt die Besetzung Griechenlands durch die Deutschen. Ebenfalls schon seit Mai 1940 liegen von Karl Schiller folgende Ausarbeitungen vor: „Die griechische Ernährungswirtschaft", „Griechenlands Seeschiffahrt und Seehäfen", „Die griechische Eisen- und Stahlindustrie einschließlich der Kleineisenindustrie", „Die griechische Mineralölwirtschaft". Schon im Juni 1937 hatte das mit Deutschland verbündete Japan China angegriffen, am 7. Dezember 1941 ging es zum Angriff auf die USA über. Ausarbeitungen Karl Schillers vom August und Oktober 1940: „Chinesisches Auslandskapital und chinesischer Einfluß in Südostasien und im westlichen amerikanischen Küstengebiet", „Japanisches Auslandskapital und japanischer Einfluß in Südostasien". Im September 1940 beginnt die italienische Offensive in Nordafrika, die seit Februar 1941 hauptsächlich von deutschen Truppen weitergetragen wird. Ausarbeitungen Schillers vom November 1940 und November/Dezember 1940: „Die wirtschaftlichen Kräfte von Sao Tomé und Principe", „Die wirtschaftlichen Kräfte Palästinas".

Von kaum geringerer Aktualität für die neuen Herren Europas dürfte allerdings auch der Aufsatz „Von Handelsverträgen zu Wirtschaftsverträgen" gewesen sein, den Schiller im Jahre 1941, und zwar nunmehr im Jahrbuch eben jener schon mehrfach erwähnten „Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft" veröffentlichte. Wie wir wissen, war es das Ziel der nationalsozialistischen Politik, von der zunächst zwangsweise auf das engere deutsche Territorium beschränkten Wirtschaftsautarkie und den sie ergänzenden bilateralen Handelsverträgen mit europäischen Staaten in dem Maße, wie die Eroberung des Großraumes durch die Wehrmacht gelang, überzugehen zu einem System umfassender, auf die alleinigen Interessen des deutschen Reiches ausgerichteter Wirtschafts„verträge", d. h. praktisch zu einem System wirtschaftlicher Diktate, die den niedergeworfenen Ländern auferlegt werden sollten. Schiller sieht den Zusammenhang zwischen der nationalsozialistischen Autarkiepolitik der Vorkriegszeit, dem Übergang zur gelenkten Wirtschaft im Innern und der planmäßigen Herstellung eines wirtschaftlichen Großraumes seit dem 1. September 1939 durchaus: „Vor allem war es die nationalsozialistische politische Zielsetzung zur Erlangung der Nahrungsfreiheit, Rohstofffreiheit und Außenhandelsfreiheit, welche die alte liberale Handelsvertragslehre überwand und zur Gesamtlenkung der Volkswirtschaft durch den Staat führte ... Die staatliche Wirtschaftspolitik wirkt bekanntlich auf die Außenwirtschaft als ganze zurück ..., vor allem dann, wenn die autoritär geführte Wirtschaft eines Landes sich in einer Welt vorwiegend niedergehender oder andersphasiger Wirtschaftsentwicklung befindet." Nunmehr solle „der zukünftige Austausch dadurch charakterisiert sein, daß er großräumlich geordnet ist." Und auf diesen Austausch müßten „die bisher entwickelten Regulierungstechniken" angewandt werden. (Karl Schiller, Von Handelsverträgen zu Wirtschaftsverträgen, in: Nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft, Dresden 1941 und in: Das Neue Europa, Dresden 1941, S. 200 ff.) Das deutsche Ordnungsdenken bleibt nicht auf die Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft beschränkt, es wird zur Norm auch der internationalen Handelspolitik, mindestens für all diejenigen Länder, die ihre Normen künftig von Deutschland würden beziehen müssen. Man kann sich leicht ausrechnen, was ihnen da an Souveränität übrigblieb. Erhob die Gesellschaft einerseits

immer wieder die Forderung, daß die wirtschaftlichen Entscheidungen aller Mitgliedsländer des künftigen Großraums mit der „Führungsmacht" dieses Raumes, die nun einmal Deutschland heiße, abgestimmt werden müßten, so unterstrich Schiller zudem noch den Sachverhalt, daß der Umfang des staatlichen Lenkungsanspruches in handelspolitischen Fragen ebenso wie im innerwirtschaftlichen Bereich gewachsen sei: „Früher erschöpfte sich die staatliche Einflußnahme auf den Außenwirtschaftsverkehr im Abschluß der Meistbegünstigungs- und Tarifverträge und ließ dann den Austausch innerhalb des so gezogenen Rahmens frei schalten und walten. Mit der fortschreitenden Durchdringung der Handelsvertragspolitik mit nationalsozialistischem Gedankengut geht diese Einflußnahme sehr viel weiter." (S. 202 f.) Eben. Wie weit sie gegenüber den unterworfenen Ländern gehen sollte, erfährt man vom Präsidenten dieser Gesellschaft und zugleich eifrigsten Autor ihrer Jahrbücher, Werner Daitz. Der künftige Großraum, wird Daitz nicht müde zu betonen, habe den Charakter einer Völkerfamilie, also wie jede Familie ein Oberhaupt, eine „Führungsmacht", und „Volk und Staat werden sich künftighin nur im Einvernehmen mit der Führungsmacht dieser Völkerfamilie völkerrechtlich binden können ..." Dem Einwand — den er nicht ausspricht, aber zu ahnen scheint und anklingen läßt —, daß dies doch wohl für alle Mitgliedsländer dieses Großraums, die „Führungsmacht" ausgenommen, gerade das Ende jener Autonomie und Autarkie bedeutet, die er ihnen andererseits unablässig verheißt, hält er die Antwort entgegen: „Der Gemeinnutz der Völkerfamilie geht vor chauvinistischem Eigennutz der einzelnen Völker, wie der Gemeinnutz der Volksgemeinschaft vor dem Eigennutz des einzelnen" (Werner Daitz, Echte und Unechte Großräume, a.a.O. S. 68 und 70). Es ist dies der Hintergrund, auf dem man Schillers Beschäftigung mit Problemen der Handelspolitik in einem künftigen Großraum sehen muß, ja von dem aus sie überhaupt erst verständlich werden. In einem weiteren Schillerschen Aufsatz des Jahres 1941, der unter dem Titel: „Meistbegünstigung, Multilateralität und Gegenseitigkeit in der zukünftigen Handelspolitik" im „Weltwirtschaftlichen Archiv" erschien, frappiert den heutigen Leser nicht minder die Sicherheit, mit der da der noch gar nicht vollends eroberte Großraum schon als feste Zukunftsgröße genommen wird und die Regeln aufgestellt werden, nach denen sich der Handel zwischen den Mitgliedsländern wie ihr gemeinsamer Außenhandel mit anderen Großräumen richten soll. Und wiederum wird man den konkreten geschichtlichen Hintergrund dieser Zeit berücksichtigen müssen, um ermessen zu können, was an nationalsozialistischer Willkür in den besetzten Ländern mit einem Satz wie dem folgenden wissenschaftlich gedeckt wird: „Dabei haben sich diese Großräume zum Teil schon in der bisherigen Entwicklung abgezeichnet, zum Teil muß ihre Formung durch besondere strukturpolitische Maßnahmen durchgedrückt werden." (a.a.O., S. 381)

Mit Kriegsbeginn war die Herstellung der europäischen Großraumwirtschaft indes zu einer sozusagen harten Frage der Praxis geworden; mehr noch als der Wissenschaftler bedurfte es der Soldaten an der Front. Schiller wird im Mai 1941 zur Wehrmacht einberufen, wird Leutnant, später Oberleutnant einer Nachrichtenabteilung, macht den Feldzug gegen die Sowjetunion mit, erwirbt sich das Eiserne Kreuz zweiter Klasse und das Kriegsverdienstkreuz zweiter Klasse mit Schwertern und wird schließlich an die Heeresnachrichtenschule I in Halle beordert. Doch schon Anfang 1943 sucht die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock einen Nachfolger für den nach Posen berufenen Professor Niehaus im planmäßigen Extraordinariat für Volkswirtschaftslehre, das wegen seiner Verbindung mit dem Institut für Agrar- und Sied-

lungswesen und dem Thünen-Archiv wie auch in Blick auf die notwendige Zusammenarbeit mit der Landesbauernschaft und dem Landesplanungsverband möglichst mit einem agrarwissenschaftlich versierten Ökonomen besetzt werden soll. Die Fakultät schlägt dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Kunst, Rust, auf dem Wege über das Mecklenburgische Staatsministerium in einem Schreiben vom 11. Januar 1943 drei Aspiranten zur Auswahl vor, an erster Stelle den damals 41jährigen Berliner Dozenten Dr. Leo Drescher, an zweiter den 32jährigen Dozenten Dr. Karl Schiller, Kiel, an dritter den 40jährigen Wiener Dozenten Dr. Ernst Lagler. In den beigefügten empfehlenden Charakteristiken heißt es über Schiller, von seiner Tätigkeit im Kieler Institut her werde ihm nachgesagt, „daß er in glücklicher Weise Gründlichkeit mit Schwung verbinde." (Quelle: Personalakte Karl Schiller an der Universität Rostock.) Das Mecklenburgische Staatsministerium schreibt am 20. August 1943 an Rust: „Diesseits wird der an zweiter Stelle genannte Dozent Dr. rer. pol. Karl Schiller bevorzugt." Am 1. Mai 1944 erfolgt die Ernennung zum außerordentlichen Professor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Schiller wird vom Heeresdienst freigestellt und hält von nun an in Rostock Vorlesungen über „Volkswirtschaftslehre", „Wirtschaftsraum und Wirtschaftsplanung", „Handels- und Verkehrspolitik", „Finanz- und Gemeindewirtschaft" und „Landwirtschafts- und Gewerbepolitik". Er ist zugleich Direktor des Instituts für Agrar- und Siedlungswesen und sitzt, knapp 33jährig und nur zehn Jahre nach seiner eigenen Prüfung, im Prüfungsamt für Diplomvolkswirte. Ein steiler Aufstieg, wie er selbst in diesen Zeiten so leicht keinem noch so protegierten jungen Mann gelang, hatte, wie es schien, seine Krönung gefunden.

II

1945 brachen viele Karrieren mit dem System, das sie hervorgebracht hatte, wieder in sich zusammen. Bekanntlich aber nicht alle und die meisten auch nicht gänzlich. Andreas Predöhl etwa verliert zwar die Leitung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, behält aber seinen Lehrstuhl an der Kieler Universität und folgt 1953 einem Ruf nach Münster, wo er heute lehrt und das Institut für Verkehrswissenschaft leitet. Seine Freunde haben ihm die Treue gehalten. Zu denen, die ihn 1964 in einer Festschrift ehren (also nach wie vor keinen Anlaß zu einer Distanzierung von ihm sehen), gehört Karl Schiller. (Siehe „Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet". Göttingen 1964.) Schillers eigenes Nachkriegsergehen ist nicht weniger frei von Trübsal. Natürlich gibt es anfänglich doch einige Unannehmlichkeiten. Obwohl sofort Gastprofessor in Kiel und ab 1946 Mitglied der SPD, erhebt die britische Militärregierung, als Schiller nach dem SPD-Wahlerfolg in der schleswig-holsteinischen Landtagswahl von April 1947 zum Landesdirektor (heute: Staatssekretär) im Kieler Wirtschaftsministerium ernannt werden soll, Einspruch. Wie sich der damalige Landespressechef, Heinz Krüger, erinnert, mit eben dieser Begründung, daß ein aktiver Nazi nicht ein so hohes Amt bekleiden könne. Was am Ort Kiel als nicht angängig empfunden wurde, erweckte auf überregionaler Ebene aber schon keine Bedenken. Schiller gelangt im gleichen Jahr 1947 in den wissenschaftlichen Beirat des Bizonen-Wirtschaftsrates, später in den des Bundeswirtschaftsministeriums, folgt 1947 einem Ruf als Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an die Universität Hamburg, wird 1947 von der Stadt Hamburg an die Spitze einer Gutachterkommission für den Wiederaufbau der Hansestadt berufen und ist bereits 1949 deren Wirtschaftssenator. Während der Zeit, da er dieses Amt innehat (bis 1953), ist er zugleich Mitglied des Bundesrates. Mitglied der Hamburger Bürgerschaft bleibt er bis 1957. Von 1956 bis 1958 ist er Rektor

der Universität Hamburg, danach wird er für zwei Jahre (1958 bis 1960) Mitglied des Wissenschaftsrats.

Entgegen dem abermals steilen Aufstieg in akademische und nunmehr auch administrative Spitzenämter geht sein Aufstieg innerhalb der Parteiorganisation der SPD während der ersten zehn Jahre allerdings nicht mit der gleichen Zügigkeit voran. Denn Karl Schiller hatte sich trotz seiner neuen Parteimitgliedschaft jene volkswirtschaftlichen Grundüberzeugungen bewahrt, die ihn schon in seiner Dissertationsschrift „Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland" zwar als einen scharfen Kritiker der laissez-faire-Wirtschaft auswiesen, doch zugleich auch als einen Anhänger jenes Keynes'schen Weges zur Überwindung oder Dämpfung der Konjunkturschwankungen, der das privatwirtschaftliche System stabilisiert, indem er die in Depressionszeiten ausbleibende Investitionsneigung der privaten Unternehmer durch Investitionen aus Mitteln des Steuerzahlers ersetzt, und zwar zugunsten gerade der mächtigen „Wachstumsindustrien", die — mögen die unmittelbaren Opfer der Depression auch ganz andere, in der Regel schwächere Unternehmungen sein — nach der dieser Theorie innewohnenden Logik in jedem Falle als „Konjunkturträger" die einzig legitimen Empfänger der Staatssubventionen sind. Schon in jener Arbeit von 1936 hatte Schiller an der nationalsozialistischen Politik der Wirtschaftsankurbelung gelobt, daß sie ein „konzentrischer Vorstoß" nur in spezielle Anlagebereiche der Volkswirtschaft gewesen sei, nämlich in jene, die „aus dem Wesen der arbeitsteiligen Industriewirtschaft heraus für die Dynamik derselben von besonderer Bedeutung sind, so daß aus einem zeitweiligen Kostenvorsprung dieser Teile vor den anderen Wirtschaftszweigen ein Gesamtaufschwung erfolgen soll". (a.a.O., S. 57). Und darüber hinaus vertrat Schiller sowohl damals wie auch unverändert nach 1945 den Gedanken einer Wirtschaftsplanung, die der Gesellschaft im einseitigen Interesse der Großwirtschaft Verhaltensdaten zu setzen hat. Die CDU, die nach 1945 zwar nicht zu einer liberalen Wirtschaftspolitik im einstigen Sinne zurückkehrte, doch mit dem Neoliberalismus ein wirtschaftspolitisches Lenkungsmodell zum Programm erhob, das Staatsinvestitionen großen Stils oder gar eine Planung der wirtschaftlichen Globalgrößen ausschloß, konnte für Schiller auf Grund dieser beibehaltenen wirtschaftspolitischen Einstellung als Partei nicht in Frage kommen. In der SPD hingegen, in die er eintrat, war zwar der Planungsgedanke lebendig, er wurde damals jedoch noch im Sinne der sozialistischen Traditionen als ein Mittel verstanden, die politisch und sozial gefährlichen Auswüchse privater Machtkonzentration von der Gesellschaft her in den Griff zu bekommen, trug also die Tendenz zur Demokratisierung der Wirtschaftsordnung in sich und war damit das Gegenteil einer auf die Stabilisierung der bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse gerichteten Planungsforderung. Während es der Mehrheit der damaligen Sozialdemokratie mit der Planungsforderung noch um eine Sicherstellung der Voraussetzungen für die Entwicklung der politischen Demokratie wie der sozialen Rechte und in diesem Sinn um Veränderung der Wirtschaftsordnung ging, war das Interesse Karl Schillers jedoch von Anfang an ausschließlich auf das Funktionieren gerade dieser bestehenden Wirtschaftsordnung gerichtet, beschränkte sich folgerichtig auch seine Kritik an Erhards Wirtschaftspolitik seit jeher auf den Hinweis, daß selbst diese florierende Nachkriegswirtschaft auf die Dauer nicht mit dem Eucken'schen Glauben an die wirtschaftlichen Selbstheilungskräfte auskommen werde, daß ein Schuß Keynes und ein Schuß Planung hinzukommen müsse — keineswegs aber, wie es um ihn herum allenthalben seine Parteifreunde und die Gewerkschaften forderten, auch ein Schuß Mitbestimmung. So blieb er denn wäh-

rend der ersten Jahre trotz seiner hervorgehobenen Stellung in Hamburg innerhalb der SPD im zweiten Glied und erlangte auf die wirtschaftspolitischen Programmentscheidungen der Gesamtpartei zunächst keinen wesentlichen Einfluß. Erst in dem Maße, wie sich innerhalb der maßgeblichen SPD-Gremien selbst die Tendenz zur Anpassung an die wiederhergestellten wirtschaftlichen Machtverhältnisse durchsetzte (ein Prozeß, der in seinen einzelnen Etappen sehr weit zurückzuverfolgen ist), tritt Schiller als wirtschaftspolitischer Parteisprecher zunehmend in den Vordergrund. Im Januar 1952 tritt er auf dem Dortmunder Parteitag auf, im Februar 1953 hält er eines der vier Hauptreferate auf der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Bochum. Aber erst als sieben Jahre später, im Juni 1960, Herbert Wehner den Kurs der Gesamtpartei endgültig von den bisherigen Grundpositionen, dem Anspruch, die demokratische Alternative zur Unternehmerpartei zu sein, loslöst und die SPD vor dem Richterstuhle der etablierten Wirtschaftsmächte um den Nachweis wetteifern läßt, daß sie deren Interessen ebenso gut oder besser zu vertreten weiß als die CDU, nimmt Schillers parteipolitischer Aufstieg jenes kometenhafte Tempo an, das wir von anderen Gebieten her kennen.

Die Tätigkeit als Westberliner Wirtschaftssenator von 1961 bis Anfang 1965 gibt Karl Schiller sowohl die Gelegenheit, das für höchste Stellungen nach Ansicht aller heutigen Parteistrategen nun einmal unerläßliche „Image" zu gewinnen, wie auch eventuell immer noch skeptischen Unternehmern nun sozusagen direkt an der „Front" unter Beweis zu stellen, daß seine Vorstellungen von Wirtschaftspolitik nichts für die Unternehmerinteressen Abträgliches an sich haben. (Siehe hierzu etwa Schillers Aufsatz „Die Berliner Wirtschaftspolitik als Probefall der marktwirtschaftlichen Ordnung unter besonderen politischen Belastungen" in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Göttingen 1963, S. 274—300, und in der Festschrift für Predöhl.) Im November 1964 folgt sein Durchbruch in die Spitze der Partei. Auf dem Karlsruher SPD-Parteitag wird er in den Parteivorstand aufgenommen und als präsumtiver Bundes-Wirtschaftsminister Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft.

III

Als die bisherige politische Repräsentantin der Unternehmerinteressen, die CDU, während der folgenden beiden Jahre immer tiefer in die Krise gerät, ihre Deutschland- und Ostpolitik in eine schon nahezu allseitige Isolation führt, ihre innenpolitische Basis im Verlaufe des Jahres 1966 rapide dahinschwindet (s. die Landtagswahlergebnisse von Nordrhein-Westfalen) und sich zudem die ersten Anzeichen des Konjunkturrückganges bemerkbar machen, halten die maßgeblichen Industrie- und Finanzkreise der Bundesrepublik den Augenblick für gekommen, das Hilfsangebot Herbert Wehners anzunehmen und eine Regierung der Großen Koalition zu befürworten. Die prominentesten Erhard-Gegner innerhalb der CDU/CSU, Adenauer und Strauß, hatten schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß sich die von Erhard angekündigten innenpolitischen Reformprojekte zur endgültigen Absicherung der außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen der Großindustrie gegenüber eventuell andersgerichteten Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung ohnehin nicht gegen den Willen der SPD, sondern nur mit ihr zusammen würden durchsetzen lassen. Hinzu kam, daß die einsetzende wirtschaftliche Rezession den Ruf der Industrie nach aktiver Konjunkturpolitik per staatlichem „deficit spending" wie von selbst wieder wachrief und im gleichen Maß Erhards an „Stabilität" statt an „Wachstum" orientierte Wirtschaftspolitik zum Ärgernis wurde. Die von interessierter Seite schon seit

längerem unternommenen Bemühungen, die Erfolge der deutschen Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre in Erinnerung zu rufen und den forcierten Aufschwung, der damals der hitlerischen Machtpolitik zugute kam, nunmehr als Vorbild für den erwünschten industriellen Leistungsanstieg zwecks Verstärkung der „außenpolitischen Dynamik" zu empfehlen, fanden allein auf Grund der rückläufigen Konjunktur nun auch in denjenigen Wirtschaftskreisen Resonanz, die bisher Erhards neoliberalem Dogmatismus applaudiert hatten, zumal die einseitige Begünstigung der ohnehin mächtigsten Industriezweige durch diese besondere Art staatlicher Wirtschaftsankurbelung dank der modernen Wachstums- und Konjunkturtheorien vor Kritik abgeschirmt ist. Für die immerhin heikle Aufgabe, die Öffentlichkeit von der Zweckmäßigkeit einer Wirtschaftspolitik zu überzeugen, die gerade in Zeiten wirtschaftlichen Rückganges und einsetzender Arbeitslosigkeit den vermögenden Industrien noch Gelder aus Steuermitteln hinzugibt, die Löhne jedoch stoppt und die Sozialausgaben verringert, war ein Sozialdemokrat geeigneter als ein CDU-Wirtschaftsminister. Karl Schiller jedoch, der nicht nur die Bedingung der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft erfüllte, sondern zugleich auch diese Art von Wirtschaftspolitik schon in „Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland" beschrieben hatte und sich weit besser als Ludwig Erhard auf den notwendigen wirtschaftspolitischen Regulierungsmechanismus einer formierten Gesellschaft versteht, war der allergeeignetste. So wurde parallel zum Spitzengespann Kiesinger-Brandt, in dem — wie die Bildzeitung schrieb — die „Versöhnung" der unterschiedlichen Vergangenheiten der Deutschen zum Ausdruck komme, das Duo Strauß-Schiller inthronisiert, in dem — wie die Öffentlichkeit mit Verblüffung feststellen mußte — eine solche Versöhnung gar nicht erst notwendig war, die Zusammenarbeit vielmehr von vornherein ohne Unstimmigkeiten funktionierte. Der Finanzminister Franz Josef Strauß, der bekanntlich das Wohlwollen von Hermann Josef Abs genießt, versteht sich trotz der engen, die politischen Prioritätsvorstellungen unvermeidlich berührenden Verzahnung von Finanz- und Wirtschaftsressort mit dem Wirtschaftsminister Karl Schiller ausgezeichnet.

Damit entfällt allerdings der einzig erdenkliche Einwand zugunsten Karl Schillers, nämlich die Möglichkeit, ihm den subjektiven Glauben zu konzedieren, seine wirtschaftspolitischen Techniken und vor allem sein Engagement gegen eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften stünden diesmal vielleicht im Dienst grundsätzlich anderer politischer Ziele und verdienten von daher auch eine grundsätzlich andere Beurteilung. Die Frage, ob Karl Schiller das politische Programm von Franz Josef Strauß, den „Entwurf für Europa" (F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966) etwa nicht kennt, trüge zu offenkundig rhetorischen Charakter, als daß sie im Ernst gestellt werden könnte. Aber dieses Programm ist nun einmal der neue Entwurf unserer herrschenden Wirtschaftskreise für die Veränderung der in Europa bestehenden Machtverhältnisse und die Formung eines den eigenen Interessen entsprechenden, die Interessen anderer Staaten dafür souverän als „Chauvinismus" diskreditierenden Groß-Europa. Es ist formuliert von Strauß, dem politischen Favoriten jenes Hermann Josef Abs, dessen eigene Lebensgeschichte mit der einstigen deutschen Großraum-Herrschaft eng verknüpft ist. Und die Politik Kurt Georg Kiesingers, des wiederum von Strauß in den Sattel gehobenen Kanzlers, ist unbesehen aller durchschaubaren und schon weitgehend durchschauten propagandistischen Maskeraden ja auf nichts anderes als die Widergewinnung des Aktionsspielraums für die Verwirklichung dieses Strauß/Abs'schen Programmes gerichtet. Vorgänge wie die Berufung Guttenbergs zu Kiesingers parlamentarischem Staatssekretär (Kiesinger: „Ich will Gut-

tenberg oder keinen", Spiegel Nr. 18/67, S. 52) sagen über den Charakter der von der Regierung der Großen Koalition betriebenen Außenpolitik leider weit mehr aus als alle Reden Willy Brandts.

Mit alledem soll nicht entschieden werden, ob der merkwürdige Umstand, daß Karl Schillers fachliche Dienste abermals einer Politik zugutekommen, die den europäischen Status quo in Frage stellt, mehr einer Konstanz der Gesinnung oder nur einer Konstanz des Karrieredenkens zuzuschreiben ist. Es wäre schwer, zu entscheiden, was schlimmer ist. Am Sachverhalt, daß sich Karl Schiller abermals in den Dienst einer Politik gestellt hat, die auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten und in deutlicher Forntstellung zu den gewerkschaftlichen Lohn- und Mitbestimmungsforderungen die handfesten Interessen der Großwirtschaft und ihre unfriedfertigen außenpolitischen Intentionen zum Zuge zu bringen sucht, würde sich dadurch ohnehin nichts ändern.

So wirkt die jüngste Etappe in Karl Schillers Laufbahn, der Aufstieg zum Bundeswirtschaftsminister im Kabinett Kiesinger und damit zugleich in die enge Zusammenarbeit mit Franz Josef Strauß, in gewisser Weise wie eine bloße Rückkehr. Wie die Rückkehr zur offenen Zusammenarbeit mit jenen Kreisen, aus denen er hervorging und von denen er sich zumindest in wirtschaftstheoretischer Hinsicht auch in keinem Augenblick seines Lebens wirklich getrennt hatte.

Karsten Kullmann

„Selbstschutz in Betrieben" und Arbeitnehmer

Analyse des dritten Abschnittes des Selbstschutzgesetzes

Im Sommer 1965 wurden vom Deutschen Bundestag sieben sogenannte einfache Notstandsgesetze verabschiedet. Unter ihnen befinden sich zwei Gesetze zum „Schutz der Zivilbevölkerung": das „Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz)", und das „Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz)". Beide Gesetze wurden aus finanziellen Gründen vorerst zurückgestellt, sollen aber spätestens am 1. Januar 1968 in Kraft treten.

Bis dahin sollen am in diesem Zusammenhang interessierenden Selbstschutzgesetz Änderungen vorgenommen werden, jedoch nicht unter politischen, sondern lediglich unter finanziellen Aspekten. In einer „Erklärung der Bundesregierung" vom 10. März 1967 heißt es, die Bundesregierung werde „Vorschläge zur angemessenen Beschränkung und Vereinfachung des Selbstschutzgesetzes vor-

legen". Wie von einem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, einem Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, zu erfahren war, ist jedoch bisher keine Änderung des Selbstschutzes in Betrieben, also der §§ 23 bis 34 SSchG, vorgesehen. Zum Selbstschutzgesetz sollten aber in öffentlichen Hearings des Bundestages zunächst Vertreter der Unternehmerverbände, dann auch der Gewerkschaften gehört werden. Außerdem wolle man die weitreichenden Befugnisse der Bundesregierung nach § 64 SSchG überprüfen und dem nach dem Entwurf einer Notstandsverfassung vom 10. März 1967 vorgesehenen „Notparlament" übertragen. Nach den derzeitigen Bestimmungen gelten die Vorschriften des SSchG „in gleichem Umfange vor Verkündung des Verteidigungsfalles, wenn ... die Bundesregierung festgestellt hat, daß eine verstärkte Durchführung von Selbstschutzmaßnahmen dringend erforderlich ist". Ob eine Übertragung der Befugnisse der Bundesregierung auf das „Notparlament" eine Verbesserung darstellen würde, muß allerdings bezweifelt werden, zumal es im „Entwurf eines ... Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes" (§ 1, Artikel 53a, Abs. 3, Satz 1, Bundesratsdrucksache 162/67, S. 2) lediglich heißt: „Die Bundesregierung darf eine ... Feststellung ... nur mit Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses treffen." So bleibt ein Feststellungsbeschluß über „eine verstärkte Durchführung von Selbstschutzmaßnahmen" voraussichtlich auch vor dem Eintritt des Verteidigungsfalles möglich.

Da für die Arbeitnehmer und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, der „Selbstschutz in Betrieben" von besonderem Interesse ist, wird neben einem Paragraphen aus dem neunten Abschnitt (§ 67) nur der dritte Abschnitt des SSchG analysiert, und zwar im Hinblick auf das Verhalten der Arbeitnehmer (vertreter), wenn der Betriebsselbstschutz und gegebenenfalls der Werkselbstschutz organisiert werden. Um diese Frage zu beantworten, ist es zunächst notwendig, das Gesetz in den Zusammenhang gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen zu stellen und zu untersuchen, welche Interessen im Gesetz zum Zuge gekommen sind.

I. Der Zivilschutz im Zusammenhang gesellschaftlicher Interessen

Während des Zweiten Weltkrieges haben die USA als kriegführende Macht die letzten Spuren der Weltwirtschaftskrise überwinden, ihren Produktionsapparat modernisieren und ausweiten können. Dadurch, daß einerseits die junge sowjetische Industrie zum großen Teil durch die deutsche Okkupation weitgehend zerschlagen wurde, andererseits die europäischen industriell entwickelten kapitalistischen Staaten mit Ausnahme Englands durch das Dritte Reich ausgebeutet wurden, entwickelten sich die USA zur überlegenen Wirtschaftsmacht. Diese konzentrierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen einer Politik der Stärke nicht nur auf eine Eindämmung, sondern auf eine Rückdrängung (roll back) der UdSSR und jeder sozialistischen, kommunistischen und antikolonialen Bewegung in der Welt. Seit der Verkündung des Marshall-Plans wurde von den USA das Instrument des politisch gezielten Kapitalexports um den Preis des Verzichts auf sozialistische Planwirtschaft angewendet — auch in den westlichen deutschen Besatzungszonen. Hierdurch kamen die sozialistischen Bestandteile verschiedener Wirtschafts- und Parteiprogramme wie etwa Vergesellschaftungsmaßnahmen nicht zum Zuge. Diese erste und zugleich schwerste Niederlage der westdeutschen Arbeiterschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war begleitet von der Wiedereinsetzung der früheren Unternehmer in die Positionen des privatkapitalistisch organisierten Systems.

„Zur Zeit der Gründung der Bundesrepublik führten die Arbeiter noch ernsthafte Kämpfe für eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur, wie etwa in dem großen Streik vom November 1948. Der Gründungskongreß des DGB 1949 forderte Wirtschaftsplanung, Sozialisierung der entscheidenden Industrien und volles Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer. Noch 1951 wurde das Mitbestimmungsgesetz für den Bergbau und die Eisen und Stahl erzeugende Industrie durch Streikdrohung erzwungen. Aber als 1952 der Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz verloren ging, erlahmte die Energie der Gewerkschaften, sich für eine Umwandlung der Gesellschaftsstruktur einzusetzen." (Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1965, S. 181.)

Zur gleichen Zeit, also 1951, begannen die Unternehmerverbände „in Erkenntnis der aus dem Osten drohenden Gefahren", die ersten „Selbstschutzorgane" zu schaffen, die „dieser Bedrohung durch vorsorgliche Maßnahmen" entgegentreten sollten (Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1962, S. 159/60). Außer diesen „Selbstschutzorganen" aus dem Jahre 1951 bildete die Industrie folgende einschlägige Institutionen (die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit):

1) den „BDI-Ausschuß Industrieschutz (BDI-Bericht 1961, S. 153/54),

2) den BDI-Arbeitskreis „Richtlinien für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzeinheiten", gegründet 1963 (BDI-Bericht 1964, S. 172/73),

3) den „Verteidigungswirtschaftlichen Ausschuß" des BDI mit „über 100 Arbeitsgruppen und Untergruppen" (BDI-Bericht 1958/59, S. 158),

4) die „Luftschutzarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft" (LAGW), gegründet 1956; Vorsitz und Geschäftsführung liegen bei Vertretern des BDI; 18 Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft gehören ihr an, darunter auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA); die LAGW wurde inzwischen umbenannt in ZAGW (Zivilschutzarbeitsgemeinschaft . . .) (BDI-Bericht 1961, S. 153/54),

5) den „Arbeitskreis für verteidigungswirtschaftliche Fragen" des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), gegründet 1954 („Zivilschutz", 19. Jg. 1965, Heft 9, Koblenz, S. 320), und

6) den „Arbeitskreis der Notstandsreferenten der Länderarbeitsgemeinschaften der Industrie- und Handelskammern" („Zivilschutz", a.a.O.).

Solche Gründungen sind zwar völlig legal, aber auf den ersten Blick ist es dennoch erstaunlich, daß soviel Energie in den „Zivilschutz" investiert wurde. Das ist nur dadurch zu erklären, daß im Rahmen der Wiederbefestigung der alten Herrschaftsverhältnisse in der westdeutschen Gesellschaft die Frage der „Wiederaufrüstung" und der „Verteidigung" auch zu einer Frage der Befestigung der sozialen Struktur schlechthin wurde, vor allem gegenüber inneren Opponenten, die das etablierte System in Frage stellen könnten. Heißt es doch im Jahresbericht 1960 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (S. 48): ‚Die Erfahrungen dürften dafür sprechen, das Staatsnotrecht so zu gestalten, daß dem Versuch feindlicher Mächte auch dann wirksam begegnet werden kann, wenn sie mit Mitteln innerpolitischer Auseinandersetzungen, der politischen Unterwanderung unter entsprechender kommunistischer Regie danach streben,

die demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu beseitigen. Daß wirtschaftliche und soziale Entwicklungen den Nährboden für solche Versuche bieten können, läßt sich nicht ausschließen." Den Befürchtungen der BDA wurde auch im neuen Notstandsverfassungsentwurf vom 10. März 1967 Rechnung getragen, indem „bei bewaffneten Aufständen im inneren Notstand ... zur Verstärkung der ordentlichen Polizei Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte als Polizeikräfte eingesetzt werden" können („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 14. 3. 1967).

Aber auch der „Zivilschutz" hat für etwaige innere Konflikte eine nicht zu unterschätzende Aufgabe, nämlich eine mögliche Opposition, soweit sie sich nicht freiwillig „formieren" läßt, auf andere Weise zu „befestigen". Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung des Ministerialdirektors im Bundesministerium des Innern, H. A. Thomsen, wonach „der Zivilschutz nicht nur unter dem Aspekt eines zukünftigen Krieges, sondern auch für die Gegenwart der Wirtschaft positive Momente in sich birgt" („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 192, vom Dezember 1964).

Die Zusammenarbeit von Bundesministerien, Wirtschaft und Militär

Ministerialdirektor H. A. Thomsen wies auch auf die „Notwendigkeit" hin, „die in leitenden Positionen der Wirtschaft tätigen Persönlichkeiten darauf vorzubereiten, ihre Aufgaben auch unter den Bedingungen eines zukünftigen Krieges ausführen zu können, insbesondere das Zusammenwirken mit den zivilen und militärischen Führungsstellen zu erlernen und zu erproben", und zwar in der „Akademie für Zivilverteidigung". Dieser Aufforderung der Ministerialbürokratie ging eine intensive Lobby-Arbeit der Wirtschaft selbst voraus, ja der Zivilschutz wurde von ihr sogar forciert, wie aus folgendem Satz des BDI-Berichtes 1962 (S. 159/60) hervorgeht: „Es ist festzustellen, daß sich nunmehr auch die Bundesregierung zur Notwendigkeit eines verstärkten zivilen Bevölkerungsschutzes bekannt hat." Überhaupt hat der BDI spätestens 1959 „eigens für die fachlich-technische Beratung der Behörden einen Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Fragen und Arbeitsgruppen ... den Behörden zur Verfügung gestellt" (BDI-Bericht 1959, S. 253). Denn „es ist für die gesamte gewerbliche Wirtschaft ungeheuer wichtig und nützlich, daß wir in die Planungen und Arbeiten der Bundesregierung gerade auf diesem Gebiet von allem Anfang an eingeschaltet werden, denn wenn sich gewisse Vorstellungen und Gedanken bereits zu Gesetzentwürfen verdichtet haben, dann ist es nicht mehr so leicht, Änderungen herbeizuführen" (S. 259). „Die verantwortlichen Persönlichkeiten des Bundesministeriums des Innern bringen diesem Wunsche der Industrie Verständnis entgegen und haben frühzeitige Beteiligung der Gremien des BDI immer wieder zugesichert" (S. 258). Eingaben wurden vom BDI nicht nur an das Ministerium des Innern, sondern auch an die Ministerien für Verteidigung und für Wirtschaft sowie an das „Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz" gemacht, so daß der BDI bereits 1959 feststellen konnte, „daß sich die Zusammenarbeit zwischen Behörden und BDI im großen und ganzen gut eingespielt hat" (S. 159/60). Im BDI-Bericht 1962 wird dazu ausgeführt: „Die Beschlußorgane des BDI halten mit den Ministerien enge Verbindung und haben von diesen die Zusicherung erhalten, sie rechtzeitig und ausreichend bei der Behandlung dieser Gesetzentwürfe einzuschalten" (S. 159/60). Zwar ist es gesetzmäßig, daß der BDI an die Ministerien Eingaben macht; ob aber Zusicherungen der Ministerien legal sind, muß bezweifelt werden.

Wenn die Unternehmer „das Zusammenwirken mit den zivilen und militärischen Führungsstellen erlernen und erproben" sollen, dann müssen hierfür auch bestimmte Institutionen und Strukturen in der Gesellschaft auffindbar und bereitgestellt sein, die im Ernstfall aktualisiert werden. Hinweise hierfür finden sich im „Taschenbuch für Wehrfragen 1966/67" (TfW, 6. Jg., Frankfurt), herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung, im Zusammenhang mit der „Territorialen Verteidigung (TV)": An der Spitze der „Territorialen Verteidigung" steht das „Kommando der Territorialen Verteidigung (KTV)", zuständig für den Gesamtbereich der BRD. Darunter befinden sich sechs „Wehrbereichskommandos (WBK)". Der „Befehlshaber im Wehrbereich" hat u. a. „die militärischen Belange gegenüber der Bundeswehrverwaltung, den Ländern, Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden zu vertreten sowie Kontakte zu zivilen Organisationen und ganz allgemein zur Öffentlichkeit herzustellen und zu unterhalten" (S. 192). Dabei dürfe die Öffentlichkeitsarbeit nicht nur einseitig von der militärischen Seite betrieben werden: „Es bedarf also auch der Aktivität seitens der Parteien, der Wirtschaft, der Interessenverbände sowie aller sonstigen Gruppen des öffentlichen Lebens. Es gilt, Vorurteile abzubauen, gegenseitige Achtung und Anerkennung zu fördern und ein Vertrauensverhältnis herzustellen. In den ersten zehn Jahren des Bestehens der Bundeswehr sind in dieser Hinsicht bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden" (S. 201). Diese im „Taschenbuch für Wehrfragen 1966/67" geforderte „Aktivität" hat die Wirtschaft tatsächlich von sich aus aufgebracht: „Auf Anregung aus der Industrie wurde ... mit der Arbeit an einer einheitlichen Anleitung für einen Zivilverteidigungsplan (Modellplan) für den einzelnen Betrieb begonnen"; so im BDI-Bericht 1964 (S. 172/73).

Die Strukturen möglicher oder tatsächlicher Zusammenarbeit reichen bis in die Gemeinden herunter, indem nämlich die „Standortdienstgruppen sowie die vom Wehrbereichsbefehlshaber bestimmten Standortältesten" u. a. folgende Aufgaben haben: „Vertretung der Belange der Bundeswehr gegenüber den örtlichen Behörden und sonstigen Organisationen und Interessenverbänden", und weiter: „Durchführung von Luftschutzmaßnahmen in den militärischen Bereichen; Organisation von Hilfsmaßnahmen bei Notständen" (TfW, S. 198). Daß in einem Buch über den „äußeren Notstand" speziell für die Standorte auf der untersten Ebene der Hierarchie der „Territorialen Verteidigung" noch einmal von „Notständen" gesprochen wird, bei denen „Hilfsmaßnahmen" organisiert werden sollen, gibt zu denken. Um einen „äußeren Notstand" kann es sich nicht handeln, weil für dessen Bewältigung bestimmt nicht der Standortälteste zuständig ist. Folgerichtig findet sich zwei Seiten vorher der Satz: „Art und Umfang der im Frieden benötigten (TV-)Truppen richtet sich nach dem Auftrage sowie nach den militärisch-technischen Gegebenheiten" (S. 196). Die TV-Truppen sind „Kampftruppen (TV), Sicherungstruppen zur Objektsicherung und zum Einsatz gegen subversive Aktionen, zur Übernahme von Sicherungsaufgaben an militärisch wichtigen Objekten sowie zum Kampf gegen Sabotagetrupps und feindliche Kommandounternehmen. Einsatz zur Gebiets- und Küstensicherung" (S. 197). So ist die Annahme nicht ganz unberechtigt, daß die Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Wirtschaft und Militär, die für sich genommen zum Teil recht harmlos aussehen, „bei Notständen" eine nicht zu unterschätzende Aktualität erhalten werden: „Im Ernstfall kann nur funktionieren, was schon im Frieden funktioniert" (Kai-Uwe v. Hassel am 24. 6. 1965 im Bundestag). „Um die militärischen mit den zivilen Verteidigungsaufgaben in Einklang zu bringen, bedarf es engster, vertrauensvoller und von Verständnis getragener Zusammenarbeit zwi-

schen Soldaten und den Trägern ziviler Vollzugsgewalt auf allen Ebenen unseres Staatswesens" (TfW, S. 189).

Organisationen der gewerblichen Wirtschaft als „Träger ziviler Vollzugsgewalt" im Rahmen des Selbstschutzgesetzes

„Träger ziviler Vollzugsgewalt" sind im Rahmen des Selbstschutzgesetzes nicht nur der Bund, die Gemeinden und der Bundesverband für den Selbstschutz, sondern nach § 67 SSchG auch „eine Organisation der gewerblichen Wirtschaft":

Abs. 1: „Der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister des Innern können im gegenseitigen Einvernehmen eine Organisation der gewerblichen Wirtschaft beauftragen, unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitnehmerverbände auf dem Gebiete der Planung und Vorbereitung des Selbstschutzes in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft Vorschläge zu machen, beratend mitzuwirken und gewerbliche Betriebe insoweit bei der Durchführung des Betriebsselbstschutzes beratend zu unterstützen, als regionale Selbstschutzberatungsstellen nach Absatz 2 nicht errichtet sind."

Abs. 2: „Der Bundesminister für Wirtschaft kann die von den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft zu diesem Zweck errichteten regionalen Selbstschutzberatungsstellen beauftragen, unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitnehmerverbände gewerbliche Betriebe bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes zu unterstützen."

Die ersten „Selbstschutzberatungsstellen" gibt es bereits seit 1964/Anfang 1965, also bereits vor Verabschiedung des Selbstschutzgesetzes. Sie werden von den Mitgliedsorganisationen der ZAGW getragen, und zwar im Rahmen eines Abkommens, das Ende 1963 zwischen dem BDI und dem DIHT getroffen wurde („Zivilschutz", a.a.O.). Daß derartige „Vorleistungen auf freiwilliger Basis" erbracht wurden, läßt vermuten, wie sicher man sich des damals noch nicht verabschiedeten Gesetzes war.

Die Aufgaben, die der Bundesverband für den Selbstschutz im Bereich von Wohnstätten erhält, kann also im Bereich von gewerblichen Betrieben „eine Organisation der gewerblichen Wirtschaft" oder eine „regionale Selbstschutzberatungsstelle" übernehmen, wobei die „Mitwirkung" des Bundesverbandes für den Selbstschutz nach § 48 Abs. 1 SSchG folgendermaßen eingegrenzt wird: „Mit Zustimmung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde kann der Bundesverband für den Selbstschutz an der Ausbildung im Betriebsselbstschutz mitwirken, sofern der Betriebsselbstschutzleiter (der Inhaber des Betriebes, d. Verf.) dies beantragt." Hier ist offenbar an den Fall gedacht, daß es Betriebsinhaber geben könnte, die sich nicht von einer Organisation der gewerblichen Wirtschaft oder einer Selbstschutzberatungsstelle „beraten" lassen wollen, sei es, daß es sich um gewerkschaftseigene Betriebe handelt, sei es, daß eine Unternehmensleitung z. B. vor der Herausgabe eines neuen Warentyps aus Gründen des Betriebsgeheimnisses gegenüber Konkurrenten eine „Beratung" im Betrieb von seiten jener Organisation ablehnt. Immerhin muß aber noch der Hauptverwaltungsbeamte der Gemeinde seine Zustimmung für die „Mitwirkung" des Bundesverbandes geben. In der Regel dürfte allerdings die „Beratung" und die entsprechende Ausführung dessen, was von jener Organisation angeraten wird, glatt über die Bühne laufen, weil derjenige, der „beraten" wird, bei Ungehorsam tarifpolitische

oder marktpolitische Repressalien zumindest von den Mitgliedsorganisationen der ZAGW zu fürchten hat.

Selbstschutzberatung unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitnehmerverbände?

In § 67 SSchG ist zweimal von einer „Mitwirkung von Vertretern der Arbeitnehmerverbände" die Rede. Sie tritt in Aktion bei „Vorschlägen" und „beratender Mitwirkung" sowie der Unterstützung gewerblicher Betriebe „bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes". Daß die richtigen Ergebnisse im Sinne der „Beratungen" und Unterstützungen erzielt werden, bleibt gegebenenfalls den Maßnahmen der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft überlassen. Oder sollten auch hierzu die Vertreter der Arbeitnehmerverbände auf die eine oder andere Weise verantwortlich eingespannt werden können?

„Mitwirkung" heißt in Analogie zum Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952 im besten Falle, daß die Vertreter der Arbeitnehmerverbände vor den Vertretern der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft ein Anhörungsrecht haben. Bei Streitfällen gibt es allerdings keine Einigungsstelle, keine Schlichtungsstelle und kein Arbeitsgericht; letzte Entscheidungsbefugnis haben somit die „beauftragte" Organisation der gewerblichen Wirtschaft und bei den „Selbstschutzberatungsstellen" die Vertreter der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft. Folglich dient die „Mitwirkung" von Vertretern der Arbeitnehmerverbände der Integration dieser Verbände in den Rahmen einer Strategie, die von Behörden, Militärs und Industrieverbänden gemeinsam verfolgt wird, um jene „auch für die Gegenwart der Wirtschaft positiven Momente" hervorzubringen — einer Strategie, die sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer und deren Organisationen richtet. So wird die im Gesetz verankerte freundliche Einladung zur „Mitwirkung" zu einem Versuch, die Arbeitnehmerverbände in der „Formierten Gesellschaft" zu „befestigen". Handelt es sich doch um eine „Mitwirkung", deren Rahmen von den genannten Institutionen abgesteckt wird. Z. B. kann der Bundesminister des Innern durch „Ermächtigungen" zu Rechtsverordnungen „nähere Bestimmungen" erlassen — um nur ein Beispiel zu nennen: „über die Grundsätze der Ausbildung im Betriebsselbstschutz" (§ 44), so daß von einer Mitwirkung im Ernst nicht gesprochen werden kann.

Die Verschränkung von Staat und Wirtschaft

Im Rahmen des Selbstschutzgesetzes gibt es „zur Vorbereitung und Durchführung der auf Grund dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen" eine Auskunftspflicht (§ 54). „Die von den zuständigen Behörden mit der Einholung von Auskünften beauftragten Personen sind... befugt, Grundstücke und Geschäftsräume sowie Verkehrsmittel der Auskunftspflichtigen zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen sowie in die geschäftlichen und technischen Unterlagen des Auskunftspflichtigen Einsicht zu nehmen" (§ 54 Abs. 2). Wer sind die „beauftragten Personen"? Daß eine Person beauftragt wird, die z. B. einer Selbstschutzberatungsstelle angehört, ist wohl nicht ganz auszuschließen, zumal die Beratungsstelle nach § 67 SSchG den Auftrag hat, die Betriebe „bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes zu unterstützen" — dient doch die Einholung von Auskünften der Vorbereitung des Selbstschutzes.

Bei „Verletzung der Geheimhaltungspflicht" wird nach § 59 Abs. 3 „die Tat ... nur auf Antrag des Verletzten verfolgt". Wie ein solchermaßen Verletzter wohl von der Tat erfährt? Wie kann er gegebenenfalls die Tat beweisen? Das dürfte im konkreten Fall nicht so leicht sein, wenn die „engste, vertrauensvolle und von Verständnis getragene Zusammenarbeit" zwischen Militär, Behörden und sonstigen „Trägern ziviler Vollzugsgewalt" „auf allen Ebenen unseres Staatswesens" erst einmal gut eingespielt ist, zumal immer behauptet werden kann, eine Tat sei von den Betriebsangehörigen selbst begangen worden, womöglich von den Arbeitnehmern.

Indem die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen des Selbstschutzgesetzes und anderer Notstandsgesetze zu „Trägern ziviler Vollzugsgewalt" werden und gegebenenfalls zur Einholung von Auskünften befugt sind, festigen und erweitern sie ihre Machtpositionen gegenüber ihren Mitgliedern und gegenüber Nichtmitgliedern. Indem sie Beratungs- und Kontrollfunktionen übernehmen, die ihnen vom Staat delegiert werden, verschränken sie sich mit dem Staat, werden sie zu einem Teil dieses Staates selbst. So schlägt sich die intensive Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Ministerialbürokratie ganz selbstverständlich in den Gesetzen nieder, nicht nur im Selbstschutzgesetz, sondern z. B. auch im Wirtschaftssicherstellungsgesetz, insbesondere in dessen § 10 „Mitwirkung von Vereinigungen". Sollte ein Teil dieses Staates, die Privatwirtschaft, durch einen Arbeitskampf betroffen werden, wäre es kaum erstaunlich, wenn der Arbeitskampf mit staatlichen Mitteln unterdrückt würde. Hat doch am 3. 3. 1962 der ehemalige Bundesinnenminister Höcherl in Hamburg erklärt: „Wenn jedoch ein Streik den Händen der Gewerkschaft entgleitet und die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung gefährdet, sind staatliche Gegenmaßnahmen als Notdienst an der Bevölkerung zu betrachten." Im selben Jahr sagte der damalige BDA-Präsident Paulssen, „ohne Notstandsgesetze und ohne Eingriffsmöglichkeiten des Staates" habe man im Frühjahr 1962 Arbeitskämpfe nicht riskieren können. Diese Äußerung legt wie viele andere Erscheinungen seit Gründung der Bundesrepublik den Schluß nahe, daß dieser Staat mit seiner „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" sich immer mehr zum Staat der Privatwirtschaft entwickelt.

II. Selbstschutz in Betrieben

Zur Frage der „Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten" bei der Bestimmung des Leiters des Betriebsselbstschutzes

Das Selbstschutzgesetz stellt im dritten Abschnitt „Selbstschutz in Betrieben" zunächst heraus, wer zum „Betriebsselbstschutz" verpflichtet ist. § 23 Abs. 1: „Inhaber und Angehörige eines Betriebes sind zum gemeinschaftlichen Selbstschutz im Betrieb verpflichtet (Betriebsselbstschutz) ..." Im folgenden Satz wird dann der „Inhaber des Betriebes" ausgeklammert, und es heißt da: „Die Teilnahme am Betriebsselbstschutz ist Pflicht aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis." Verweigert der Betriebsinhaber den Selbstschutz, kann er wegen Verletzung einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung gerichtlich belangt werden; verweigert ein Arbeitnehmer die Teilnahme am Selbstschutz, droht Kündigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses. Es wird dann definiert, was Betriebe „im Sinne dieses Gesetzes" sind. Im Abs. 2 wird bestimmt, wer der „Leiter des Betriebsselbstschutzes" ist: „Leiter des Betriebsselbstschutzes ist der Inhaber des Betriebes oder sein gesetzlicher Vertreter, sofern es sich bei diesen um Einzelpersonen

handelt; sind es mehrere Personen, so bestellen diese aus ihrer Mitte den Leiter des Betriebsselbstschutzes. Satz 1 gilt entsprechend für das vertretungsberechtigte Organ einer juristischen Person sowie für die vertretungsberechtigten Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft."

Bis hierhin ist von einer Mitbestimmung der Belegschaftsvertretung bei der Bestimmung des Betriebsselbstschutzleiters keine Rede. Von vornherein ist festgelegt, wer Leiter des Betriebsselbstschutzes wird. Der Absatz 2 wird jedoch mit einer Kann-Bestimmung fortgesetzt, die in bestimmter Weise die Belegschaftsvertretung betrifft: „Der Leiter des Betriebsselbstschutzes kann im Einvernehmen mit dem Betriebsrat oder der zuständigen Personalvertretung einen geeigneten Betriebsangehörigen mit den Aufgaben eines Betriebsselbstschutzleiters betrauen; das für die Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten vorgeschriebene Verfahren findet Anwendung." Der Leiter des Betriebsselbstschutzes bestimmt also selbst, ob ein anderer „geeigneter Betriebsangehöriger" und welcher „mit den Aufgaben eines Betriebsselbstschutzleiters" zu betrauen ist, wenn die Kann-Bestimmung überhaupt angewendet wird. Die Belegschaftsvertretung oder Belegschaft kann also den Betriebsselbstschutzleiter nicht selbst wählen, sondern kann sich nur zu dem Vorschlag des Leiters des Betriebsselbstschutzes positiv oder negativ äußern.

In bezug auf die Kann-Bestimmung ergeben sich drei Fragen: Welcher Betriebsangehörige ist im Sinne des Selbstschutzgesetzes „geeignet"? Wer entscheidet über die Eignung? In welchen Fällen wird die Kann-Bestimmung überhaupt angewendet? Die zweite Frage wurde bereits bei der Analyse des § 67 SSchG beantwortet, nämlich bei der Besprechung der „Beratung" und „Unterstützung" auf dem Gebiet der „Planung, Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes" in Betrieben: Formal entscheidet also der Inhaber des Betriebes über die Eignung eines Betriebsangehörigen, material aber eine „Organisation der gewerblichen Wirtschaft" oder eine „regionale Selbstschutzberatungsstelle".

Das hat Konsequenzen für die Kriterien der Eignung. Betriebsangehörige, sofern sie Arbeiter und womöglich gewerkschaftlich organisiert sind, dürften dem Betriebsinhaber aller Voraussicht nach als ungeeignet zur Leitung des Selbstschutzes erscheinen. Bleiben also noch Personen, die im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes nicht Arbeitnehmer sind und in § 4, Abs. 2c aufgeführt werden: „die leitenden Angestellten, wenn sie zur selbständigen Einstellung und Entlassung von im Betrieb oder in der Betriebsabteilung beschäftigten Arbeitnehmern berechtigt sind oder wenn ihnen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist oder (und das dürfte die für diesen Zusammenhang bedeutsame Personengruppe sein, d. Verf.) wenn sie nicht angestelltenversicherungspflichtig sind und Aufgaben wahrnehmen, die regelmäßig wegen ihrer Bedeutung für den Bestand und die Entwicklung des Betriebs nur auf Grund besonderen persönlichen Vertrauens des Arbeitgebers bestimmten Personen im Hinblick auf deren besondere Erfahrungen und Kenntnisse übertragen werden." „Besondere Erfahrungen und Kenntnisse" im Hinblick auf den Betriebsselbstschutz bringen die im Betrieb mit dem Ordnungs- und Sicherheitsdienst beauftragten Organe mit, die zugleich das „besondere persönliche Vertrauen des Arbeitgebers" genießen: der Werkschutz bzw. die Werkspolizei und deren Kader. Damit ist die Frage nach der Eignung beantwortet, zugleich aber auch die Frage, wann die Kann-Bestimmung Anwendung finden dürfte: aller Wahrscheinlichkeit nach bei größeren Betrieben, die bereits über eigene Ordnungs- und Sicherheitsorgane verfügen.

Bei der Betrauung eines solchermaßen „geeigneten" Betriebsangehörigen mit den Aufgaben eines Betriebsselbstschutzleiters soll also voraussichtlich „das für die Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten vorgeschriebene Verfahren" Anwendung finden. Auf die Besetzung der unter diesem Leiter befindlichen Positionen hat die Belegschaftsvertretung bereits keinen Einfluß mehr, wenn man ihn auf die Besetzung der Leiterposition immerhin annehmen will: Kommt keine Einigung zustande, bleibt der Inhaber des Betriebes (oder die anderen im Gesetz genannten Personen nach § 23 Abs. 2, Satz 1 und 2) eben Leiter des Betriebsselbstschutzes. Es zeigt sich, daß die in diesem Fall vorgesehene „Mitbestimmung" eine Farce ist, um so die wirklichen Machtverhältnisse zu verschleiern und die Belegschaftsvertretung unter dem Schein einer Mitbestimmung zu integrieren.

„Territoriale Verteidigung" im Betrieb — Bildung von Betriebsmiliz

Nach § 24 Abs. 1 SSchG obliegt dem Leiter des Betriebsselbstschutzes nicht nur der „Aufbau des Betriebsselbstschutzes", sondern auch der „Einsatz der Selbstschutzpflichtigen im Betrieb". Abs. 2: „Er unterweist die Betriebsangehörigen in der Wahrnehmung ihrer besonderen Selbstschutzaufgaben im Betrieb." Abs. 3: „Bei Gefahr von Waffenwirkungen teilt er die Betriebsangehörigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Ausbildungsstand für den Selbstschutz im Betrieb ein. Er ist befugt, auch vorübergehend Anwesende zu solchen Aufgaben heranzuziehen, wenn deren Mithilfe zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib oder Leben unentbehrlich ist."

Es heißt nicht etwa „im Verteidigungsfall", sondern „bei Gefahr von Waffenwirkungen", wobei unklar bleibt, was „Gefahr von Waffenwirkungen" konkret heißt, ferner um welche Waffen es sich handelt und wer im Besitz von Waffen ist. Sind hier Waffen der Arbeitnehmer gemeint? Oder die einer fremden Macht? Überhaupt verschwimmt im Selbstschutzgesetz, insbesondere im § 24, die Grenze, wann es einer ausdrücklichen Feststellung der Bundesregierung bedarf, „daß eine verstärkte Durchführung von Selbstschutzmaßnahmen dringend erforderlich ist". Bedarf der „Einsatz der Selbstschutzpflichtigen im Betrieb" einer derartigen Feststellung? Sind doch „Einsatz" und „Aufbau des Betriebsselbstschutzes" in ein und demselben Satz geregelt, so daß der eine Teil des Satzes mit einer „Feststellung" und der andere Teil ohne eine solche in Kraft treten würde. Und wer bestimmt, ob „Gefahr von Waffenwirkungen" vorliegt — der Unternehmer oder die Bundesregierung? Die Fragen bleiben auch dann unbeantwortet, wenn man bedenkt, daß nach dem Entwurf der Notstandsverfassung vom 10. 3. 1967 das „Notparlament" der „Feststellung" der Bundesregierung zuzustimmen hat (Artikel 53a, Abs. 3, Satz 1), vom Bundestag ganz zu schweigen, der doch in Friedens-, Spannungs- und Krisenzeiten solche Feststellungen selbst beschließen könnte.

Im § 27 SSchG wird die „Aufstellung von Einheiten (Werkselbstschutz)" geregelt, und zwar für Betriebe, „die wegen ihrer Lage, Größe, Aufgabe oder Eigenart verstärkte Selbstschutzmaßnahmen erfordern", wobei dem Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde die Bestimmung dieser Betriebe obliegt. Dieser ist dabei an eine vom Bundesminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung gebunden, in der erstens die Auswahl der Betriebe festgelegt, zweitens das Verfahren geregelt wird, welches der Beamte bei seiner Entscheidung zu beachten hat, und drittens die „Anhörung von sachverständigen

Stellen der gewerblichen Wirtschaft vor der Entscheidung" des Beamten vorgeschrieben wird, „wenn sich diese Entscheidung auf gewerbliche Betriebe bezieht". Wozu im Bereich der Wohnstätten die bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, der Bundesverband für den Selbstschutz, befugt ist, dazu ist im Bereich der gewerblichen Wirtschaft diese selbst befugt.

In derselben Rechtsverordnung, die erst nach Inkrafttreten des Selbstschutzgesetzes rechtskräftig werden kann, sind außerdem „nähere Bestimmungen über Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung des Werkselbstschutzes zu erlassen". Damit unmittelbar zusammenhängend ist im BDI-Bericht 1964 (S. 172/73), also bereits ein Jahr vor Verabschiedung des Selbstschutzgesetzes, folgendes zu lesen: „Im Einvernehmen mit dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ist es dem BDI gelungen, für einzelne als Unterführer und Führer von Werkselbstschutzeinheiten vorgesehene Betriebsangehörige die Teilnahme an Gruppen- und Zugführerlehrgängen des LSHD (Luftschutzhilfsdienst — K.K.) in Ausbildungsstätten des Landes Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen." Diese Zusammenarbeit von BDI und Länderministerialbürokratie ist aus mehreren Gründen illegal. Erstens: Beide maßen sich Kompetenzen des Bundesministers des Innern und des Bundesrates an, indem sie die Art der Gliederung und der Ausbildung des Werkselbstschutzes vorwegnehmen — und zweitens das Selbstschutzgesetz vom Bundestag noch nicht einmal verabschiedet war. Damit ist die Anmaßung von Kompetenzen des Bundestages gegeben. Drittens wurden mit Steuergeldern finanzierte Einrichtungen benutzt, die nur auf Grund eines Gesetzes und nur im Rahmen des betreffenden Gesetzes benutzt werden dürfen. Ganz offensichtlich lagen dem Vorgehen des BDI und der Länderministerialbürokratie Vorstellungen zugrunde, die der 1963 gegründete BDI-Arbeitskreis „Richtlinien für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzeinheiten" erarbeitet hat. Darüber schreibt Karl Heinz Roth in seinem Aufsatz „Gewerkschaft und Werkselbstschutz" („atomzeitalter", April/Mai 1966, S. 119 f): „In den ‚zweiten Empfehlungen' zur ‚Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzkräften' hat der Arbeitskreis des BDI sich über die zu ergreifenden Maßnahmen der ‚Zivilverteidigung' detailliert ausgelassen (Juni 1964 — K.K.). Sie haben den Zweck, die ‚Werkselbstschutzkräfte' (‚WS-Kräfte') unter ‚einer straffen und schlagkräftigen Führung' zu organisieren. Die personelle Gliederung entspricht der einer Miliz." Im Rahmen der Ausbildung „sollen ‚praktische Einsatzübungen unter wirklichkeitsnahen Verhältnissen und bei Nacht' durchgeführt werden". „Der ‚WS-Leiter' und seine Führungskräfte sollen einen ‚WS-Plan' erstellen, in dem unter anderem ‚festzulegen' ist, ‚daß auch sonstige im Betrieb anwesende Personen, die nicht zum Werkselbstschutz gehören, den Weisungen der WS-Führungskräfte unterstehen und zu Hilfeleistungen herangezogen werden können'. Damit könnten sämtliche Werksangehörige schlagartig erfaßt und zu ‚WS-Arbeiten' herangezogen werden. Es ist dann nur noch — eine freilich vom Arbeitgeber zu klärende — Definitionsfrage, ob die Neuaufnahme der Produktionsarbeit nach einem begonnenen oder kurz vor einem angekündigten Streik als ‚WS-Übung' anzusehen wäre." Die Vorstellungen des BDI über den „WS-Plan" haben die Tendenz, den Unterschied zwischen Betriebsselbstschutz (Selbstschutzpflicht aller Betriebsangehörigen ohne Organisierung in Werkselbstschutzeinheiten) und Werkselbstschutz (Organisierung von einem Teil der Selbstschutzpflichtigen in Werkselbstschutzeinheiten) zu verwischen. Was die Neuaufnahme der Produktionsarbeit während einer „WS-Übung" betrifft, können nach § 56, Abs. 2 SSchG „bei Ausbildungsveranstaltungen" „Werkleistungen" angefordert werden.

„Darüber hinaus wird auch militärpolitischen Bedürfnissen Rechnung getragen (Es wäre zu fragen, inwieweit diese „militärpolitischen Bedürfnisse" wiederum wirtschaftspolitischen Bedürfnissen Rechnung tragen, d. Verf.): . . .

3) neben den Brandschutz-, Bergungs- und Instandsetzungs-, Sanitäts- und ABC-Schutzdiensten werden eingeführt:

a) ein ‚Ordnungs- und Sicherungsdienst' u. a. ‚zur Lenkung der das Werk verlassenden Betriebsangehörigen' (!) ‚und zur Sicherung der Betriebe gegen Diebstahl, Plünderung und Sabotage' (!);

b) ‚Fernmeldedienst . . . und Melder' ‚für die Verbindung innerhalb des Betriebes sowie nach draußen';

4) an Ausrüstungsgegenständen sollen beschafft werden ‚Erkennungsmarken mit Dosimeter', ‚Meldekartentasche mit Inhalt, Handlautsprecher, Hand- und Funksprechgeräte, Feldfernsprecher mit Kabel';

5) nach ‚Anlage 16 (Lehrstoffplan WS-Brandschutzkräfte)' sollen die ‚WS-Helfer' in sechs Ausbildungsstunden ‚Angriffsübungen' erlernen;

6) nach ‚Anlage 19 (Lehrstoffplan WS-Ordnungs- und Sicherungskräfte)' sollen die ‚WS-Helfer' u. a. in zwei Ausbildungsstunden über ‚Rechtsgrundlagen für Durchsuchung, vorläufige Festnahme, Notwehr, Waffengebrauch' unterrichtet werden." Roth kommt zu der Folgerung: . . . „Es ist anzunehmen, daß die ‚WS-Einheiten' . . . als taktische Ergänzung der ‚Heimatschutztruppe' (ein Teil der „TV-Truppen", d. Verf.) verstanden werden müssen. Dem Werkschutz von innen entspräche der Werkschutz von außen . . ." Wenn auch der BDI, so könnte man einwenden, seine Vorstellungen endgültig durchsetzen sollte, so hätte eine Belegschaftsvertretung im Betrieb doch die Möglichkeit, einen Mißbrauch des Werkselbstschutzes zu verhindern, da sie über den Einsatz der „WS-Einheiten" mitbestimmen könne.

Entscheidungsbefugnis der Belegschaftsvertretung im Betrieb „bei Maßnahmen, die der Natur der Sache nach keinen Aufschub dulden"?

In den Absätzen 1 bis 3 § 24 SSchG werden zunächst die „Aufgaben des Leiters des Betriebsselbstschutzes" geregelt; im Absatz 4 wird dann von einer „Beteiligung" der Belegschaftsvertretung gesprochen: „Die Beteiligung des Betriebsrates oder der Personalvertretung an Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 richtet sich nach den betriebsverfassungsrechtlichen oder personalvertretungsrechtlichen Vorschriften über die Beteiligung des Betriebsrates oder der Personalvertretung bei Fragen der Ordnung im Betrieb und des Verhaltens der Betriebsangehörigen."

In diesem Satz wird ein kleiner Teil der Mitbestimmungsbefugnisse der Belegschaftsvertretung in sozialen Angelegenheiten nach § 56 Abs. 1 f des Betriebsverfassungsgesetzes zur Grundlage für eine „Beteiligung" an Selbstschutzmaßnahmen gemacht. Wie klein dieser Teil wirklich ist, beschreibt Hans Pornschlegel folgendermaßen: „Allerdings ist die höchstrichterliche Interpretation der ‚Fragen der Ordnung des Betriebes und des Verhaltens der Arbeitnehmer im

Betrieb' so eng gefaßt, daß sie nicht wesentlich über die Aufstellung einer Betriebs- oder Arbeitsordnung hinausgeht. Auch zeigen einige jüngere Beschlüsse des Bundesarbeitsgerichtes die Neigung, die in den Betrieben faktisch bestehende Mitbestimmung einzuschränken" (Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in: „Das Mitbestimmungsgespräch", 5/7 1964, S. 107). Wenn die höchstrichterliche Interpretation so eng gefaßt ist, dann bedeutet das für „die Beteiligung des Betriebsrates oder der Personalvertretung an Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3" nach § 24 SSchG, daß die Belegschaftsvertretung nur insoweit „beteiligt" wird, als eine Änderung der Betriebs- oder Arbeitsordnung auf Grund der Bestimmungen des Selbstschutzgesetzes von einer Organisation der gewerblichen Wirtschaft, vom Inhaber des Betriebes bzw. vom Leiter des Betriebsselbstschutzes angestrebt und der Versuch unternommen wird, eine solche Änderung tatsächlich durchzusetzen. Vielleicht wird bei dieser Gelegenheit eine gründliche Revision faktisch eingespielter und in der Betriebsordnung gegebenenfalls verankerter Befugnisse der Belegschaftsvertretung in Angriff genommen.

Im Sinne des Selbstschutzgesetzes wird die Belegschaftsvertretung also nicht z. B. am „Aufbau des Betriebsselbstschutzes" oder am „Einsatz der Selbstschutzpflichtigen im Betrieb" beteiligt — eine solche Beteiligung bleibt allein einer „Organisation der gewerblichen Wirtschaft" oder einer „regionalen Selbstschutzberatungsstelle" (§ 67 SSchG) vorbehalten. Ist aber die Belegschaftsvertretung dennoch über das im Gesetz vorgesehene Maß hinaus beteiligt worden, so kann sie in einer aktuellen Situation doch noch ausgeschaltet werden, denn der § 24 Abs. 4 endet mit folgendem Satz: „Soweit eine Beteiligung des Betriebsrates oder der Personalvertretung in Betracht kommt, kann der Leiter des Betriebsselbstschutzes bei Maßnahmen, die der Natur der Sache nach keinen Aufschub dulden, bis zur endgültigen Entscheidung vorläufige Regelungen treffen." Dieser Satz läßt die verschiedenen denkbaren „Maßnahmen, die der Natur der Sache nach keinen Aufschub dulden", undefiniert. Das hat gewichtige Gründe — nicht nur in bezug auf eine aktuelle Situation: Einmal ist damit gewährleistet, daß die verschiedensten Ausbildungsvorhaben im Betrieb ungestört durchgeführt werden können, ohne daß die Belegschaftsvertretung gegebenenfalls einen wirksamen Einspruch erheben kann; zum anderen kann die Unternehmensleitung ohne Beteiligung der Belegschaftsvertretung eine „Ergänzung" oder Änderung der Betriebsordnung beschließen und zu gegebener Zeit in Kraft setzen als „Maßnahme, die der Natur der Sache nach keinen Aufschub duldet". Eine solche Änderung der Betriebsordnung wäre dann als ein Teil jenes „Zivilverteidigungsplanes (Modellplan) für den einzelnen Betrieb" zu betrachten, der — so ist anzunehmen — in Zusammenarbeit zwischen Industrie, Behörden und Militär vorher erarbeitet wurde.

Über die Möglichkeiten betrieblicher und gewerkschaftlicher Praxis

Unter diesen Umständen ist es sinnlos, daß die Belegschaftsvertretung von der „Beteiligung" am Selbstschutz, sollte sie vom Unternehmer an sie herangetragen werden, überhaupt Gebrauch macht. Abgesehen davon dürften sich in den meisten denkbaren Fällen eines „inneren Notstands" alle Maßnahmen gegen diejenigen richten, die sich der gemeinsamen Strategie von Wirtschaft, Behörden und Militär zur Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer zumindest im Rahmen des Selbstschutzgesetzes autoritären Herrschaft nicht unterordnen wollen. Es wäre eine Illusion zu glauben, eine wirksame Unterwanderung der Kader des

Betriebs- bzw. Werkselbstschutzes durch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer oder durch Gewerkschaftsfunktionäre sei in der Mehrzahl der Betriebe und bei den bedeutungsvollsten Betrieben möglich, um „Maßnahmen" blockieren zu können, wenn sie anlaufen. Es wäre eine Illusion zu glauben, Betriebsselbstschutzmaßnahmen innerhalb der Betriebsselbstschutzorganisation wirkungsvoll beeinflussen zu können — vor oder während einer aktuellen Situation —, denn schließlich hat nicht die betriebliche Gegenmacht (Arbeitnehmer, Belegschaftsvertretung, Gewerkschaft) Leitungs- und Beratungsfunktionen erhalten, sondern eine „Organisation der gewerblichen Wirtschaft" bzw. „regionale Selbstschutzberatungsstellen", in denen Vertreter der Arbeitnehmerverbände im besten Falle ein Anhörungsrecht haben. Von einer „Mitwirkung" in diesen Institutionen muß von vornherein abgeraten werden, da sie lediglich ein Integrationsinstrument für die Vertreter der Arbeitnehmerverbände darstellen.

Der Zusammenarbeit von Privatwirtschaft, Behörden und Militär ist im Rahmen einer Gegenstrategie eine solidarische Zusammenarbeit von Belegschaften, Belegschaftsvertretungen und Arbeitnehmerorganisationen entgegenzusetzen. Parallel zu den verschiedenen Kommunikationsebenen von Privatwirtschaft, Behörden und Militär ist eine intensive Kommunikation und Information auf den verschiedenen Ebenen seitens der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen notwendig: Belegschaft — Vertrauensleute — Betriebsrat — Ortsverwaltung — Einzelgewerkschaft — sonstige gewerkschaftliche Organe, die Informationen sammeln, auswerten und nach oben wie nach unten weitergeben und die ihre Antragsrechte an die die Politik der Gewerkschaften bestimmenden Gremien in diesem Sinne ausnützen müssen. Wichtigste Voraussetzung für den Erfolg einer Gegenstrategie wäre eine genaue Information möglichst vieler Arbeitnehmer durch ihre Organisationen über Hintergründe und Ziele der Notstandsgesetze. Es geht darum, eine detaillierte Gegenstrategie praktizieren zu können, wenn man nicht künftigen Angriffen handlungsunfähig oder handlungsunwillig ausgesetzt sein will.

Gelingt es den Gewerkschaften nicht, diese autoritären Tendenzen, die sich nicht nur aus dem hier analysierten dritten Abschnitt des Selbstschutzgesetzes, sondern in noch stärkerem Maße aus einigen anderen sogenannten „einfachen Notstandsgesetzen" und besonders aus dem neuen Entwurf einer Notstandsverfassung ableiten lassen, aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen, wird die politische Perspektive zunehmender Mitbestimmung als Zwischenstadium einer Demokratisierung von Betrieb und Wirtschaft nicht in die Wirklichkeit umsetzbar sein, wird absehbar, daß Industrie, Behörden und Militär einen Arbeitskampf zum Anlaß nehmen könnten, einen bürgerkriegsähnlichen Zustand herbeizuführen.

Hans Heinz Holz

Die Sowjetunion heute

Bericht über eine Delegationsreise

Vom 9. bis 28. April bereiste aufgrund einer Initiative des „Stimme"-Verlags (Frankfurt/Main) eine Delegation von Repräsentanten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik die Sowjetunion. Sie besuchte die Städte Nowosibirsk, Irkutsk, Bratsk in Sibirien, Alma Ata in der Republik Kasachstan, Taschkent, Samarkand und Buchara in der Republik Usbekistan und hatte außerdem Gelegenheit, in Moskau mit namhaften sowjetischen Politikern, darunter dem Vorsitzenden des sowjetischen Nationalitätenrates, Justas Paletzkis, aktuelle politische Fragen zu diskutieren. Mitglieder der deutschen Gruppe waren unter anderem die Professoren Dr. Werner Hofmann (Direktor des soziologischen Instituts der Universität Marburg), Dr. Eugen Kogon (Ordinarius für politische Wissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt) und Dr. Boris Rajewski (Direktor des Max-Planck-Instituts für Radiobiologie), die Mitglieder der Hauptvorstände der Industriegewerkschaften Metall und Chemie, Georg Benz und Werner Vitt, der Präsident des ökumenischen Rates der Kirchen, D. Dr. Martin Niemöller, die Industriellen Dr. Kurt Körber (Hauni-Werke) und Dr. Franz Leitz (BASF), Staatsminister a. D. Dr. Harald Koch, Vorstandsmitglied der Hoesch-AG, die Chefredakteure Dr. Marion Gräfin Dönhoff („Die Zeit") und Dr. Harry Pross (Radio Bremen) und die Ehefrau des hessischen Ministerpräsidenten, Frau Dr. Christa Zinn. Insgesamt setzte sich die Delegation aus zwanzig Personen zusammen. Nachstehend berichtet Hans Heinz Holz von den ersten Eindrücken, die er auf dieser Reise gewonnen hat.

D. Red.

Ungewöhnlich war die Aufmerksamkeit, mit der die aus verschiedensten Kreisen des bundesrepublikanischen Lebens zusammengesetzte Delegation in der Sowjetunion empfangen wurde; Aufmerksamkeit im Sinne überströmender Gastfreundschaft, mit der wir vom ersten bis zum letzten Tage verwöhnt wurden, sowie öffentlicher Beachtung, die sich in täglichen Berichten der Nachrichtenagentur Tass über den Verlauf unserer Reise und in der Bereitschaft zu Gesprächen auf höchster Ebene manifestierte. So waren es in Moskau der Vorsitzende des Stadtsowjets, in Nowosibirsk der Vorsitzende des Gebietssowjets, in Alma Ata der Oberste Sowjet der Kasachischen Volksrepublik, in Taschkent die Präsidentin der Usbekischen Volksrepublik, die uns zu stundenlangen Gesprächen empfingen, und vor Abschluß der Reise sprachen wir in Moskau mehr als zwei Stunden mit dem Vorsitzenden des Nationalitätenrates. Die sowjetischen Behörden waren offensichtlich bereit, auch einer ohne Unterstützung der Bundesregierung reisenden Delegation ein Höchstmaß an Informationsmöglichkeit und politischer Partnerschaft zu gewähren.

Dieses Entgegenkommen ist nicht zufällig. Die Sowjetunion hat von bundesdeutscher Seite bisher kaum offizielle Bekundungen von Freundlichkeit und Ver-

ständigungsbereitschaft erfahren. Im Gegenteil. Sie hat Grund genug, in der bundesrepublikanischen Ostpolitik Anzeichen von Unfreundlichkeit, Unruhestiftung und Aggressivität zu erkennen; sie kann sich mit Recht über die unverhüllte Feindseligkeit der großen Mehrzahl der publizistischen Organe im Westen Deutschlands beklagen; und sie muß täglich erfahren, daß die offiziellen und offiziösen Vertreter der Bundesrepublik in Moskau nicht gerade von objektivem Bemühen um Verständnis, schon gar nicht von Wohlwollen beseelt sind. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion verharren seit Jahren auf einem Tiefstand, der kaum mehr unterschritten werden kann. Das hat sich auch in dem halben Jahr der Amtsführung des Kabinetts Kiesinger nicht geändert; vielmehr ist die Enttäuschung der sowjetischen Politiker deutlich zu spüren, daß es selbst Außenminister Brandt nicht gelungen ist, einen wirklichen Kurswechsel der bundesrepublikanischen Außenpolitik einzuleiten.

In einem Augenblick, in dem die Bundesregierung sich hartnäckig einem Atomwaffensperrvertrag widersetzt, in dem sie weiterhin auf dem Alleinvertretungsanspruch besteht, in dem sie die Anerkennung des territorialen Status quo nach wie vor verweigert, ist das diplomatische Gespräch zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zur Stagnation verdammt. Umso wichtiger ist der Kontakt auf einer Ebene, die eine gewisse Publizität gewährt. Gegenseitige Information, nüchterne, ressentimentfreie Erwägung der Standpunkte und Möglichkeiten, politische Schlußfolgerungen sind die drei Stadien eines Prozesses, in dessen Verlauf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion allmählich verbessert werden könnten.

Voraussetzung ist der Wunsch nach einer solchen Verbesserung. Darum ist es unerläßlich, daß Menschen, die diesen Wunsch — unbeschadet aller Differenzierung in sachlichen Anschauungen — hegen und seine Verwirklichung fördern wollen, den Bereich konvergierender und divergierender Interessen der beiden Staaten abtasten und nach den Gemeinsamkeiten suchen, aus denen die Überwindung der Gegensätze erwachsen könnte.

Um die Motivation sowjetischer Außenpolitik zu verstehen, ist es bedeutsam, die Neulandgebiete der Sowjetunion kennenzulernen. Wo die wilden Ströme Sibiriens gezähmt werden, wo die Menschen der Taiga Ackerland abringen und mitten in den unendlichen Wäldern Industriewerke emporschießen: dort ist der eine Schwerpunkt, an dem die Energien des Landes eingesetzt werden. Wo die riesigen Wüsten und Steppen Mittelasiens fruchtbar gemacht, Nomaden seßhaft und Neusiedler ansässig gemacht werden, wo analphabetische Völkerschaften im Laufe von anderthalb Generationen ein reiches kulturelles und wissenschaftliches Leben entwickeln: dort ist der zweite Schwerpunkt, der ungeheure Kräfte in Anspruch nimmt. Das Bildungsprogramm, das Millionen junger Menschen den Übergang zu höheren Stufen fachlicher und allgemeiner Kenntnisse ermöglichen will, das außerdem die zehnklassige Mittelschule als obligatorisch erklärt, ein Sozialprogramm, das bis 1970 die jetzt übliche Vierzigstunden-Arbeitswoche auf die Fünfunddreißigstundenwoche reduzieren möchte — ein solches kombiniertes Programm von verminderter Arbeits- und erhöhter Bildungsleistung ist ein dritter Schwerpunkt nationaler Anstrengung. So hat die Sowjetunion in intensiver wie extensiver Hinsicht ihre eigenen Entwicklungsprobleme.

Ein Land braucht Ruhe, um diese selbstgestellten Aufgaben lösen zu können. Die tiefe Sehnsucht nach Frieden, die aus allen Menschen in allen Teilen der Sowjetunion spricht — vom Kolchosbauern bis zum Universitätsprofessor, vom Fabrik-

arbeiter bis zum Mitglied des Obersten Sowjets — hat einen zweifachen Grund: die leidvollen Erfahrungen eines vom Kriege schwer geprüften Volkes, in dem es kaum einen Menschen gibt, der nicht Angehörige verloren hätte; und die freudvollen Erfahrungen eines fortschreitenden Aufbaus, dessen gegenwärtige Erfolge und langfristige Ziele man nicht durch neue Krisen und Konflikte gefährdet sehen möchte. Wer zur Energieversorgung Moskaus über Tausende von Kilometern eine leicht verletzliche Erdgasleitung baut, die die Quellen Bucharas mit dem Endabnehmer Moskau verbindet, denkt gewiß nicht an Krieg. Ein Land, von dem man als erstes den Eindruck gewinnt, daß es ein riesiger Bauplatz ist, auf dem Wohnungen und Kraftwerke, Fabriken und Kulturzentren entstehen, braucht zur Vollendung dieser Projekte Frieden. Das Wort „Frieden" — so abgenutzt es uns westeuropäischen Skeptikern im vieltausendfachen Gebrauch erscheinen mag — hat in der Sowjetunion einen fast religiösen Gehalt; an ihm entzünden sich die Emotionen von mehr als zweihundert Millionen Menschen. Es ist keine Ideologie, sondern zugleich Ausdruck eines realen Bedürfnisses und einer tiefen, unauslöschlichen Sehnsucht.

Ruhe als Voraussetzung für die eigene innere Entwicklung — das heißt Erhaltung des Status quo nach außen. Jede Veränderung bestehender Verhältnisse, jede Verschiebung im Gleichgewicht der Mächte würde Störung und Gefahr für den Frieden bedeuten. In der herkömmlichen Terminologie spricht man vom „Sicherheitsbedürfnis" der Sowjetunion. Es geht dabei um Sicherung für die Entwicklung des Lebensstandards, der industriellen und agronomischen Produktivkräfte, der allgemeinen Bildung; mit einem Worte: es geht dabei um Sicherheit für die Menschlichkeit des Lebens. Jedem Bürger, der am eigenen Leibe seinen steigenden Wohlstand, die Erweiterung seiner Interessen und Möglichkeiten, das wachsende Gedeihen seiner Umwelt spürt, leuchtet die Forderung nach Sicherheit ein: er will nicht von außen beeinträchtigt werden. In keinem Lande der Welt wäre wohl die Kriegsunlust größer als in der Sowjetunion, in keinem Lande der Welt würde wohl aber auch ein gleich heiliger Zorn der Verteidigung des mühsam Errungenen entbrennen, wenn es je zu einem Kriege kommen sollte. Störung von außen: das wären Atomwaffen in den Händen kleiner Länder und unverantwortlicher Machthaber; das ist die deutsche Forderung nach Grenzrevisionen (also das, was man den deutschen „Revanchismus" nennt); das ist die chinesische Forderung nach Unterstützung und Förderung vorzeitiger revolutionärer Bewegungen in den Entwicklungsländern. Die Koexistenzpolitik gilt allen Seiten. In den fünfzig Jahren seit der Oktoberrevolution hat das Land so viele Opfer getragen, so übermenschliche Leistungen vollbracht, daß es nach Ruhe zu friedlichem Aufbau verlangt.

Das heißt nicht, daß das Bewußtsein der Menschen stagnierte. Der große Elan, mit dem die Jugend sich den Entwicklungsprojekten zuwendet, belegt das Gegenteil. In ein paar Jahren ist in Bratsk, wo das größte Wasserkraftwerk Westsibiriens entstand, eine Stadt von 152 000 Einwohnern entstanden; 70 Prozent davon sind unter dreißig Jahren. Eine Stadt der Komsomolzen also, die sich zur Entwicklungsarbeit in der sibirischen Wildnis meldeten und für die es als Ehrentitel gilt, bei den großen Projekten dabeizusein, Produktionsstätten aus dem Niemandsland hervorzuzaubern. Hier hat die Sowjetunion ihre „neue Grenze", da konzentriert sich im Kampf mit den Naturgewalten der revolutionäre Elan einer konsolidierten Gesellschaft. Ein anderes Beispiel ist Taschkent, die Stadt, die vor einem Jahr von einem Erdbeben schwer heimgesucht wurde. In einem kaum vorstellbaren Akt von Solidarität kam das gesamte Land zu Hilfe: die anderen

Republiken übernahmen Patenschaften für den Wiederaufbau, schickten Heere von Freiwilligen zusammen mit dem Material. Überall entstehen neugeplante Wohnviertel: an einer Stelle baut Moskau ein Quartier, an anderer Leningrad, an dritter die Ukraine, an vierter Weißrußland; Armenien und Tadschikistan helfen ebenso wie Nowosibirsk. Das neue Taschkent ist ein Spiegel der gesamten Sowjetunion, in ihm strömen die Völkerschaften zusammen, um sich in der Periode des Wiederaufbaus der Stadt zu begegnen, zu vermischen und ihre Spuren zu hinterlassen. Was hier in kürzester Frist auf planiertem Boden erwuchs, ist Zeugnis für den Willen einer Nation, sich weder von der Natur noch von Feinden je niederschlagen zu lassen. Es spricht für die Funktionabilität einer Gesellschaft, der man (sicher oft nicht zu Unrecht) planwirtschaftlichen Bürokratismus vorwirft, daß sie so spontan, schnell und effektiv auf einen außergewöhnlichen Notfall reagieren konnte.

Ein Land, das sich in einer so stürmischen wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung befindet, wäre naturgemäß ein vielversprechender Handelspartner für den hochindustrialisierten Westen. Bei der Besichtigung der großen automatisierten Holzverarbeitungsfabrik in Bratsk, die mit einem Jahresanfall von 7 Millionen cbm Holz und 6700 Beschäftigten unter anderem 12 Prozent der gesamten Zelluloseproduktion der Sowjetunion deckt, konnten wir feststellen, daß die maschinelle Ausrüstung des Werkes aus den folgenden Staaten stammt: Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Großbritannien, Japan, Schweden, Sowjetunion und USA. Hier wird an einem Beispiel die Chance wirtschaftlicher Kooperation im Weltmaßstab sichtbar. Überall in Sibirien, wo die ungeheuren Wassermassen der Ströme energetisch genutzt werden, entstehen jedoch jetzt neue industrielle Zentren, um den anfallenden Strom rationell auszunutzen. Dort entstehen auch immer neue Möglichkeiten der Zulieferung von Investitionsgütern. Es ist keine leere Redensart, wenn die Sowjetregierung immer wieder vorrechnet, daß ein Abbau der Rüstungsproduktion ohne volkswirtschaftliche Nachteile durch Ausweitung der friedlichen Gütererzeugung aufgefangen werden könnte; die Sowjetunion selbst würde bei einer allgemeinen Abrüstung das Tempo ihres Aufbaus beschleunigen können und zu einem der größten Abnehmer auf dem Weltmarkt werden.

Das schlechte Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion ist jedenfalls vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft aus höchst beklagenswert. Als die Sowjetregierung im vergangenen Jahr mit Fiat die Vereinbarung über die Errichtung einer großen Automobilfabrik traf, mochte man sich die Frage stellen, ob nicht das Volkswagenwerk den gleichen Auftrag hätte bekommen können, zumal der VW 1200 den klimatischen Bedingungen des russischen Raumes besser entspräche als die empfindlicheren Fiat-Typen. Die Bundesregierung läßt sich hier offenbar Chancen entgehen.

Doch bleibt das Mißtrauen der sowjetischen Staatsführer gegen die bundesrepublikanische Politik solange unüberwindlich, wie es durch Maßnahmen der Bundesregierung immer aufs neue geschürt wird. Wozu, so fragte uns der Präsident des Nationalitätenrates, Justas Paletzkis, braucht die Bundesrepublik Notstandsgesetze, deren Wortlaut und Tendenz zu ernsten Befürchtungen über die friedfertigen Absichten dieses Landes Anlaß geben? Warum, so wurde uns immer wieder entgegengehalten, stellt sich die Bundesregierung gegen den Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages? Was sollen die Nachbarn der Bundesrepublik von deren Haltung in der Frage der deutschen Ostgrenzen denken? Es ist nicht nur der Ton einiger Sonntagsredner und das Geschrei der Vertriebenenverbände,

die bedenklich stimmen; der Kurs der Bundesregierung selbst läßt Zweifel an der Friedfertigkeit dieses Staates aufkommen.

Nicht zuletzt hat die sogenannte „neue deutsche Ostpolitik" des Kabinetts Kiesinger in der Sowjetunion zu einer Einstellung erhöhter Wachsamkeit geführt (seit vielen Jahren hat man dieses Wort nicht mehr so häufig gehört wie jetzt). Das deklarierte außenpolitische Ziel der Bundesregierung, die Staaten des Warschauer Paktes gegeneinander auszuspielen und die DDR zu isolieren, der deutlich herauszuhörende antisowjetische Akzent bei der Kontaktsuche mit den osteuropäischen Staaten und die ausgesprochene Absicht, das sozialistische Lager auszuhöhlen, haben in der Sowjetunion peinliche Erinnerungen geweckt. Härter als früher reagiert man seitdem auf eine Politik, die unter dem Anschein freundlicherer Beziehungen zum Osten gerade eine höchst unfreundliche Haltung verbirgt. So rückt heute in den Mittelpunkt des deutsch-sowjetischen Verhältnisses die unabdingbare Forderung nach der Anerkennung der DDR. Auch bei den Gesprächen, an denen ich im Herbst 1964 teilnehmen konnte, ließen die sowjetischen Politiker keinen Zweifel daran, daß ihnen die Eigenstaatlichkeit der DDR unantastbar ist. Im April 1967 bekundeten sie nun aber unumwunden, daß die Anerkennung der DDR die Voraussetzung für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen darstellt. Für die völkerrechtliche Gleichberechtigung der zwei deutschen Staaten gilt ebenso wie für die bestehenden Grenzen das Realitätsprinzip: über das, was ist, verhandelt man nicht mehr, über die Wirklichkeit läßt sich nicht streiten. Auf die Faktizität des territorialen Status quo beziehen sich zwei der Grundsätze der sowjetischen Deutschlandpolitik: Anerkennung der DDR und der im Jahre 1945 gezogenen Grenzen. Der dritte Grundsatz entspringt der Besorgnis um die Folgen eines deutschen „Revanchismus": Verzicht der Bundesrepublik auf atomare Bewaffnung in jeder Form, auch der multilateralen Teilhabe und der Koproduktion mit anderen Staaten. Hier ist die Sowjetunion bereit zu eigenem Entgegenkommen: im Rahmen einer allgemeinen Abrüstung würden die sowjetischen Truppen aus den Staaten des Warschauer Paktes abgezogen, wenn die USA ihrerseits das Gebiet der NATO-Staaten räumen. So entstünde von selbst eine militärisch „verdünnte" Zone, die den Kern eines europäischen Sicherheitssystems bilden könnte.

Keinesfalls darf man jedoch vermuten, einige verbale Versicherungen möchten zur Entspannung genügen. Die sowjetischen Politiker wissen genau, daß nur verbürgte Realitäten zählen. Sie wissen auch, daß Leistungen und Gegenleistungen einander entsprechen müssen. Ihre Vorstellungen von allgemeiner Abrüstung und von militärischer Entschärfung im Herzen Europas wägen durchaus die Interessen der Beteiligten ab; hier gäbe es einen Verhandlungsspielraum, den die bundesrepublikanische Diplomatie mit eigenen Initiativen ausfüllen könnte, statt sich in fruchtlosen Positionen zu versteifen. Gerade der von aggressiven Tönen begleitete Illusionismus der Bonner Politik ist es, der den Sowjets unheimlich sein muß, weil Illusionen allzuleicht in Kurzschlußhandlungen enden. Schwerlich hätte mehr Porzellan in diesem Augenblick zerschlagen werden können, als durch die Begleitmusik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien. Der Ton, in dem dieses Ereignis in der deutschen Presse als ein Einbruch in die sowjetische Einflußsphäre gefeiert wurde, mußte in Moskau als entlarvendes Indiz für die wahren Tendenzen der „neuen deutschen Ostpolitik" aufgefaßt werden. Und wenn Bundeskanzler Kiesinger einerseits beim Antrittsbesuch des sowjetischen Botschafters Zarapkin den Austausch von Besuchern zwischen beiden Staaten als ein Mittel gegenseitiger

Annäherung bezeichnete, dann aber andererseits dem zur Teilnahme an der Delegationsreise angemeldeten Bundesjustizminister Dr. Gustav Heinemann eine Absage nahegelegt wurde — so ist dieser Widerspruch sicher nicht geeignet, Vertrauen in die deutsche Verständigungsbereitschaft zu wecken.

Ganz offenbar hatte man in Moskau den Eintritt von Willy Brandt als Außenminister in das Kabinett der Großen Koalition mit hoffnungsvollen Erwartungen zur Kenntnis genommen. Man hoffte auf einen grundsätzlichen Kurswechsel in Bonn, der die Bereinigung der Kriegsfolgeprobleme und eine wirkliche Politik der Entspannung möglich machen würde. Umso größer ist die Enttäuschung nach einem halben Jahr: keine der Hoffnungen hat sich erfüllt, im neuen Stil spürt die Sowjetunion in allen prinzipiellen Fragen den alten Inhalt der Bonner Außenpolitik. Weiterhin vollziehen sich die ersten Schritte westdeutsch-sowjetischer Annäherung auf dem Felde privaten Engagements, individueller Initiative.

Alfred Horné

Ein neuer Name für Frieden

Zur Enzyklika Papst Paul VI. über den „Fortschritt der Völker"*

Wer sich an den Maßstäben dieser Welt orientiert, für den war es noch nie eine verlockende Lebensform, praktizierender Katholik zu sein. Die Gebote des Glaubens und die Vorschriften der Kirche riegeln manchen verführerischen Auslauf ab. Der Gewinn an innerer Freiheit ist ja auch nur für den Gläubigen ein erstrebenswertes Gut. Immerhin vermag der reiche Katholik gegenüber dem armen Glaubensbruder sich einige Erleichterungen zu verschaffen; denn auch der Christ lebt ein weltliches und kein jenseitiges Leben. Er orientiert sich zwar an einem anderen Fahrplan — er fährt durch, wo andere halten, er hält, wo andere vorbeifahren —, bewegt sich aber auf der gleichen Strecke wie alle anderen Mitmenschen auch. In zunehmendem Maße macht es die Kirche jedoch den Reichen unbequemer, praktizierende Katholiken zu sein. Gewiß, die Sympathie des christlichen Glaubens war schon immer mit den Armen, den Rechtlosen, den Unterdrückten. Das Evangelium lehrt, daß Gott den ärmeren Menschen seine besondere Liebe zuwendet. Die Praxis ließ jedoch vermuten, auch die Kirche sei damit einverstanden, daß eben dies vornehmlich erst im Jenseits bewiesen und erfahren werden könne.

*) s. Wortlaut der Enzyklika „Populorum progressio" unter „Dokumente zum Zeitgeschehen".

Zugegeben: Diese eher respektlose Betrachtungsweise wird dem Niveau und dem Anspruch der Oster-Enzyklika „Populorum progressio" keineswegs gerecht. Auf derartige Gedankengänge wird man auch nicht durch die Enzyklika selbst gebracht, sondern durch das zwiespältige Echo, das dieses päpstliche Weltrundschreiben hervorgerufen hat. Dieses Echo allerdings ist in mehrfacher Hinsicht ebenso aufschlußreich wie Inhalt und Ton der Enzyklika.

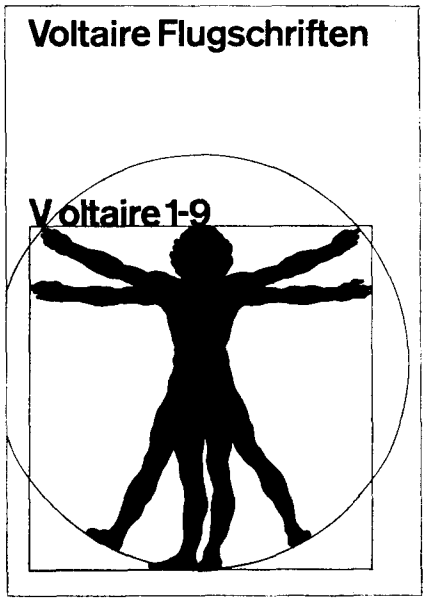
Meiner Meinung nach kann nur einfältige Torheit annehmen, der Papst und seine Berater hätten dieses Echo nicht vorausgesehen. Sie mußten damit rechnen, daß auf den Ruf vom „Skandal schreiender Ungerechtigkeit, nicht nur im Besitz der Güter, sondern mehr noch in deren Gebrauch" [1]) aus den Kontoren das Echo vom „aufgewärmten Marxismus" zurückgebellt wird, wie das New Yorker „Wall Street Journal" in einfaltsreicher Prägnanz formuliert hat. Denn mindestens das läßt die Enzyklika ohne eine Spur des Zweifels erkennen: Über die Beschaffenheit dieser Welt und über die moralischen Qualitäten der in ihr lebenden Christen und Nichtchristen machen sich der Papst und seine Berater keine Illusionen.

Auch jene Katholiken, die das aus früheren Zeiten gewohnte diplomatische Vokabular und den patriarchalischen Stil kirchlicher Verlautbarungen als gutgemeinte, aber verstaubte Biedermeier-Lyrik kritisierten und sich über jeden Klartext eines kirchlichen Würdenträgers freuten, waren einigermaßen erstaunt über die moderne Sprache und die ungewöhnlich schroffen Formulierungen, die Paul VI. an einigen Stellen seines Rundschreibens gewählt hat. Die Vermutung liegt nahe — es ist freilich nicht mehr als das —, der Papst sei es leid, wenn auf seine Reden und Appelle an die Regierungen der Welt aus allen Himmelsrichtungen stapelweise amtlicher Beifall und offizielle Zustimmung nach Rom verschickt werden — wobei genügend Abschriften dafür sorgen, daß jedermann davon erfährt —, eine spürbare Korrektur der Politik, eine Neuorientierung der Ziele und Anstrengungen bei den Absendern jedoch ausbleiben.

Der Papst hat die Reaktion auf seine Sozialenzyklika gewiß nicht provozieren wollen, aber er ließ sich von dem zu erwartenden Groll auch nicht nötigen, eine gefälligere Korrespondenz mit der Welt zu pflegen. Natürlich weiß der Papst, daß er keinen politischen Druck ausüben kann, daß er keinen Präsidenten und keine Regierung zwingen kann, das Wettrüsten einzuschränken, die Entwicklungshilfe zu intensivieren, die profitorientierte Wirtschaftspolitik zu korrigieren. So bleibt ihm nur die gebeizte Sprache, um dem Verdacht zu entgehen, er begnüge sich mit unverbindlichen Ermahnungen. An dem Eingeständnis, seine Appelle hätten wenig oder nichts bewirkt, vermag der Papst nichts zu ändern; aber dem tatsächlichen oder scheinheiligen Vorwurf, er habe nicht deutlich genug seine Absicht kundgetan, kann er durch einen unmißverständlichen Wortlaut entgehen. Auch Päpste lernen — unter anderem — aus Erfahrung.

Ein beschwörender Appell . . .

Auf sein energisches Plädoyer für eine sozialere Ordnung in der Welt hat der Papst sich selbst und die Öffentlichkeit gut vorbereitet. Er erinnert in der Einleitung zu seinem Rundschreiben daran, daß er schon als Kardinal Lateinamerika und Afrika besucht habe und „in unmittelbare Berührung mit den beängstigenden Problemen" gekommen sei; später als Papst habe er bei seinen Reisen nach Palästina und Indien „die ungeheuren Schwierigkeiten" selbst gesehen. Und schließlich habe er sich während des Zweiten Vatikanischen Konzils in seiner



Herausgegeben von

Bernward Vesper-Triangel

[1] Erstausgabe * Mehrfachband

Die Normallieferung kostet im Abonnement –,80 DM

Einzelbestellung 1,– DM

Es erscheinen 12 Titel im Jahr

Voltaire-Verlag
1000 Berlin 15, Bregenzer Straße 4

Die ersten Titel

Peter Weiss Vietnam!
(10 Thesen zum Krieg in Südostasien)

Jean-Paul Sartre Warum ich nicht in die Vereinigten Staaten reise
(Solange der Vietnamkrieg währt, lehnt Sartre es ab, die USA zu besuchen)[1]

Otto Brenner Wir brauchen keine Notstandsgesetze!
(Rede des IG-Metall-Vorsitzenden auf dem DGB-Kongreß 1966 in Berlin
Text des DGB-Beschlusses. Anhang: Karlsruher Rede, Auszug)[1]

Heinrich Böll Die Freiheit der Kunst
(Die aufsehenerregende Rede Bölls zur Eröffnung des Wuppertaler Schauspielhauses)

Bertrand Russell Plädoyer für einen Kriegsverbrecherprozeß
(Reden an das vietnamesische und amerikanische Volk. Telegrammwechsel mit Ministerpräsident Kossygin. Reden zur Begründung des Prozesses gegen Präsident Johnson, Verteidigungsminister McNamara, Außenminister Rusk und andere. Interview mit Jean-Paul Sartre als Vorwort und ein Nachwort von Bernward Vesper-Triangel.)[1]*

Günther Anders Nürnberg und Vietnam
(Gegenüberstellung von Aussagen aus den Nürnberger Prozessen mit Aussagen amerikanischer Militärs über den Vietnam-Krieg)[1]

Heinrich Hannover Schubladentexte
(Wortlaut der ‚geheimen' Notstandsverordnungen der Bundesregierung)[1]*

Leo D. Trotzki Ihre Moral und unsre
Parallel zur französischen Ausgabe erscheint der späte Essay Trotzkis in deutscher Sprache. Mit Kommentar)[1]*

Karl Jaspers Gespräche über Deutschland
(Diese Aufsätze und Interviews des Baseler Philosophen schließen an seinen politischen Bestseller „Wohin treibt die Bundesrepublik?" an)[1]

Martin Niemöller Südafrikanische Rede über die Rassenfrage

Rede vor der UNO in New York „vor diesem weltweiten Forum zum Anwalt der armen Völker gemacht".

Schon damals wurde in dieser Amerikareise eine die päpstliche Integrität gefährdende Sensation gesehen. Aber manche mögen sich „getröstet" haben, daß man von Präsidenten und Oberhäuptern aller Schattierungen in Festansprachen hochtrabende Redensarten gewohnt sei, die man nicht ganz wörtlich zu nehmen brauche. Der Papst jedoch meint es offenbar wörtlich: Wenn er sich vor den Vereinten Nationen zum „Anwalt der armen Völker" gemacht hat, dann heißt das, er hat in dieser Frage Partei ergriffen.

Jeder Anwalt weiß, daß viele seiner Mandanten keineswegs frei von Schuld sind. Es bedurfte nicht erst der naiven Erinnerung durch einige Kommentatoren, daß auch die Regierungen der Entwicklungsländer Fehler gemacht haben. Der Papst ermahnt diese Regierungen in seinem neuen Rundschreiben ausdrücklich, sie sollten „aus dem, was ihnen angeboten wird, auswählen: kritisch beleuchten und ablehnen die Scheinwerte, die die menschlichen Ideale nur absinken ließen . . ." Damit ist wohl gemeint, daß die Entwicklungsländer nicht nur in einem unkontrollierten Nachahmungstrieb auf die gleiche Weise Wohlstand anstreben sollen, wie ihn die reichen Völker erlangt haben; denn gerade die rücksichtslosen Methoden auf diesem Weg in den letzten 150 Jahren werden ja vom Papst als eine Ursache für die gestörte Ordnung und die soziale Ungerechtigkeit in der Welt gebrandmarkt.

Die Leistungen des Kapitalismus und der Industrialisierung für die wirtschaftliche Entwicklung werden in der Enzyklika durchaus anerkannt. Aber „zum Unglück" habe sich damit ein System verbunden, „das den Profit als den eigentlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet, den Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsgütern als ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber. Dieser ungehemmte Liberalismus führte zu jener Diktatur, die Pius XI. mit Recht als die Ursache des ‚internationalen Kapitalismus der Hochfinanz' brandmarkte. Man kann diesen Mißbrauch nicht scharf genug verurteilen." Die Enzyklika wiederholt — ohne Rücksicht auf die heimliche oder höhnische Zurückweisung durch manche Adressaten — was Paul VI. schon in Bombay gefordert hat: Die Ausgaben für militärische Zwecke sollen verringert und die Einsparungen einem Hilfs-Welt-Fonds zugeführt werden. Und realistischer als viele Nationalpolitiker begründet der Papst seinen Vorschlag einer stärkeren Internationalisierung der Entwicklungshilfe. Eine weltweite Zusammenarbeit verringere den Argwohn: „Das Mißtrauen der Empfänger würde abgebaut. Sie brauchten sich weniger vor manchen Äußerungen eines sogenannten Neokolonialismus fürchten, der unter dem Schein finanzieller und technischer Hilfe politischen Druck und wirtschaftliches Übergewicht ausübt, um eine Vormachtstellung zu verteidigen oder zu erobern."

Was von der Gerechtigkeit des individuellen Lohnes gelte, müsse jedoch auch bei internationalen Verträgen beachtet werden: „Eine Verkehrswirtschaft kann nicht mehr allein auf die Gesetze des freien Wettbewerbs gegründet sein, der nur zu oft zu einer Wirtschaftsdiktatur führt. Der freie Austausch von Gütern ist nur dann recht und billig, wenn er den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit unterliegt." Für eine weltweite Hilfe und deren Grundlagen macht der Papst also konkrete Vorschläge, aber er sagt auch, daß die Programme und Planungen Sache der Staaten seien. Er ermahnt sie, die Hilfe zu koordinieren, damit diese

nicht durch die Rivalität der stärkeren Nationen geschmälert oder aufgezehrt werde; die Anstrengungen sollten „nicht verstreut und aus Geltungssucht und Machtstreben einander entgegengesetzt sein." Jedenfalls verlange „das Entwicklungswerk kühne bahnbrechende Umgestaltungen. Drängende Reformen müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Alle müssen sich hochherzig daran beteiligen, vor allem jene, die durch Erziehung, Stellung, Einfluß große Möglichkeiten haben." Und dann fügt der Papst hinzu: „Möchten sie doch, Beispiel gebend, wie es einige unserer Brüder aus dem Episkopat taten, aus ihrem eigenen Vermögen etwas opfern." Darin ist — wenn auch zurückhaltend — ein Appell an die Kirche selbst enthalten. Wenn der Papst „einige" Bischöfe wegen ihrer Opferbereitschaft lobt, dann heißt das mit anderen Worten, viele andere Bischöfe könnten ruhig auch etwas tun.

Der Papst erinnert an den Kirchenvater Ambrosius, der sogar den mildtätigen Reichen entgegengehalten habe: „Es ist nicht dein Gut, mit dem du dich gegen den Armen großzügig erweist. Du gibst ihm nur zurück, was ihm gehört. Denn du hast dir nur herausgenommen, was zur gemeinsamen Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen." Der Papst fährt fort: „Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht ... Mit einem Wort: Das Eigentumsrecht darf ... niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden." Bei einem Konflikt zwischen dem privaten Eigentumsrecht und den Erfordernissen des Gemeinwohls habe der Staat das Recht einzugreifen. Das Gemeinwohl verlange sogar „manchmal eine Enteignung".

Es ist übrigens bemerkenswert, daß — anders als in früheren päpstlichen Enzykliken — diesmal Paul VI. nicht nur auf hochverehrte, aber längst verstorbene Kirchenväter verweist, sondern auch auf Theologen der Gegenwart, darunter auch auf den deutschen Jesuitenpater Professor Oswald von Nell-Breuning. Gerade für ihn, der wegen seiner sozialen Einstellung und fortschrittlichen Auslegung des letzten Konzils heftig attackiert worden ist, mit einer Unverschämtheit, zu der nur reaktionäre Geister befähigt sind, bedeutet dies mehr als eine beiläufige Auszeichnung.

Mit beschwörenden Worten erbittet der Papst eine Solidarität der Völker, und es gibt wohl nur wenige Regime und Staaten, die davon nicht betroffen wären. Unabhängig vom politischen System, vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand und vom religiösen Glaubensbekenntnis herrscht zwischen vielen Nationen, Volksgruppen und Rassen nicht die Solidarität, sondern der Haß. Er verunstaltet auch die Beziehungen zwischen Völkern, die in gleicher oder ähnlicher Weise wohlhabend oder unterentwickelt sind. Daß niemand mehr Not leidet, daß alle einigermaßen satt werden, das ist eine Voraussetzung, aber keine Garantie für den Frieden, zu dem der Papst die Völker ermahnen, bekehren und ermutigen will: „Es handelt sich nicht nur darum, den Hunger zu besiegen, die Armut einzudämmen. Der Kampf gegen das Elend, so dringend und notwendig er ist, ist zu wenig. Es geht darum, eine Welt zu bauen, wo jeder Mensch ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Abstammung ein volles menschliches Leben führen kann, frei von Versklavung von seiten der Menschen oder einer Natur, die noch nicht recht gemeistert ist; eine Welt, wo die Freiheit nicht ein leeres Wort ist ..."

Paul VI. weiß freilich, daß bei den gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen der Welt nur eine geringe Nachfrage nach einer internationalen Solidarität zu verzeichnen ist. Er wagt seinen Appell trotzdem: „Manche mögen solche Hoffnungen für utopisch halten. Es könnte aber sein, daß sich ihr Realismus als irrig

erweist, daß sie die Dynamik einer Welt nicht erkannt haben, die brüderlicher leben will . . ."

Der Schlußappell der Enzyklika nennt noch einmal alle Adressaten beim Namen, als wolle der Papst jedem das Versteck, er sei nicht gemeint oder weniger als andere, zumauern. Er bittet die Katholiken, vor allem die in den wohlhabenden Ländern, die Reformen „mit dem Geist des Evangeliums zu beleben"; er bittet alle Christen und Gläubige, mitzuhelfen, „um allen den Weg zu einem menschlicheren Leben zu öffnen"; er bittet alle Menschen guten Willens, „Delegierte an den internationalen Organisationen, Staatsmänner, Publizisten, Erzieher . . . Wir bitten den allmächtigen Gott, . . . euren Mut zu stärken, um die öffentliche Meinung zu alarmieren", damit der „Tragödie des Elends" ein Ende gemacht wird, „das die Menschen nur zu leicht vergessen, um ihr Gewissen zu beruhigen." Er bittet die Staatsmänner, die „Völker zu einer wirksameren weltweiten Solidarität zu mobilisieren". Mit dem Hinweis, Entwicklung sei der neue Name für Friede, schließt der Papst sein Rundschreiben: „Wir laden alle ein, auf unseren Ruf der Sorge zu antworten, im Namen des Herrn."

. . . und ein ziemlich erbärmliches Echo

Inzwischen haben einige auf diesen „Ruf der Sorge" geantwortet. In wessen Namen, das ist nicht immer deutlich auszumachen, — jedenfalls selten „im Namen des Herrn". Insgesamt kann das Echo auf die Enzyklika, von dem Zeitungsmeldungen und Nachrichtenagenturen berichtet haben, etwa so skizziert werden: Liberale und kapitalistische Politiker werfen dem Papst vor, den Liberalismus zwar gründlich, den Kommunismus aber gar nicht verurteilt zu haben; der Papst übersehe die große Bedeutung der freien Wirtschaft, des Profits, des Wettbewerbs und des Privateigentums für den Fortschritt. Kommunistische Politiker stimmen dem Papst fast begeistert zu, wobei die unverkennbare und verständliche Propaganda den wirklichen Grad der Zustimmung um einige Raster reduziert. Sozialistische Politiker ärgern sich, weil die Kommunisten sich freuen; aber sie freuen sich, weil die Kapitalisten sich auch ärgern. Dementsprechend viel- oder nichtssagend sind die Reaktionen.

Diese Einteilung ist freilich zu oberflächlich. Andererseits wäre es anmaßend, den Eindruck zu erwecken, als könnten die Motive des Beifalls und der Kritik röntgenologisch exakt analysiert werden. Etwas anderes als eine subjektive Deutung läßt sich kaum verantworten.

Es ist nicht verwunderlich, daß amerikanische Börsenkreise den Papst beschuldigen, marxistische Gedankengänge verbreitet zu haben; es ist ebensowenig verwunderlich, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, und der Generaldirektor der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), Biany Ragan Sen, ihr Einverständnis mit der Enzyklika zum Ausdruck bringen. U Thant erhielt übrigens eines der Exemplare, die der Papst selbst unterschrieben hat. Das ist gewiß nur eine Geste, aber bei einem Papst bedeuten auch Gesten eine Aussage: Beide verfügen über eine große moralische Autorität und sind Inhaber der ranghöchsten politischen Ohnmacht dieser Welt.

Wer immer die Nöte und das Sozialgefälle in dieser Welt etwas genauer kennt, der sieht im Papst einen Verbündeten. Der SPD-Minister Hans-Jürgen Wischnewski, schon vor seiner Berufung zum Chef des Entwicklungshilfe-Ministeriums Fachmann auf diesem Gebiet in seiner Fraktion, sagte sogar, die Enzyklika sei

ihm „aus dem Herzen geschrieben"; denn wer immer sich um die Entwicklungshilfe sorge, der müsse „dem Papst für diesen Appell dankbar sein — doppelt dankbar, weil sein Anruf im richtigen Augenblick kam" (Die Zeit v. 17. 4. 1967). Mit dem „richtigen Augenblick" wird wohl angedeutet, daß international und sozial orientierte Politiker sich seit geraumer Zeit gegen widerwillige Reaktionen beim Stichwort „Entwicklungshilfe" wehren müssen und also für jeden Rückenwind dankbar sind.

Weniger beachtenswert ist das „protokollarische" Lob für die Enzyklika, das Bundesregierung, SPD-Vorstand und Gewerkschaften ausgesprochen haben, wobei alle auf die eigenen Leistungen in Fragen der Entwicklungshilfe oder der Solidarität hinweisen, als wollten sie zum Ausdruck bringen, eigentlich stünde ihnen eine gute päpstliche Zensur zu. Allzu qualifiziert ist die Zustimmung jedenfalls nicht. Das ist verständlich, denn damit wäre die Gefahr verbunden, entweder die eigene Unzulänglichkeit eingestehen zu müssen oder jedweden Koalitionspartner „von rechts" zu verärgern. Denn wer nicht nur unverbindlich dem moralischen Geist der Enzyklika, sondern auch ihren konkreten sozialen Aussagen zustimmt, der wird gewohnheitsgemäß verdächtigt, Komplice des Kommunismus zu sein. Auch die SPD-Zeitung „Vorwärts" (6. 4. 67) weiß das. Sie rückt die Hürde an eine Stelle, wo sie leichter zu überspringen ist, und nennt die Enzyklika kurzerhand „das ‚Kommunistische Manifest' der katholischen Kirche" und schreibt weiter: „Die Kirche hätte die Arbeiterschaft nie verloren, wäre sie ein Jahrhundert früher mit solchen Tönen hervorgetreten. Und die Argumente des Kommunismus gegen die Religion wären nichts als Polemik gewesen." Die Zeitung hätte allerdings hinzufügen müssen, daß dies nicht nur von den Argumenten des Kommunismus, sondern auch des Sozialismus gilt.

Eine noch glattere Deutung fand Dr. Rainer Barzel, Chef der CDU-Bundestagsfraktion. Er meinte in Rom, die Enzyklika verkünde keine neue Lehre, sondern sei ein Aufruf, durch konkretes Handeln dem Frieden in der Welt näherzukommen. Dann wies er die „kapitalistische" Kritik an der Enzyklika zurück: Was vom Privateigentum darin gesagt sei, entspreche durchaus der bisherigen Lehre der Kirche und des Konzils; der Kommunismus brauche nicht erneut verurteilt zu werden, weil die Haltung der Kirche zum Kommunismus klar sei und auch die Enzyklika den Christen verbiete, ein System anzunehmen, „dem eine atheistische Philosophie zugrunde liegt"; auch einen dritten Vorwurf, die Enzyklika verurteile den Liberalismus zu scharf und einseitig, will Barzel nicht gelten lassen; gemeint seien nur verwerfliche Auswüchse des Liberalismus. Man muß schon Barzels taktische Kunstfertigkeit und eine gehörige Portion Anmaßung besitzen, um diese Enzyklika in einer Weise zu interpretieren, bei der man allen Beteiligten, dem Absender und allen Adressaten — Kommunisten ausgenommen — recht gibt. Im übrigen weiß man, daß in der CDU/CSU, wie zu erwarten war, der „linke Flügel" die Enzyklika offen begrüßt, der „rechte Flügel" — allerdings weniger offen — darüber einigermaßen bekümmert ist.

In kommunistischen Kommentaren wird der Papst gelobt und die Kirche getadelt. Nicht nur jugoslawische und polnische Pressestimmen begrüßen die Enzyklika, vor allem wegen ihres Aufrufs zur internationalen Solidarität. Auch die Redaktion der Zeitschrift „Sowjetunion heute" druckt in ihren Kurzinformationen der Presseagentur „Nowosti" (APN) einen umfangreichen Kommentar von Wadim Ardatowski ab, in dem die päpstliche Enzyklika gerühmt wird, sie bedeute „einen großen Fortschritt in der Sozialdoktrin der katholischen Kirche". Man könne davon überzeugt sein, daß der Appell für den Frieden und die Aufforde-

rung zur Abrüstung „nicht nur von den gläubigen Katholiken, sondern von der ganzen Menschheit" begrüßt werde. Aber man müsse auch damit rechnen, daß die Enzyklika „von einem gewissen Teil des höheren katholischen Klerus nicht mit Enthusiasmus aufgenommen" werde. Auf einen Punkt geht der sowjetische Kommentar freilich nicht ein: daß auch die Sowjetunion, die ja zu den industrialisierten und entwickelten Ländern zählt, als Adressat der päpstlichen Enzyklika gemeint ist. Denn auch die östliche Weltmacht kann durch Einschränkung des Wettrüstens, durch uneigennützige Entwicklungshilfe, durch Bereitschaft, Streit zwischen den Völkern auf dem Verhandlungswege zu schlichten, für den Frieden der ganzen Welt und den Wohlstand in den ärmeren Teilen einen erheblichen Beitrag leisten.

Es ist keine neue Erfahrung, daß seit geraumer Zeit Rom und Moskau bessere Beziehungen untereinander anstreben, und zum großen Entsetzen vieler Traditionalisten hat der öffentliche und geheime diplomatische Reiseverkehr zwischen dem Vatikan und kommunistischen Ländern eine beträchtliche Zuwachsrate zu verzeichnen. Auch der zu erwartende „Beifall von links" und damit — nach dem Verständnis der „Altkatholiken" — von der falschen Seite hat den Papst nicht gehindert, das zu sagen, was er für nötig hielt.

Aber gerade der „Beifall von links" ruft den Widerstand der Konservativen hervor und weckt das Mißtrauen, die neueren Päpste seien vielleicht doch nicht mehr so richtig katholisch. Die linksorientierte „Deutsche Volkszeitung" (14. 4. 67), die das „Bündnis mit dem Fortschritt" in dieser Enzyklika begrüßt, sieht die Absicht des Papstes vor allem durch innerkirchliche Widerstände gefährdet. „Darüber sich zu täuschen, wäre töricht . . . Dieser Fortschritt ist umkämpft; er ist gefährdet, und Paul VI. wäre unter Umständen nicht der erste Papst, der von innerkirchlichem Widerspruch an der Durchsetzung seines Reformwerks gehindert würde."

Manche Kritiker stört offenbar vor allem die Tatsache, daß französischer Geist das Rundschreiben inspiriert hat. Die Junioren im Bunde katholischer Unternehmer haben kürzlich ihren Unmut über das Rundschreiben geäußert. Und der wissenschaftliche Berater dieser Vereinigung, Privatdozent Philipp Herder-Dorneich, fragte — einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge (25. 4. 67) — seine Zuhörer: „Was geht uns französische Theologie und Sozialphilosophie im Gewand einer Enzyklika an?"

In einer interkonfessionellen Übereinstimmung, wie sie das Konzil wohl nicht gemeint hat, vermutet die evangelische Zeitung, die ausgerechnet den Titel „Christ und Welt" trägt (7. 4. 67), die „einseitige Enzyklika" habe „politische Hintergründe"; es handele sich um „ein Meisterwerk der gezielten Propaganda"; die Enzyklika beziehe „ihre polemische Stoßkraft . . . aus dem Arsenal des französischen Linkskatholizismus". Die Motive der Kirche sieht diese Zeitung in „Missionsinteressen" und im Bestreben, „in den osteuropäischen Ländern Abmachungen zu erreichen, die dem Katholizismus eine Überlebenschance sichern". Die Zeitschrift meint, wahrscheinlich wären der Enzyklika weniger Fehler unterlaufen, „wenn Pater Gundlach, die bedeutendste katholische Autorität auf dem Gebiet der Sozialpolitik, noch leben würde."

Richtig ist, daß die konservativen Vorstellungen von Pater Gundlach nicht mehr in das Konzept des modernen Sozialkatholizismus passen; die „bedeutendste katholische Autorität auf dem Gebiet der Sozialpolitik" war er für viele Katho-

liken schon lange nicht mehr, für andere war er es noch nie. Als päpstlicher Sozialberater wurde er übrigens nicht durch den Tod abberufen. Seine Zeit ging vielmehr mit dem Pontifikat Pius XII. zu Ende. Den Nachfolger auf dem päpstlichen Thron, Johannes XXIII., konnte Gundlach nicht mehr beraten.

Rüdiger Altmann vermißt in der Enzyklika — wie er im „Internationalen Frühschoppen" kundtat — wirtschaftliches Denken und eine moderne ökonomische Auffassung. Nun bleibt bei unterschiedlichen „modernen Auffassungen" immer zu fragen, wer dabei an gestern, wer an heute und wer an übermorgen denkt. Aber in einem Punkt hat Rüdiger Altmann gewiß recht: die Kirche wird selbst sehr viel mehr praktisch leisten und opfern müssen, um bei ihren moralpolitischen Forderungen glaubwürdiger zu sein. Der materielle Wohlstand der Kirche in manchen Industrieländern wirkt auf viele Menschen wie eine Provokation, um so mehr, wenn der Papst ein ganz anderes Leitbild aufstellt, wie er es in der jetzigen Enzyklika getan hat. Mit dem Reichtum eng verbunden sind in der hierarchischen Ordnung der katholischen Kirche viele Formen und Inhalte, die nach wie vor eher zu einem autoritär-feudalen als zu einem demokratisch-sozialen System passen.

Daran müssen beispielsweise auch die geistlichen und weltlichen Obrigkeiten auf dem „katholischen Kontinent" Lateinamerika denken, wo die soziale Temperatur sich einem Hitzegrad nähert, an dem der Gegensatz von Reichtum und Armut zur Explosion führt. Auf der großen Gipfelkonferenz in Punta del Este (Uruguay), wo im April Johnson und die lateinamerikanischen Regierungschefs ein großes Entwicklungswerk fortsetzen wollten, haben sich alle der Reihe nach auf das jüngste päpstliche Rundschreiben berufen. Aber alle Berichte lassen darauf schließen, daß von „Fortschritt" geredet wurde, aber die Aussichten für die einzig notwendige Vorbedingung, nämlich wirksame soziale Reformen, kaum besser geworden sind. Ihnen steht nicht nur ein feudaler Militarismus, sondern auch ein reaktionärer Katholizismus im Wege. Die Kirche will nicht noch einmal zu spät, zu wenig und zu undeutlich im sozialen Streit das Wort ergreifen. Sie hat dadurch in den Industrienationen viele Arbeiter verloren und kirchenfeindliche Theorien gefördert. Heute will die Kirche freilich nicht nur die Wiederholung einer innerkatholischen Tragödie vermeiden, sondern rechtzeitig der Gefahr einer durch sozialen Sprengstoff verursachten Katastrophe entgegenwirken. Wenn die Kirche sich seit dem Konzil als dienender Partner der ganzen Welt versteht, dann muß sie diese Bedrohung beim Namen nennen, ganz gleich, ob das in allen Teilen der Welt Beifall findet oder nicht.

Das wird freilich auch ein Mann wie der Mainzer Professor Helmut Schoeck niemals gutheißen. Er hat kürzlich ein dickes Buch über den Neid geschrieben, aus dem er eine neue Gesellschaftstheorie ableiten will. Schon in dieser Veröffentlichung hat er die Entwicklungshilfe heftig kritisiert. Jetzt schreibt er im „Industriekurier" (1.4.67), die Enzyklika enthalte „nur längst bekannte Phrasen". Nach seiner Meinung ist das kein Wunder, denn: „Die bisherigen Kommentare zur Enzyklika in der Weltpresse haben bereits angedeutet, daß eine sehr einseitig orientierte Gruppe von Theologen und Sozialwissenschaftlern, meistens Franzosen, wesentliche Teile des Dokuments verfaßt haben. Sie ermuntern die Politiker der Entwicklungsländer, sich gegen all das zu sträuben, was man ihnen in den letzten Jahren an Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge mühsam hatte abringen können." Und damit auch jeder diesen Vorwurf begreift (oder war es nur ein Fehler in der Setzerei?), druckt der „Industriekurier" diesen Absatz gleich zweimal ab.

Wessen Horizont nicht weiter reicht, als die wissenschaftlichen, militärischen und politischen Ost-West-Rivalitäten erkennen lassen, der vermag den globalen Weitwinkel nicht zu begreifen, unter dem in der Enzyklika die soziale Geographie der Welt betrachtet wird. Für Paul VI. sind „Hunger" und „Ungerechtigkeit" beängstigende Weltmächte, die morgen oder übermorgen Frieden und Fortschritt der Menschheit mehr gefährden können als jene unheilvollen Wirkungen, die Ost und West sich heute gegenseitig nachsagen. Dem Papst geht es um eine soziale Allianz und nicht um eine antikommunistische.

Das soziale Engagement der Kirche hat schon immer allergische Reaktionen ausgelöst. Lange bevor 1891 Leo XIII. die erste Sozialenzyklika „Rerum novarum" verkündete, auf die sich Paul VI. ausdrücklich bezieht, haben kirchliche Würdenträger und weltliche Machthaber, aber auch andere Anwälte der durch die damaligen Formen der Industrialisierung ramponierten Gesellschaftsordnung den Sozialkatholizismus marxistischer Umtriebe verdächtigt. Auch der westfälische Pfarrer und spätere Mainzer Bischof Freiherr von Ketteler, der 1848 als Abgeordneter im Paulskirchen-Parlament saß und auf dem Frankfurter Hauptfriedhof die Trauerrede für zwei von den Proletariern der damaligen Zeit erschlagene reaktionäre Adelige hielt und einige Monate später durch seine sozialen Adventspredigten die Angehörigen der besseren Stände aufschrecken wollte, wurde als „roter Bischof" diffamiert.

Die damaligen Einzelgänger, die späteren Repräsentanten des sozialen Katholizismus, bis zu den heutigen Gesellschaftsreformern unter den Päpsten, Kardinälen, Bischöfen, Ordenspriestern und katholischen Laien — sie alle mußten und müssen mit dem Vorwurf rechnen, sie mischten sich in Dinge ein, die sie nichts angehen. Kein Wunder: Wer immer dem Irrglauben huldigt, die Ordnung der Welt sei in den besten, weil eigenen Händen, mag keine aufsässigen Zeitgenossen, die eine andere Ordnung für gerechter und möglich halten. Da macht es keinen großen Unterschied, ob sie sich auf den heiligen Ambrosius oder auf Karl Marx berufen.

Noch einmal konvertieren?

Je „katholischer" die Katholiken sind, um so mehr müßte ihnen der beschwörende Appell des Papstes bis zur Peinlichkeit auf die Nerven fallen. Hätte der Papst seine Energie und Aktivität nicht auch auf ein anderes Thema lenken können? Bei einem Aufruf zu einer kostspieligen Wallfahrt, bei einer Bitte um ein herzhaftes Missionsopfer hätte er mit aufmerksamer und liebenswürdiger Sympathie rechnen können. Aber dieses eindringliche, ja aufdringliche Signal zu einer geistigen Revolution? Um eine solche handelt es sich. Manche werden die Enzyklika aus lauter Verlegenheit beklatschen, so laut, daß man die Antwort, die sie darauf zu geben haben, gar nicht mehr hören kann. Warum eigentlich, so muß man fragen, macht keine nationale Bischofskonferenz — etwa die deutsche — diese Enzyklika zum Thema des Jahres, um in Predigten, Laienveranstaltungen, Hirtenbriefen oder im „Wort zum Sonntag" die Bitte des Papstes um Mitarbeit zu erfüllen? Das wäre ein kleiner Beitrag, gewiß; aber immer noch mehr als Schweigen. Doch wer sich betroffen und beschämt fühlt, dem fehlen ja oft für einige Zeit die passenden Worte.

An die neuen Maßstäbe, die der Papst setzt, werden wir uns alle gewöhnen müssen. Die Katholiken sind darauf angewiesen, sich untereinander in besonderer Weise zu diesem Prozeß des Umlernens zu ermutigen. Dabei ist es keines-

wegs ausgeschlossen, daß manche Katholiken, die sich in herkömmlicher Gewohnheit in ihrer Kirche häuslich eingerichtet haben, den Eindruck gewinnen, sie müßten noch einmal konvertieren: von einem provinziellen zu einem weltoffenen, von einem zufälligen zu einem engagierten, von einem bürgerlichen zu einem sozialen, von einem bequemen zu einem anspruchsvollen Katholizismus. Wer sich zur Verwandtschaft des Herrn zählen will — und das können die Christen als Kinder Gottes kaum in Abrede stellen —, der muß auch wissen, daß Christus seiner Kirche in dieser Welt einen Auftrag und keine Pfründe hinterlassen hat.

Friedhelm Baukloh

Die Krise der öffentlichen Büchereien

I

Eine Politik, die dem Staatsbürger Frieden und soziale Gerechtigkeit sichern will, muß heute mehr denn je auch Bildungspolitik sein. Von dieser Überzeugung ging der amerikanische Präsident John F. Kennedy aus, als er am 29. Oktober 1960 vor dem Kongreß erklärte: „Wenn wir unsere Bestimmung erfüllen wollen, dann brauchen wir mehr Ideen für weisere Leute, die mehr Bücher in zahlreichen Bibliotheken lesen. Wir sollten alle Tatsachen kennen, alle Alternativen hören und jeder Kritik das Ohr öffnen. Wir wollen kontroverse Bücher und kontroverse Autoren willkommen heißen." [1])

Für Kennedy war die öffentliche Bücherei eine wesentliche Institution der Republik. Er und seine Berater wußten darum, welche Bedeutung dem Zugang aller Bürger zu den Büchern für politische, soziale, wirtschaftliche und natürlich nicht zuletzt literarische und wissenschaftliche Bildung beizumessen ist: Im Kampf gegen die vergiftenden Vorurteile, in der Versachlichung der Auseinandersetzungen, in der von Kennedy mit Recht besonders unterstrichenen Möglichkeit, daß der Bürger alle demokratischen Stimmen von Gewicht auf ihre Argumente prüfen kann. Kennedy brachte dazu eine Reihe von geistigen Voraussetzungen der Kommunikation mit. Nicht die geringste unter ihnen war die Wertschätzung der öffentlichen Bücherei, die in einer zentralen politischen Regierungserklärung zum Ausdruck zu bringen, bis dahin östlichen Staatsführern vorbehalten blieb.

Daß die Nachfolger Kennedys sich dessen moderne Vorstellungen vom Buch und von der Bücherei bisher nicht zu eigen machten, ist in unserem Zusammenhang zu beklagen, aber nicht zu erörtern. Immerhin hat der SPD-Vorsitzende Willy

1) Zitiert nach Die Zeit, Hamburg, 14. 4. 1967.

Brandt 1964, als die SPD „Bildungspolitische Leitsätze" [2]) entwickelte, Kennedys Hinweis auf die Wichtigkeit eines mit Vorrang ausgebauten öffentlichen Büchereiwesens ernsthaft aufgegriffen und Büchereidirektoren herangezogen, um an hervorragender Stelle der „Leitsätze" eingehend die Erfordernisse des deutschen Büchereibedarfs herauszustellen. Auch beim Dortmunder SPD-Parteitag 1966, als Willy Brandt sich auf vielen Gebieten zu einer profilierteren Alternative gegenüber dem restaurativen und demokratischer Bildung passiv gegenüberstehenden Kurs der CDU/CSU bekannte, wurde im kulturpolitischen Arbeitskreis die Bedeutung einer nachhaltigeren Förderung der Büchereiarbeit unterstrichen. Den Proklamationen sind keine positiven Taten gefolgt. Im Gegenteil. Nur mit Bestürzung kann man die Aufstellung des Deutschen Büchereiverbandes über die Kürzung der Mittel für öffentliche Büchereien im Haushaltsjahr 1967 [3]) zur Kenntnis nehmen. Nach ihrem Eintritt in die Große Koalition hat die SPD in vielen von ihr regierten Städten nicht weniger resolut zum Rotstift beim Büchereietat gegriffen als all die Jahre schon die CDU/CSU. Sie hat darin sogar mancherorts traurige Rekorde erzielt. So hat sich auch unter Bibliothekaren die Ansicht gefestigt, daß die SPD derzeit die beste CDU sei.

Darum sei hier an die — nach wie vor nicht offiziell widerrufenen — „Bildungspolitischen Leitsätze" der SPD von 1964 erinnert, zu deren aktueller Verbindlichkeit der SPD-Vorstand den Wählern und der gesamten Öffentlichkeit wohl eine Auskunft schuldig ist. Es heißt in den „Leitsätzen" [4]):

„Bibliotheken sind für jede Bildungsarbeit ebenso unentbehrlich wie für die wissenschaftliche Forschung und Ausbildung. Sie sind planmäßig auszubauen und

---

[2]) Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 1964.

[3]) **Kürzungen der Buchetats öffentlicher Büchereien (nur Groß- und Mittelstädte) im Haushaltsjahr 1967**

Stadt	Einwohner	Buchetat 1966	Buchetat 1967	Differenz
Köln	862 143	450 000	395 000	— 55 000
Dortmund	655 244	250 000	100 000	—150 000
Hannover	546 787	838 000	822 000	— 16 000
Nürnberg	474 354	220 000	115 000	—105 000
Gelsenkirchen	371 143	150 000	115 000	— 35 000
Bochum	363 697	200 000	120 000	— 80 000
Mannheim	331 520	220 000	209 600	— 10 400
Kiel	269 893	220 000	138 000	— 82 000
Oberhausen	256 752	42 500	40 000	— 2 500
Lübeck	242 677	260 000	195 000	— 65 000
Braunschweig	234 657	135 000	124 000	— 11 000
Kassel	213 264	110 000	90 000	— 20 000
Hagen	203 523	65 000	54 800	— 10 200
Bielefeld	172 913	190 000	175 500	— 14 500
Mönchengladbach	155 181	130 000	124 400	— 5 600
Darmstadt	140 803	75 000	72 000	— 3 000
Saarbrücken	134 381	75 000	49 600	— 25 400
Neuß	113 290	80 000	68 000	— 12 000
Göttingen	112 200	89 400	77 900	— 11 500
Herne	107 827	55 000	50 000	— 5 000
Wanne-Eickel	107 407	84 000	35 000	— 49 000
Wilhelmshaven	101 456	54 000	52 500	— 1 500
Rheydt	99 525	43 800	37 000	— 6 800
Wattenscheid	81 836	30 000	21 000	— 9 000
Marl	77 651	60 000	52 200	— 7 800
Lünen	72 672	20 000	13 000	— 7 000
Walsum	49 613	18 500	15 500	— 3 000
Rheinkamp	42 022	44 500	40 200	— 4 300
Dorsten	39 618	12 000	1 500	— 10 500
Kamp-Lintfort	37 969	21 000	9 000	— 12 000
Siegburg	35 690	28 000	11 000	— 17 000
Datteln	34 470	10 000	8 500	— 1 500
Schwerte	24 929	7 000	5 000	— 2 000
Oer-Erkenschwick	24 515	12 000	10 000	— 2 000
Altena	23 497	10 000	5 400	— 4 600

(Angaben nach der Schnellstatistik des Deutschen Büchereiverbandes 1966/67. Ergänzende Bemerkung: Bei mehreren Büchereien erfolgte während des Geschäftsjahres 1966 eine Kürzung von 10 bis 30 Prozent, außerdem wurden die für 1967 vorgesehenen Mittel bis zu 20 Prozent blockiert oder gekürzt.)

[4]) Vgl. Anm. 2.

mit modernen technischen Hilfsmitteln auszustatten. Die Entwicklung eines leistungsfähigen Büchereisystems erfordert langfristige Planung von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Buchbestände müssen ein ausreichendes, aktuelles und fachgerecht erschlossenes Angebot vermitteln. Pro Kopf der Einwohner müssen in Großstädten mindestens ein Buch, in kleineren Gemeinden mindestens zwei Bücher vorhanden sein. Die öffentlichen Büchereien benötigen qualifizierte Bibliothekare sowie Bücherei- und Verwaltungsangestellte. Für 10 000 Einwohner ist mindestens ein Bibliothekar einzustellen. Der Beschaffungsetat der Bibliotheken ist wesentlich zu erhöhen."

Das sind nur die wichtigsten von zahlreichen detaillierten Vorschlägen zur zeitgerechten demokratischen Entwicklung des öffentlichen Büchereiwesens. Fachkritiker der SPD-„Leitsätze" vermißten seinerzeit allerdings die Forderung nach einem Büchereigesetz, das die Zusammenarbeit sämtlicher öffentlicher Büchereien der Bundesrepublik regelt, wie das in Skandinavien, in England, in den meisten Volksdemokratien und in der DDR der Fall ist. Taktische föderalistische Bedenken standen, wenn wir recht unterrichtet sind, diesem Vorschlag entgegen, der in den vorausgegangenen Erörterungen zur Sprache gekommen sein dürfte. Immerhin weisen einige Passagen der „Leitsätze" auf die Wünschbarkeit einer solchen Regelung hin, vor allem der Passus: „Ein leistungsfähiges Bibliothekssystem setzt voraus, daß alle Büchereien von der Universitätsbibliothek bis zur Gemeindebücherei unter Berücksichtigung ihrer verschiedenen Aufgaben, Organisationsformen und Unterhaltsträger zusammenarbeiten".[5]) Auch ist eine „langfristige Planung von Bund, Ländern und Gemeinden" zur „Entwicklung eines leistungsfähigen Büchereisystems" [6]) gefordert worden, was unter Umständen auch ohne ein bundeseinheitliches Büchereigesetz möglich wäre, wenn es zu bindenden Abmachungen zwischen Bund und Ländern käme.

Doch ist die Situation, wie sie sich real darstellt, inzwischen überhaupt nicht mehr in Deckung zu bringen mit den Forderungen der bildungspolitischen „Leitsätze" der SPD. Der Vorsitzende des Vereins deutscher Volksbibliothekare, Dr. Jürgen Eyssen, hatte vielmehr Anlaß zu der Feststellung: „Entgegen den programmatischen Forderungen der Sozialdemokraten ist es bislang in keinem einzigen Landesparlament (auch nicht in den von der SPD beherrschten) zu einer Gesetzesvorlage für die planmäßige Entwicklung des Büchereiwesens gekommen. Im Gegenteil, die rigorosesten Kürzungen des Buchetats erfolgten in Großstädten, in denen die Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit regieren." [7])

II

Die SPD hat das Verdienst für sich, 1964 auf die Notwendigkeiten im Büchereiwesen als einzige Partei mit einer durchdachten programmatischen Alternativkonzeption hingewiesen und konkrete Forderungen erhoben zu haben. Initiator war neben Willy Brandt aus dem SPD-Vorstand vor allem Waldemar von Knoeringen. Die CDU/CSU hat sich der Büchereifrage nur sporadisch, meist lokal und unter dem Leitgedanken der Förderung konfessioneller Büchereien angenommen. So hat etwa die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU mehrfach in offiziellen Verlautbarungen [8]), die im Namen der Gesamtpartei abgegeben wurden,

5) A.a.O.
6) A.a.O.
7) Jürgen Eyssen: Stiefkinder des Staates, in Die Zeit, Hamburg, 14. 4. 1967.
8) Vgl. Kommunalpolitische Blätter, Recklinghausen, Jahrgänge 1958—1962.

über eine angebliche Benachteiligung konfessioneller Büchereien in sozialdemokratisch verwalteten Städten geklagt und daraus antisozialdemokratische Parolen für ihre Wähler herzuleiten versucht. Diesem künstlich geschürten Zwist haben in der „Tutzinger Erklärung" [9]) von 1964 die Vertreter der konfessionellen Büchereien selbst eine Absage erteilt, woraufhin CDU und CSU sich fortan völlig uninteressiert an der Frage zeigten. Die „Tutzinger Erklärung" — in Fachkreisen gern „Toleranzedikt" genannt — ist in der Tat ein Beweis dafür, daß im deutschen Büchereiwesen Sachverstand eine ressentimentfreie Einigung erzielen kann, wie man sie sich etwa auf dem Gebiet der Schulpolitik wünschen möchte. In dieser Erklärung wurde die Vorrangstellung der öffentlichen Büchereien von den konfessionellen Büchereiverbänden ausdrücklich anerkannt und damit eine Rangfolge festgelegt, gemäß dem Radius der öffentlichen Wirksamkeit. Die Verbände des öffentlichen Büchereiwesens sprachen gleichzeitig den konfessionellen Büchereien ihre Existenzberechtigung grundsätzlich zu, in dem Geist, aus dem Jürgen Eyssen folgert: „Es ist jede Inititative zu begrüßen, die zur Gründung von Büchereien führt." [10]) (Ausgenommen natürlich, davon geht Eyssen aus, die Initiative neofaschistischer Kreise zu „Kameradschaftsbüchereien" zur Verherrlichung von Krieg und Gewaltpolitik. Oder bibliothekarische Initiativen zur Diskriminierung anderer Völker, Rassen und Weltanschauungen.)

Die „Tutzinger Erklärung" stellt wörtlich fest: „Die pluralistische Gesellschaft bedarf der Büchereien der öffentlichen Hand. Sie stellen Bildungsmittel für alle bereit und sind als Stätten der geistigen Begegnung und Auseinandersetzung Einrichtungen der Gesellschaft insgesamt, für die sich demzufolge die Gemeinden unmittelbar verantwortlich wissen." Den Büchereien der „weltanschaulich gebundenen Gruppen" wird bestätigt, daß sie „eine wichtige Hilfe für die Erziehungsarbeit" darstellen können, wenn sie „kritische Anteilnahme am allgemeinen geistigen, kulturellen und politischen Leben bekunden". So erklären „in gegenseitiger Würdigung ihrer spezifischen Aufgaben" die Bibliothekare der kommunalen und kirchlichen Büchereien, daß sie „einander das Recht auf eigenständige Büchereiarbeit nicht bestreiten".[11])

Das Ergebnis dieser Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing hat damit gezeigt, daß mit Verantwortungsbewußtsein und Einsicht die Bibliothekare selbst die Kulturkampfrelikte abzuräumen in der Lage waren, auf welche die CDU/CSU sich stützte, indem sie damit lange Zeit ihre negative Einstellung zum öffentlichen Büchereiwesen ideologisch zu bemänteln suchte.

In den Grundpositionen von CDU und SPD zur Büchereifrage standen sich zwei Prinzipien kulturpolitischen Denkens gegenüber. Die CDU sieht Kultur als eine Repräsentationsform der Herrschaftsverhältnisse und hat deshalb den Instituten, die nach überkommenen Vorstellungen als Prestige-Kultur-Institutionen gelten, besondere Aufmerksamkeit und Förderung gewidmet. Daß die Bundesrepublik bei ihrem Bildungsrückstand die meisten Gelder für kulturelle Zwecke der Oper zufließen läßt und sich dabei in Europa zum Schrittmacher einer astronomischen Gagenentwicklung für internationale Spitzensänger machte (wobei fünfstellige Honorare pro Auftritt keine Seltenheit sind), entspricht am deutlichsten dem kulinarisch-repräsentativen Zug dieser Kultureinstellung. Es wurde das Staatstheater als Hofoper neu kreiert, wo sich die „große Welt" an den Galaabenden trifft und die dargebotene Kunst — klassische Opern — keinen „störenden"

---

[9]) Zitiert nach Bücherei und Bildung, September 1964.
[10]) Vgl. Anm. 7.
[11]) Vgl. Anm. 9.

aktuellen Bezug zur Gegenwartsproblematik enthält. Herrschaft präsentiert sich als Selbstzweck. Alle großen Theater sind als Opernhäuser erbaut worden. Die Schauspielhäuser wurden bestenfalls in kleinerem Maßstab daneben errichtet, denn das Schauspiel führt zu kritischen Auseinandersetzungen mit jener Herrschaftsform, die sich im Glanz der Gala-Opernabende spiegelt. Die SPD hat freilich diese angesichts der Bildungskatastrophe unverantwortliche Restauration der „fürstlichen" Opernkultur in den Großstädten weitgehend mitgetragen und mitgutgeheißen, aus Lust am Mitdabeisein. Daß sie von den Kulturexperten in ihren Reihen immer wieder darauf hingewiesen wurde — wie Jürgen Eyssen das nennt —, die „Prioritäten subventionsbedürftiger Kultureinrichtungen" [12]) in demokratischem Geist festzulegen, führte zu Lippenbekenntnissen und Leitsätzen, aber niemals zu deren energischer Verwirklichung in der Praxis. Auch ein Bericht der UNESCO von 1951, der feststellte, daß „die Bundesrepublik Deutschland Büchereien braucht", und zwar „vordringlich" [13]), wurde nicht beherzigt. Was die UNESCO 1951 ermittelte, hat leider seine Gültigkeit behalten. Stand damals schon die Bundesrepublik im Büchereiwesen auf der Stufe eines unterentwickelten Landes, so sind nach den neuerlichen einschneidenden Kürzungen des Jahres 1967 Büchereidirektoren gezwungen, den Benutzern der öffentlichen Büchereien zu erläutern, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn sie sich außerstande sehen, wenigstens die wegen Totalverschleiß ausscheidenden Bände vollzählig zu ersetzen, geschweige die wichtigsten Neuerscheinungen zu erwerben.

Das ist beileibe keine Dramatisierung der Situation. Das läßt sich mit nüchternen Zahlen traurig belegen. Während die Bestände angelsächsischer und skandinavischer Büchereien in der Regel das Drei- bis Vierfache der Kopfzahl der Einwohner betragen, steht bei uns nur an drei Orten — Hannover, Ludwigshafen, Koblenz — wenigstens ein Band für jeden Einwohner in der städtischen Bücherei. Auch die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für Buchanschaffungen betragen in Hannover — der am günstigsten gestellten Stadtbücherei — nur ein Viertel der durchschnittlichen Ausgaben schwedischer Gemeinden. Gibt Hannover 9 DM pro Kopf der Bevölkerung aus, so ist das schon immens gegenüber den zwischen vierzig Pfennig und drei bis vier DM liegenden Pro-Kopf-Beträgen, die man in bunter Reihenfolge in den meisten anderen Städten der Bundesrepublik verzeichnet. Hinzu kommt der Fehlbedarf an bibliothekarischen Fachkräften und an ausgebildeten Hilfskräften, der mehr als fünfzig Prozent beträgt, nach skandinavischen Maßstäben mehr als siebzig Prozent. „Die wenigen Bibliothekare sind überfordert", schreibt der Dortmunder Büchereidirektor Fritz Hüser. „Sie lesen und prüfen Bücher bis in die Nächte hinein. Die Leser erwarten von ihrer Bibliothekarin, daß sie alle wichtigen Bücher kennt." [14]) Aber da auch Hilfskräfte fehlen, sind die Bibliothekare schon mit technischen und Verwaltungsaufgaben, nebenamtlich zu erledigen, mehr als beschäftigt. Es wird ferner verlangt, daß sie am öffentlichen Kulturleben zu ihrer Information ausgiebig teilnehmen.

III

Drei Problemkreise zeigen die Verurteilung der öffentlichen Büchereien in der Bundesrepublik zu „Stiefkindern des Staates" [15]) (Jürgen Eyssen): Erstens die

---

12) Vgl. Anm. 7.
13) UNESCO-Bericht: „Deutschland braucht Büchereien", deutsche Ausgabe Köln 1951.
14) Fritz Hüser: Bücherschrank für jedermann weit öffnen, Zeitung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen, 1963.
15) Vgl. Anm. 7.

katastrophale Finanzlage, zweitens das Fehlen eines Büchereigesetzes, das die Büchereien aus der unwürdigen Rolle von Almosenempfängern der Gemeinden und Städte befreit, und drittens die einer demokratischen Kultur- und Bildungspolitik hohnsprechende Festlegung der Prioritäten des Kulturlebens. Diese drei Problemkreise sind miteinander eng verbunden. Sie bedingen einander.

Wenn der Deutsche Büchereiverband heute eine grundlegende Reform fordert, welche den öffentlichen Büchereien in der Bundesrepublik die Möglichkeit gibt, den Anforderungen der Benutzer gerecht werden zu können, so ist diese Forderung nichts anderes als das Verlangen, wenigstens halb so viel materielle Möglichkeiten zur Funktionsfähigkeit zu erhalten, wie sie ein gut entwickeltes Büchereiwesen etwa in Schweden, Dänemark oder der DDR besitzt.

Als ich mich im vergangenen Jahr in Stockholm mit einem schwedischen Büchereiexperten unterhielt, sagte er mir: „Die Bibliothekare in der Bundesrepublik haben viele interessante und manchmal geradezu virtuose Einfälle. Wir werden darauf zurückgreifen, wenn bei uns einmal der Staatsbankrott eintreten sollte." Er wollte mit diesem melancholischen Scherz seine Bewunderung ausdrücken für die Improvisationsgabe, mit der in der Bundesrepublik die Bibliothekare fehlende öffentliche Mittel zu ersetzen suchen. Da aber unsere Büchereileiter beim besten Willen nicht aus dem ständigen Jonglieren herauskommen, mit dem sie die Not zur Tugend machen müssen, können sie ihre schöpferische Phantasie kaum den Chancen widmen, die etwa die gut versorgten schwedischen Bibliothekare bei der heute so dringlichen Anpassung des Büchereiwesens an teilweise recht neue Bedürfnisse der Büchereibenutzer wahrzunehmen in der Lage sind. Was unter diesen Umständen von den Leitern der öffentlichen Büchereien in der Bundesrepublik und ihren Mitarbeitern geleistet wird, ist bewunderungswürdig. Was jener schwedische Experte aus seiner glücklicheren Lage heraus sagte, das bestätigt Jürgen Eyssen mit den Worten: „Die radikale Kürzung des Anschaffungsetats bedeutet aber die Auszehrung der Substanz, aus der die Büchereien leben, vermindert nicht nur ihre Leistungskraft, sondern zerschlägt geradezu die Voraussetzungen einer erfolgreichen Büchereiarbeit. Eine Bücherei, die ihren Lesern die gewünschte aktuelle Information nicht mehr liefern kann, deren Bibliothekare auf die Frage nach Sörensens Kennedy-Biographie bedauernd die Achseln zucken, ihren Benutzern längst veraltete Lehrbücher oder überholte juristische Kommentare anbieten müssen, ist kein Institut mehr, das diesen Namen verdient." [16])

Das Büchereiwesen steht nämlich vor einer neuen Nachfragesituation. Büchereidirektor Gustav Sichelschmidt schrieb dazu: „Das Buch hat eine völlig neue Stellung in unserer industrialisierten Gesellschaft bezogen. Als Medium der Unterhaltung hat es weithin Boden an die Massenmedien abgeben müssen ... Das Dilemma der öffentlichen Büchereien besteht heute ganz einfach in ihrem Unvermögen, den Benutzern ein ausreichendes Sortiment fachlich orientierender Literatur zu präsentieren ... Die Gewohnheiten und Ansprüche der Büchereibenutzer haben sich also im letzten Menschenalter grundlegend gewandelt ... Der Zeitgenosse von heute zeigt sich zunehmend an Informationen interessiert. Er tritt neuestens als Spezialist mit gezielten Buchwünschen im Raum der Bücherei auf ... Für die Büchereien ist es heute eine Frage ihrer Selbstbehauptung, sich den neuen Lesegewohnheiten anzupassen." [17])

---

16) Jürgen Eyssen: Notstand im Büchereiwesen, Welt der Literatur, Hamburg, 13. 10. 1966.
17) Gustav Sichelschmidt: Die öffentliche Bibliothek von morgen, in Sonntagsblatt, Hamburg, 13. 3. 1966.

Neuerscheinung

GERT SCHÄFER / CARL NEDELMANN (Hrsg.)

DER CDU-STAAT

Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik

368 Seiten, Studienausgabe DM 22.—, Leinen DM 30.—.

Bei den Autoren dieses Buches handelt es sich um junge Wissenschaftler, von denen einige schon 1965 mit einer Streitschrift „Politik ohne Vernunft" öffentlich hervorgetreten sind, außerdem wirkten zwei bei Hans Magnus Enzensbergers „Katechismus zur deutschen Frage" mit. Sie legen hier nunmehr eine umfassende Analyse der bundesrepublikanischen Wirklichkeit vor. In zwölf Studien werden detailliert die wesentlichen Faktoren, Vorgänge und Vorstellungen, die das gesellschaftliche und politische Leben der Bundesrepublik bestimmen, kritisch durchleuchtet.

In den ersten beiden Beiträgen wird die Soziale Marktwirtschaft in den Aspekten des ökonomischen Konzentrationsprozesses und der tatsächlichen sozialen Leistungen untersucht. Als Beispiel für vernachlässigte sozialpolitische Gebiete wird im dritten Beitrag die Situation der am Rande der Gesellschaft aufwachsenden Kinder und Jugendlichen dargestellt. Was Parlament, Staatsbürokratie, Verfassungsgerichtsbarkeit und Staatsschutzinstanzen bewirken und welche Bedeutung ihnen zukommt, wird in den vier folgenden Beiträgen erörtert. Im achten Beitrag wird die strukturelle Grundlage des Meinungsmarktes und der Publikationsorgane dargestellt. Wie die traditionellen Erziehungs- und Bildungsstätten und die modernen Einflüsse des Massenkonsums auf die Bewußtseinsbildung der Individuen wirken und deren Sozialisationsprozeß bestimmen, wird im neunten und zehnten Beitrag entwickelt. Zwei Analysen herrschender Vorstellungen, wie sie beispielsweise im gesellschaftlichen Bewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten sowie in autoritären Konzepten von der Art der Formierten Gesellschaft zum Ausdruck kommen, beschließen das Buch.

Es soll neben gründlicher Information und Kritik auch dem Zweck einer Einführung in die Grundfragen der Politik dienen.

SZCZESNY VERLAG

Das bedeutet praktisch: Die öffentliche Bücherei muß in einem erheblich größeren Umfang als früher das informierende Sachbuch, wissenschaftlich, politisch, technisch, vorzuweisen haben. Besonders in Naturwissenschaft und Technik, aber auch in anderen Disziplinen veraltet das Sachbuch angesichts der mobilen Entwicklung rasch. Büchereidirektor Fritz Hüser machte darauf aufmerksam, daß die Zahl der Benutzer erheblich zurückgeht, wenn gerade auf dem Gebiet des informierenden Sachbuchs erkennbar wird, daß die Bücherei nicht mehr in der Lage ist, die wichtigen Neuveröffentlichungen eines Jahres anzuschaffen. Und das wird sehr schnell erkennbar. Die Benutzer ziehen sich enttäuscht und entmutigt zurück. Sie haben aber oft keine Ausweichchance. Die meisten Arbeitnehmer sind außerstande, die für ihre Information notwendige Sachliteratur in dem Maße, in dem sie sie benötigen, selbst zu erwerben. (Günstiger ist, durch die Taschenbücher, teilweise die Situation für die Leser schöngeistiger Literatur.)

Gustav Sichelschmidt stellt, auch im Blick auf die ohnehin durch die erhöhten Buchpreise (von durchschnittlich 10 auf durchschnittlich 17 DM in den letzten Jahren) gegebene Belastung der öffentlichen Büchereien die Frage, warum nicht in der Bundesrepublik eine Büchereiordnung geschaffen wird, die durchgängig auf gesetzlicher Basis zweierlei klarstellt: Einmal, daß die Aufwendungen für Büchereien nicht mehr, wie zur Zeit, freiwillige Leistungen der Städte (und nur der Städte) sind, sondern daß gesetzlich bestimmt wird, welcher Mindestbetrag von Bund, Ländern, Gemeinden aufzubringen ist, und daß zweitens alle Büchereien öffentlicher Trägerschaft — auch die wissenschaftlichen und Universitätsbibliotheken — zusammengefaßt werden zu einem einheitlichen Büchereisystem, das allein heute Leistungsfähigkeit im erforderlichen Ausmaß garantieren könne. Sichelschmidt schreibt: „Die DDR ist uns auf dem Weg einer radikalen Erneuerung des Bibliothekswesens um ein gutes Stück voraus. Hier hat man die traditionellen Bibliotheksformen völlig unsentimental liquidiert und mit dem Aufbau eines einheitlichen Bibliothekswesens begonnen. In diesem Teil Deutschlands wird es in Kürze also weder wissenschaftliche Bibliotheken noch Volksbüchereien alten Stils mehr geben, sondern nur noch ein Netz öffentlicher Allgemeinbibliotheken für die Bevölkerung in ihrer gesamten sozialen Breite und ein besonderes Netz von Fachbibliotheken für thematisch begrenzte Bestände." Sichelschmidt kommt zu der Schlußfolgerung, die sich zwingend anbietet: „Auch bei uns ist eine Zusammenarbeit der beiden immer noch getrennt operierenden Bibliothekstypen (wissenschaftliche und öffentliche Bücherei) fällig geworden, nachdem sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Bibliotheksarbeit völlig gewandelt haben. Gegenüber der Frage einer Synthese der bestehenden Bibliothekstypen sind alle anderen bibliothekarischen Probleme heute sekundär." [18])

Jürgen Eyssen meint zum Verzögern der Vereinheitlichung unseres Büchereiwesens: „Der vielzitierte Bildungsnotstand wird jedenfalls ohne ein ausreichendes Büchereiwesen in Stadt und Land nicht behoben werden ... In den alten Büchereidemokratien wußte man das längst, und in den Ländern des Ostblocks wird aus dem gleichen Grunde der Ausbau eines leistungsfähigen Büchereiwesens systematisch und erfolgreich vorangetrieben. Bei uns ist man über das Planungsstadium — Fachleute haben auf Bitten der Ständigen Kultusministerkonferenz ein Gutachten zur bibliothekarischen Regionalplanung erarbeitet — nicht hinausgekommen." [19])

---

18) A.a.O.
19) Vgl. Anm. 7.

Der kulturpolitische Kern des Problems ist aber in der Frage der kulturellen Prioritäten zu sehen. Sollte nicht auch, so ist vielfach von Bibliothekaren gefragt worden, das Bundeswissenschaftsministerium, das beispielsweise Milliardenbeträge für atomare Forschungszwecke (Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg: „Bonn — eine unbekannte Atommacht" [20]) erübrigen kann, den Büchereien und ihrem mit der größten Breiten- und Tiefenwirkung erfolgenden Beitrag zur allgemeinen Volksbildung einige Millionen zur Verfügung stellen können? Der Bund aber hat sich — entgegen den Forderungen in den SPD-„Leitsätzen" von 1964 — bislang überhaupt desinteressiert am öffentlichen Büchereiwesen gezeigt. (Zur Finanzierung auch ausländischer Kultur-Repräsentationsaufgaben, etwa der Metropolitan-Oper in New York, werden „spontan" Millionen aus dem Bundesetat abgezweigt.)

Ein Büchereigesetz, von Bund, Ländern und Gemeinden geschaffen, das bei struktureller Zusammenfassung des allgemeinen Büchereiwesens, wissenschaftlicher wie öffentlicher Büchereien, die heute materiell nicht mehr gewährleistete Leistungsfähigkeit der öffentlichen Büchereien für die Informierung der Bevölkerung auf geistigem, literarischem, politischem und wissenschaftlichem Gebiet garantiert, ist jedenfalls ein zwingendes demokratisches Erfordernis. Wenn die SPD sich heute der Ignoranz der CDU/CSU auf diesem Gebiet wider bessere Leitsätze und Vorsätze anschließt, dann muß man diese Partei durch die öffentliche Diskussion vor die Alternative stellen, ob sie den Offenbarungseid auf ihre bis jetzt noch nicht widerrufenen demokratischen Bildungsgrundsätze ablegen will. Sicher, die CDU/CSU kann sich eine Formierte Gesellschaft und eine Notstandsdemokratie mit einem bewußt uninformierten Volk sehr wohl als wünschbar vorstellen. (Die Gerechtigkeit gebietet, anzumerken, daß die Sozialausschüsse, der Arbeitnehmerflügel der CDU, mehrfach auf den Bildungsnotstand insgesamt und dabei auch auf den Notstand der öffentlichen Büchereien anklagend hingewiesen haben — aber die Parteiführung ist auf diesem Ohr taub oder gebärdet sich offen aggressiv gegenüber dem nach Meinung von Gerstenmaier, Barzel, Schröder und Kiesinger doch nur durch radikaldemokratische Elemente geschürten „Bildungshunger der Massen".) Theoretisch haben wir eine liberale kulturpolitische Mehrheit aus SPD und FDP im Bundestag, die der Volksverdummungsanmaßung von CDU/CSU entgegentreten könnte. Sie wäre sogar einiger CDU-Stimmen gewiß. Und wir haben mündige Staatsbürger, denen klargemacht werden sollte, daß die Parteioligarchen der Großen Koalition in Bonn in eklatant undemokratischer Macht-contra-Geist-Politik der Bevölkerung das elementarste Recht der Erwachsenenbildung, das Recht auf eine leistungsfähige öffentliche Bücherei, vorenthalten.

[20]) Civis, Bonn, 5/1967.

Bücher

Bücher über die DDR (II)

SBZ von A—Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Zehnte, überarbeitete und erweiterte Auflage. Deutscher Bundes-Verlag, Bonn 1966, br. 7,80 DM.

Georg Polikeit, Die sogenannte DDR. Eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands. Weltkreis Verlag GmbH, Jugenheim/Bergstraße 1966, Paperback 13,70 DM.

III

Es gibt bedeutende Staatsmänner, die aus ihrem grimmigen Haß gegen den Kommunismus kein Hehl machen. Bolschewismus war ihnen ein „wüstes Affentheater", Lenin eine „dumpfschmierige Figur" mit „profilloser Fratze", an dessen „exotischen Namen" sich bald niemand mehr erinnern würde. Ihr Haß kannte nur eine Schlußfolgerung: Krieg gegen den Kommunismus. Der Staatsmann, einer der größten unseres Jahrhunderts, von dem hier die Rede ist, heißt Winston Churchill. Seine Auslassungen über den Kommunismus sind wörtliche Zitate aus dem Jahre 1919. „Urhaß in artistische Form gegossen", nennt Sebastian Haffner in seiner ausgezeichneten Churchill-Monographie das Verhältnis Churchills zum Kommunismus: „Wenn Worte töten könnten, wären diese tödlich gewesen."

An den großen und ehrlichen Kommunistenhasser Winston Churchill, der im hohen Alter, und darüber wird noch zu sprechen sein, zu so bemerkenswert anderen Erkenntnissen kam, muß man denken, wenn man das grau-schwarz eingeheftete Nachschlagebuch des gesamtdeutschen Ministeriums über die DDR aufschlägt.

Für die hier zu besprechende 10. Auflage zeichnet noch Erich Mende verantwortlich, der in einem Vorwort die schnelle und zuverlässige Information als die Hauptaufgabe des Buches angibt. Die Hauptaufgabe des Buches besteht jedoch darin, Haß zu erzeugen. Aber das ist nicht jener offene Bolschewistenhaß Churchills. Der Haß, für den hier Erich Mende verantwortlich zeichnet, kommt daher wie der Dolch im Gewande. Das gibt sich auf 500 Seiten mit 3000 Stichworten, mit einer Zeittafel und 769 ausschließlich antikommunistisch gefärbten Literaturhinweisen objektiv, obwohl neben der Verbreitung von Halb-, Viertel- und Achtelwahrheiten Sachinformation und stramm parteilicher Kommentar ineinander übergehen. Da wird geschickt mit Weglassungen, mit der Erzeugung unterschwelliger Ressentiments und mit nicht zu beweisenden Behauptungen gearbeitet.

Insgesamt ist diese Publikation ein getreues Spiegelbild der längst gescheiterten Deutschlandpolitik des Kalten Krieges. Und diese Publikation ist bis heute in einer Auflage von beinahe einer Million Exemplaren verbreitet worden.

Das Nachschlagebuch ist von folgenden Thesen durchtränkt:

1) In der „SBZ" sind alle öffentlichen Einrichtungen Scheineinrichtungen nichtdeutschen Ursprungs, die die Diktatur des Präsidiums der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nur notdürftig verschleiern.

2) In der „SBZ" ist alles von A bis Z grundsätzlich schlecht. Wo Besserungen eingetreten sind, erfolgten sie allein durch den Widerstand der Bevölkerung gegen das SED-Regime. Schlechter als in der BRD bleibt sowieso alles.

3) Alle Äußerungen führender Politiker der „SBZ" zur Außenpolitik und zur Deutschlandpolitik sind nichts anderes als schmutzige Propagandatricks.

Wenden wir uns nun einigen konkreten Beispielen zu, die beliebig vermehrt werden könnten. Zunächst ein sehr harmlos erscheinendes Stichwort: „Gaststättengewerbe": „Die Gaststätten machen vielfach in Aufmachung und auch in der Reichhaltigkeit der Speisekarten einen guten Eindruck..." Ganz davon abgesehen, daß der Autor nicht die Reichhaltigkeit der Speisekarten, sondern die Reichhaltigkeit der Auswahl von Speisen auf den Speisekarten

meint, kommt der Pferdefuß sofort hinterher: „. . . doch steht vielfach von jedem Gericht nur eine begrenzte Anzahl zur Verfügung." Natürlich. In unseren „westlichen" Gaststätten steht bekanntlich immer alles unbegrenzt zur Verfügung.

Jetzt kommt ein schöner Satz, der nicht ausführlich kommentiert zu werden braucht, weil er eben so schön ist: „Um den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, wurde das Zonenregime zwangsläufig (!) auf den Ausbau der Gaststätten und des Gaststättennetzes gestoßen." (!)

Es fragt sich nur, wer stößt das Zonenregime? Diese Frage wird nicht unter dem Stichwort „Gaststättengewerbe" beantwortet, sondern unter „Organisation der Wirtschaft". Eine graphische Darstellung auf Seite 538 weist darauf hin, daß der „Ministerrat der SBZ" dem „Politbüro der SED" und dieses wiederum dem „Präsidium der KPdSU" unterstellt sei.

Jetzt wissen wir es: das Präsidium der KPdSU stößt das Zonenregime „zwangsläufig" auf den Ausbau der Gaststätten, um den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben.

Aber es kommt noch viel schöner: „Es handelt sich nicht nur um eine Verbesserung im Angebot preiswerter Speisen, die in ihrer Vielfalt und Qualität jedoch nicht das Niveau der BRD erreichen (wie sollten sie auch), sondern vielmehr um eine Entlastung der Hausfrauen von wenig produktiver Hausarbeit, wie es die sowjetzonale Presse ausdrückt. Es geht dem System um einen zusätzlichen Arbeitseinsatz der Frauen, der sich bis 1970 anteilmäßig an der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter weiter erhöhen und rd. 70 v.H. überschreiten soll (s. Frauenarbeit). Deshalb propagiert man auch fertige und halbfertige Speisen zum Verkauf über die Straße."

Fassen wir also zunächst zusammen:

1) Fertige und halbfertige Speisen werden in der DDR nicht angeboten oder angepriesen, für sie wird nicht Reklame gemacht, für sie wird nicht durch Anzeigen geworben, sie werden „propagiert", denn alles ist ja Propaganda.

2) Diese Speisen werden nun, und hier zeigt sich laut „SBZ von A—Z" wieder die ganze finstere Hinterhältigkeit des Regimes, nicht deshalb angeboten, um das Leben zu erleichtern oder, was auch ein treffender Grund sein könnte, Lebensmittel zu verkaufen, um zu handeln, um umzusetzen, um Geld zu verdienen, um nicht auf den Waren sitzen zu bleiben. Nein, unser Nachschlagewerk findet den Grund messerscharf heraus: Nach dem Verzehr von fertigen und halbfertigen Speisen können die Frauen noch besser in die Fabriken getrieben werden, um dort für Ulbricht und natürlich auch für das Präsidium der KPdSU zu schwitzen!!

Der Leser möge verzeihen, aber das ist immer noch nicht alles: „Die politische und kulturelle Aufgabe besteht zudem (!) darin, bei ansteigender Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung die Bevölkerung in den Gaststätten zur entsprechenden ‚Betreuung' unter Kontrolle zu halten." Das weitere ist dann nachzulesen unter dem Stichwort „Spitzelwesen", das mit dem fundamentalen Satz beginnt: „Die Sicherheit und die Existenz des Regimes stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist."

So ist das also. Da sitzt nun der Bürger Emil Meier mit seiner Frau Frieda in Berlin, sagen wir im „Lindenkorso", diesem schönen neuen Restaurant Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden. Die Speisekarte ist reichhaltig, die Preise sind mäßig. Die Suppe war gut, das Schnitzel war gut, das Eis hätte etwas fester sein können. Meiers sind satt, aber sie ahnen nicht, daß dieses gepflegte Restaurant mit der freundlichen Bedienung eine hochpolitische Angelegenheit ist, reine Propaganda, ein Produkt finsterer Machenschaften. Meiers merken nicht, daß sie umringt sind von der Macht, von den Spitzeln, von den Fabrikdirektoren, vom SED-Regime und natürlich auch vom Präsidium der KPdSU. Für eine solche Art der Darstellung dürfte die Charakteristik „niederträchtig" zutreffend sein.

Übrigens: die Sprache ist ein Verräter. Dem anonymen Autor des Stichworts „Gaststättengewerbe" kommt der Ausdruck „System" zu glatt über die Zunge: „Es geht dem System um . . .", „Systembedingt genießen Gaststätten . . .". Wie oft mag der Verfasser dieses Stichworts das Wort „Systemzeit" (Begriff aus dem Nazijargon für die Lebenszeit der Weimarer Republik) über die Lippen gebracht haben?

Aber wenden wir uns einem anderen Thema zu. Dort, wo sich das Nachschlagewerk mit Personen beschäftigt, wird grundsätzlich denunziert, d. h. aus niedrigen Beweggründen angeschwärzt. Hierfür zwei Beispiele:

1) Wenn sich das Lexikon mit öffentlichen Einrichtungen beschäftigt, wie z. B. mit wissenschaftlichen Instituten, nennt es namentlich den jeweiligen Leiter. Nebenbei bemerkt, wir erfahren aus diesem famosen Buch zwar etwas über die „Oma-Bewegung", aber wir erfahren nicht, daß es in der DDR über hundert wissenschaftliche Institute gibt. Von dieser Gepflogenheit, den jeweiligen Institutsleiter namentlich zu nennen, geht das Nachschlagewerk ab, wenn es die Existenz des Zentralinstituts für Kernphysik in Dresden erwähnt. Der Leser erfährt nicht den Namen des Direktors des Instituts, denn der Name des stellvertretenden Direktors ist ja hier viel interessanter: „Stellv. Direktor des Instituts in Dresden ist der im Zusammenhang mit Atomspionage zugunsten der Sowjetunion bekanntgewordene Prof. Klaus Fuchs."

Gewünschte Assoziation: die Kernforschung der DDR wird von Spionen geleitet, die über selbständig erarbeitete wissenschaftliche Kenntnisse nicht verfügen.

2) Dem 1964 verstorbenen Schriftsteller und Präsidenten der Akademie der Künste Dr. h. c. Willi Bredel bescheinigt das Nachschlagewerk zwar ein „volkstümliches Erzählertalent", betont aber gleichzeitig, daß Bredels erste Romane „sofort" ins Russische übersetzt wurden. Die gewünschte Assoziation liegt auf der Hand. Tatsache ist, daß Bredels erster Roman 1930 entstand. 1932 wurde die erste ausländische Ausgabe vorbereitet. Von „sofort" kann also gar keine Rede sein.

Und das Nachschlagewerk verschweigt, daß dieser Roman nicht nur in russischer, sondern auch in ukrainischer, dänischer, jiddischer, holländischer und japanischer Sprache und in Esperanto erschienen ist. Eine solche objektive Information scheint unerwünscht, die Vorstellung, daß Bredels Romane sofort gierig allein von den Russen ausgechlachtet wurden, muß unter allen Umständen erhalten bleiben.

Und da sollte man nicht die Absicht merken und verstimmt sein?

sammlung insel

Neu erschienen:

Friedrich Maximilian Klinger

Betrachtungen und Gedanken über verschiedene Gegenstände der Welt und der Litteratur

Auswahl. Mit einem Essay von Hermann Schweppenhäuser

160 Seiten. DM 6,— (sammlung insel 27)

Klingers (1752—1831) »Betrachtungen und Gedanken« erschienen 1803—1805 und stellten eine kritische Bestandsaufnahme der zeitgenössischen europäischen Politik und Gesellschaft dar.

Adam Müller

Zwölf Reden über die Beredsamkeit und deren Verfall in Deutschland

Mit einem Essay und einem Nachwort von Walter Jens

228 Seiten. DM 7,— (sammlung insel 28)

Adam Müllers (1779—1829) Wiener Reden von 1812 bilden eines der seltenen Dokumente deutscher Redekunst.

Ein letztes Beispiel: Da das Nachschlagewerk in Widerspruch zur geschichtlichen Wahrheit an vielen Stellen zu beweisen sucht, daß die Spaltung Deutschlands nur deshalb andauere, weil stets nur zwei Alternativen erkennbar waren, nämlich ein kommunistisches oder ein „freies" Deutschland, paßt z. B. Stalins Friedensvertragsentwurf vom 10. März 1952, der ein blockfreies Deutschland (Österreich-Lösung) vorsah, nicht ins Konzept. Bekanntlich hat sich die Diskussion in der BRD über die verfehlte Deutschlandpolitik der Bundesregierung immer wieder an diesem Dokument und seiner Ablehnung durch die Bundesregierung ohne jede Prüfung entzündet. Das Nachschlagewerk, das hundert Stichworte über sowjetische Persönlichkeiten, russische Geschichte usw. großzügig einbezieht, obwohl es vorgibt, ein Nachschlagewerk über die DDR zu sein, findet nicht eine Zeile für den Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion vom März 1952. Für das Gesamtdeutsche Ministerium existiert dieses Dokument anscheinend nicht.

Wir erwähnten eingangs Winston Churchill, den alten ehrlichen Kommunisten-

fresser. Am 11. Mai 1953, mitten im Kalten Krieg, hielt Churchill als Premierminister eine überraschende Rede. 35 Jahre lang hatte er gegen den Kommunismus gekämpft. Jetzt trat er ein für das Ende des Kalten Krieges und proklamierte an Stelle der feindlichen Machtblöcke ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem mit allen Konsequenzen.

Unter den 1953 nach Stalins Tod gegebenen politischen Konstellationen konnte es Churchill keineswegs gelingen, allein das Ruder radikal herumzuwerfen. Aber als erster großer Staatsmann auf westlicher Seite die Möglichkeiten zukünftigen friedlichen Zusammenlebens in Europa trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ausgesprochen zu haben, das wird immer Churchills Verdienst bleiben. Das wird hier besonders deshalb hervorgehoben, um den Verfassern des Nachschlagewerkes ein Beispiel zu geben, denn das Ruder muß auch bei uns herumgeworfen werden.

Wenn es der Bundesregierung ernst ist mit ihrer Vorstellung, eine neue Deutschlandpolitik zu verwirklichen zusammen mit einer neuen Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostblocks, dann darf z. B. eine 11. Auflage dieses Nachschlagewerkes in dieser Form und mit diesem Inhalt nicht erscheinen. Denn eine Publikation wie das hier rezensierte Nachschlagewerk ist ihrem Wesen nach nicht zur Information hergestellt, sondern soll letztlich die Emotion erregen: Die Zustände dort drüben sind in jeder Beziehung so unhaltbar, daß wir dort „endlich Ordnung schaffen" müssen.

Deshalb ist das bundesdeutsche Nachschlagwerk über die DDR nicht empfehlenswert.

IV

Es fragt sich, ob es Sachbücher über die DDR gibt, die es dem interessierten Leser ermöglichen, sich umfassend über den zweiten deutschen Staat zu orientieren, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Leider gibt es bisher ein solches Sachbuch nicht, obwohl es immer dringender nötig wäre. Aber der Offenbacher Journalist Georg Polikeit hat mit seiner Landeskunde über die DDR die Richtung eingeschlagen, in die man gehen muß, um ein solches Sachbuch zu erarbeiten. Auf über 300 Seiten, unterteilt in 14 Kapitel (Gebiet und Bevölkerung. Die Wirtschaft. Das Wirtschaftssystem. Betriebsverfassung und Arbeitsrecht. Die Landwirtschaft. Andere Wirtschaftszweige. Gesellschaft und Lebensstandard. Das Sozial- und Gesundheitswesen. Das Bildungswesen. Das kulturelle Leben. Die politischen Parteien und Organisationen. Das politische System. Internationale Beziehungen. Die Deutschlandpolitik der DDR), vermittelt Polikeit zahlreiche exakte Informationen.

Der Verfasser vermeidet im wesentlichen eigene Kommentare zu den mitgeteilten Tatsachen. Dort, wo die Information über bloßes Tatsachenmaterial hinausgeht, wie z. B. beim Staatsaufbau, beläßt er es unter Vermeidung jeder Polemik bei der Wiedergabe von Selbstdarstellungen der DDR. Ein Urteil über die Stichhaltigkeit einer solchen Selbstdarstellung wird dem Leser überlassen. Durch diese Methode der Darstellung ungefähr in der Art und Weise und auf dem Niveau eines guten Geographiebuches für höhere Schulen unterscheidet sich Polikeits Buch grundsätzlich (und wohltuend) von dem oben beschriebenen Nachschlagewerk der Bundesregierung.

Als besonders interessant muß hervorgehoben werden, daß an vielen Stellen den Angaben und Zahlen über die DDR entsprechende Daten über die BRD gegenübergestellt werden. Häufig bleibt allerdings die Sachdarstellung so summarisch, daß der Gesamtgehalt des Buches darunter leidet. So, um nur einige Beispiele zu erwähnen, bei der Darstellung der Reparationsleistungen an die Sowjetunion einschließlich der vorgenommenen Demontagen oder bei der Darstellung des Sachverhaltes, daß die DDR heute zu den zehn führenden Industrieländern der Welt gehört. Bei der Darstellung des Maschinenbestandes in der DDR-Landwirtschaft wird auf eine Gegenüberstellung mit der BRD unverständlicherweise verzichtet, obwohl z. B. Vergleichszahlen bezüglich der Kapazitätsausnutzung von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen in beiden Landwirtschaften sehr aufschlußreich wären. Andere Sachdarstellungen sind lückenhaft. So wird, um ein Beispiel herauszugreifen, bei der Darstellung der Bodenschätze das Uran nicht erwähnt. Das Quellen- und Literaturverzeichnis ist unzulänglich; z. B. fehlt als Ergänzung zu dem sehr problematischen Kapitel über das kulturelle Leben in der DDR jeder Hinweis auf in der Bundesrepu-

blik erscheinende Anthologien und Kulturzeitschriften, die zum Teil ein sehr eingehendes und objektives Bild von der Kunst, der Literatur und dem Theater in der DDR vermitteln. Das Kapitel über das kulturelle Leben ist übrigens das schwächste des ganzen Buches. Dem Autor dürften Fehlleistungen wie die Bezeichnung von Ernst Barlach und Otto Dix als „zeitgenössische Künstler der Bundesrepublik" nicht unterlaufen.

Polikeit betont im Vorwort seines Buches: „Man mag die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR beurteilen, wie man will — das Suchen nach einer Verständigung mit jenem zweiten deutschen Staat wird zu einer Kardinalfrage jeder aufrechten deutschen Politik, die diesen Namen verdient, ja zu einer Kardinalfrage unserer nationalen Existenz. Deswegen wurde dieses Buch zusammengestellt. Es möchte ein Beitrag zur notwendigen Versachlichung der Diskussion über unser Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands sein. Es bemüht sich um Objektivität und um die Mitteilung jener Informationen, die hierzulande häufig nicht zur Kenntnis großer Bevölkerungskreise kommen, weil sie nicht ins Schema des Kalten Krieges gegen den Osten passen."

Dieser Meinung möchte der Rezensent zustimmen, und er bedauert, daß dieses kleine Sachbuch mit einer sicher nicht großen Auflage einer fast übermächtigen regierungsamtlichen Propaganda gegenübersteht. Empfehlenswert.

(Wird fortgesetzt)
Dr. Wolfgang Plat

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Theodor W. Adorno, Negative Dialektik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 410 S., Ln. 28,— DM.

Gert König, Der Begriff des Exakten. Verlag Anton Hain, Meisenheim/Glan, VI,

edition suhrkamp

Jeder Band 3 Mark

Neu im Mai

209 Max Frisch
Öffentlichkeit als Partner

Erstausgabe. Aus dem Inhalt: Der Autor und das Theater; Rede über Georg Büchner 1958; Rede anläßlich der Verleihung des Schillerpreises 1965; Kultur als Alibi.

210 Otto Vossler
Die Revolution von 1848 in Deutschland

Die Studie des Frankfurter Historikers beschreibt Vorbereitung, Verlauf und Wirkung dieses „Aufstands des Denkens" und seine unvergängliche politische Aktualität. Nicht zufällig wurde die 48er Revolution der erste deutsche Versuch zur Demokratie genannt. Sie lehrte hierzulande erstmals die Anwendung demokratischer Grundsätze auf Wirtschaft, Recht und Verfassung.

211 Ivan Vyskocil
Knochen. Geschichten

Erstausgabe. Aus dem Tschechischen von Vera Cerny.
Kennzeichnend für die Erzählungen des 1929 in Prag geborenen Autors ist das Neben- und Gegeneinander von Realität und Traum, Alltäglichem und Absurdem.

212 Olof Lagercrantz
Versuch über das lyrische Werk von Nelly Sachs

Erstausgabe. Aus dem Schwedischen von Helene Ritzerfeld.
Lagercrantz ist Chefredakteur der Stockholmer Tageszeitung »Dagens Nyheter«. Seine Monographie zeichnet sich aus durch eine genaue vergleichende Beobachtung der Schlüsselwörter und zentralen poetischen Symbole. Sie gibt Einblick in die innere Geschichte der Sachsschen Dichtungen.

Bitte verlangen Sie unser Gesamtverzeichnis!

Suhrkamp Verlag Frankfurt
6 Frankfurt am Main 1 - Postfach 2446

142 S., br. 17,20 DM (Monographien zur philosophischen Forschung, Bd. 38).

Karl Marx, Das Kapital. Herausgegeben von Friedrich Engels. Jubiläumsausgabe in drei Bänden. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, Bd. I: 955 S., Bd. II: 559 S., Bd. III: 1007 S., Ln., Gesamtpreis 40,— DM. — Gleichzeitig erscheint: Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf: 1857—1858, Anhang: 1850 bis 1959 (1102 S., Ln. 28,— DM).

Bernard Delfgaauw, Der junge Marx. Eine Einführung in sein Denken. Manz Verlag, München, 100 S., kart. 9,80 DM (Reihe „Reflexion", Bd. 2).

Gustav Mensching, Soziologie der großen Religionen. Verlag Ludwig Röhrscheid, Bonn, 343 S., Ln. 38,— DM.

Lee A. Belford, Einführung in das Judentum. Aus dem Amerikanischen von Annemarie Oesterle. Verlag J. G. Oncken, Kassel, 88 S., br. 4,80 DM.

Hannah Vogt, Nationalismus gestern und heute. Texte und Dokumente. C. W. Leske Verlag, Opladen, 222 S., kart. 9,80 DM.

Verzeichnis sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammengestellt von Ernst Bornemann und Rosemarie Nave-Herz. Verlag Otto Schwarz & Co., Göttingen, 102 S., kart. 14,50 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Georg Gottfried Gervinus, Einleitung in die Geschichte des Neunzehnten Jahrhunderts. Herausgegeben von Walter Boehlich. Insel Verlag, Frankfurt, 208 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 24/I). — Als Teil II legt der Herausgeber vor: Der Hochverratsprozeß gegen Gervinus (236 S., Ln. 7,— DM)

Geoffrey Barraclough, Tendenzen der Geschichte im 20. Jahrhundert. Aus dem Englischen von Herbert Thiele-Fredersdorf. Verlag C. H. Beck, München, 295 S., Paperback 11,80 DM (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 42).

Hedwig Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844—1914. Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen, 669 S., Ln. 49,50 DM.

Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Droste Verlag, Düsseldorf, 575 S., Linsonbd. 19,80 DM. — Auf Grund der dritten Auflage vollständig neu bearbeitete einmalige Sonderausgabe.

Correlli Barnett, Anatomie eines Krieges. Eine Studie über Hintergründe und entscheidende Phasen des Ersten Weltkrieges. Bechtle Verlag, München/Eßlingen, 344 S., 16 Bildt., 39 Kt., Ln. 28,80 DM.

Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik. Aus dem Amerikanischen übertragen von Charlotte Dixon und Margarete Eynern. Verlag Annedore Leber, Berlin/Frankfurt, 496 S., Ln. 36,— DM.

Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 392 S., Ln. 28,— DM.

Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr. Aus dem Ungarischen übersetzt von Johanna Till. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich, 236 S., Paperback 13,80 DM (Europäische Perspektiven). — Eine Studie über die geheimen Verbindungen zwischen der österreichischen Heimwehr, dem faschistischen Italien und dem von Horthy autoritär regierten Ungarn. Der ungarische Historiker geht mit seiner Darstellung bis in das Jahr 1918 zurück.

Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945—1949. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten. Herausgegeben von Hans Dollinger. Verlag Kurt Desch, München, 400 S. mit etwa 500 Bildern und Dokumenten, Biographien, Zeittafeln und Statistiken. Großformat, Ln. 95,— DM, Subskriptionspreis bis zum 30. Juni: 85,— DM (Dokumente zur deutschen Geschichte.)

Aktuelle Themen

Rolf Dietz, Probleme des Mitbestimmungsrechts. Verlag Walter de Gruyter, Berlin, IV, 24 S., kart. 7,— DM (Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft, Berlin, Heft 25).

Gerhard Maurer, Blickpunkt Südamerika. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 176 S., br. 12,80 DM (Schriftenreihe Information, Bd. 20).

Andrew Boyd, Die Vereinten Nationen. Ehrfurcht, Mythos und Wahrheit. Fischer Bücherei, Frankfurt, 255 S., br. 3,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 782). — Es handelt sich nicht, wie der Umschlagtitel vermuten lassen könnte, um eine Geschichte der Weltorganisation, sondern um die, stellenweise recht subjektiv gehaltene, Betrachtung eines Journalisten.

Bemerkungen

Jörg Huffschmid, geb. 1940, studierte Philosophie und Volkswirtschaftslehre in Freiburg, Paris und Berlin und legte 1964 sein Diplomexamen ab; er ist seitdem als Assistent am Institut für Konzentrationsforschung der Freien Universität Berlin tätig.

Karsten Kullmann, geb. 1941 in Leipzig, studiert seit 1962 Soziologie in Frankfurt und Berlin und absolvierte 1965 ein Industriepraktikum. Veröffentlichung: Macht und Gegenmacht in einem westdeutschen Industriebetrieb — Innerbetriebliche Herrschaft und belegschaftliche Organisation aus der Sicht einer teilnehmenden Beobachtung, 1966.

Alfred Horné, geb. 1928 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Theologie und Sozialwissenschaften in Frankfurt/Main und war zeitweise in der Eisen- und Stahlindustrie tätig; 1951—1958 Mitarbeiter der Gesellschaft für soziale Betriebspraxis in Düsseldorf; 1958—1962 freier Publizist; 1960—1962 Leiter der Volkshochschule Velbert/Rhld.; seit 1963 Leiter der sozialpolitischen Redaktion beim Bayerischen Rundfunk. Buchveröffentlichungen: Der beklagte Sieg — Gespräche über die Mitbestimmung, Villingen 1959, 2. Aufl. 1965; Christ und Bürger, heute und morgen, Villingen 1960; Zwischen Stillstand und Bewegung — Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt/Main 1965; Gibt es einen gerechten Lohn?, Frankfurt/Main 1965.

Die in diesem Heft veröffentlichten Arbeiten von Jörg Huffschmid und Dr. Hanns-Jochen Hauß/Reinhard Opitz erscheinen in diesen Tagen als Sonderdrucke in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preise von je 1,50 DM.

Entgegen der Ankündigung in Heft 4/1967 der „Blätter" kostet der Sonderdruck der Sozialenzyklika Papst Paul VI., Populorum Progressio, der soeben im Pahl-Rugenstein Verlag erschienen ist, nicht 1,80 DM, sondern 2,10 DM.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Hermann Luchterhand Verlags, Neuwied, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon

Dr. Wilfried Daim, Wien
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann

Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel

Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs

Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab, Tel-Aviv
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Heuß
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka

Prof. D. Hans Joachim Iwand †

Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones

Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch

Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli

Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier, Zürich
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch, Paris
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi

Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz

Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling

Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila

Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell

Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Kurt Steinhaus
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki, Warschau

Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović, Belgrad
Prof. Dr. Gregori Tunkin

Prof. Dr. John E. Ullmann

Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel

H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff

Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Fernseh-Spalte

STAATSTRAUER

Es gab keine Parteien und politischen Gegner mehr. Der Tod des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland hatte bewegende Folgen, von denen speziell die Filmwirtschaft profitierte. Das ist nicht frivol gemeint. Dem Verstorbenen sei hier, um jeglichem Mißverständnis vorzubeugen, der gebührende Respekt erwiesen. Eine bedeutende Persönlichkeit hat unbedingten Anspruch auf ein vernünftiges Maß an Ehrerbietung und Pietät. Es geschah aber weit mehr. Die Nation erstarrte in Heldenpathos. Der Repräsentant einer gescheiterten Politik wurde zum „Architekten der Bundesrepublik" hochstilisiert, der monströse Vereinfacher zum „unentwegten Denker" (Gerstenmaier) geadelt. Im Fernsehen wuchs sich das Toten-Gedenken unaufhaltsam zur Pietäts-Psychose aus. Von Mittwoch bis Dienstag, sieben Tage lang, gab es Tele-Diät von penetranter Einfallslosigkeit. Mit welchem Recht, fragte man sich, wurde das deutsche Fernsehvolk zur nervtötetenden Kollektivtrauer angehalten? Beide Programme schwelgten in konzertanter Feierlichkeit, künstlerischer Memento-mori-Symbolik, Erinnerungschroniken und Kondolenzreden. Soviel tristesse nagte das Beharrungsvermögen des für seine Tele-Treue berühmten deutschen Bildschirm-Konsumenten an. Er beherzigte den Werbeslogan der Filmwirtschaft und machte sich im Kino ein paar schöne Stunden. Das findige „Handelsblatt" ermittelte in einem Eigenbericht mit Datum 25. April „Besucherrekorde in praktisch allen Vorstellungen". Die Düsseldorfer Kinos seien um runde 50 Prozent mehr frequentiert worden. Zum Wochenende „waren nahezu alle Vorstellungen ausverkauft". Lediglich in Adenauers Geburtsort Köln wurde ein „geringerer Anstieg der Besucherzahlen beobachtet".

Nun ist das für die Fernsehanstalten kein Grund zur Panikstimmung. Ein kurzfristiger Zuschauerschwund hat — es ist ja alles so schön öffentlich-rechtlich geregelt — keine Folgen. Einnahmen-Ausfall gibt es nicht. Dennoch erscheint mir die Tatsache dieser Massenabwanderung interessant. Sicher haben die meisten Zuschauer nur die feierabendliche Unterhaltung vermißt. Ohne Zweifel war es trotzdem ein Protest gegen jene autoritäre Programm-Manipulation, welche sich bedenkenlos an den Grundmustern des Personenkultes orientiert hat. Läßt man die tatsächlichen oder vorgeblichen Motive dieser siebentägigen Tele-Müdigkeit einmal außeracht, so bleibt immer noch zu fragen: Wer veranlaßte die Fernsehanstalten zu solcher Pietäts-Hybris? Dr. Adenauer war ein umstrittener Mann. Die Massenmedien einer pluralistischen Gesellschaft haben das zu berücksichtigen! Gemeinschaftssinn bekundet sich nicht in der blinden Anbetung einer Leitfigur, sondern in der Verantwortlichkeit der politisch-sozialen Gesamtsituation gegenüber. Dies bedeutet, daß sich gerade die Massenmedien jeglicher Bevormundung zu enthalten haben. Würdigung ja, aber keine demagogische Idolbildung! Während seiner Regierungszeit hat Adenauer genug getan, um die Bundesrepublik innen- und außenpolitisch auf einen ausgeprägt reaktionären Kurs festzulegen. Globke-Skandal, Intellektuellen-Feindschaft, Antikommunismus, Verachtung parlamentarischer Regeln, Kalter Krieg: hundert Komponenten einer Herrschaftskonzeption, die das demokratische Prinzip mehr als Zwang denn als Verpflichtung reflektierte, ließen sich aufzählen. In der politischen Literatur ist das alles bereits abschließend bewertet worden. Im Bereich der Realpolitik hat sich die Ära Adenauer längst überlebt. Im Prunkarrangement der Totenfeier ist die historische Wahrheit noch einmal kurzfristig verdrängt worden. Das Fernsehen webte mit an solcher Verklärung. Mehr als es ihm sein demokratisch-pluralistischer Auftrag gestattet.

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Sozialenzyklika Papst Paul VI. „Populorum Progressio" („Über den Fortschritt der Völker")

Die Entwicklung der Völker

Die Entwicklung der Völker wird von der Kirche aufmerksam verfolgt: vor allem derer, die dem Hunger, dem Elend, den endemischen Krankheiten, der Unwissenheit zu entrinnen suchen; derer, die umfassend an den Früchten der Zivilisation teilnehmen und ihre Begabung wirksam zur Geltung bringen wollen, die sich entschieden ihrer vollen Entfaltung zuwenden. Das Zweite Vatikanische Konzil wurde vor kurzem abgeschlossen. Die Forderung des Evangeliums steht neu im Bewußtsein der Kirche. Es ist ihre Pflicht, sich in den Dienst der Menschen zu stellen, um ihnen zu helfen, dieses schwere Problem in seiner ganzen Breite anzupacken, und sie in diesem entscheidenden Augenblick der Menschheitsgeschichte von der Dringlichkeit gemeinsamen Handelns zu überzeugen.

Die soziale Lehre der Päpste

In ihren großen Enzykliken „Rerum Novarum" [1]) Leos XIII., „Quadragesimo Anno" [2]) Pius' XI., „Mater et Magistra" [3]) und „Pacem in terris" [4]) Johannes' XXIII. — ohne von den Botschaften Pius' XII.[5]) zu sprechen — haben sich Unsere Vorgänger der Pflicht ihres Amtes, die soziale Frage ihrer Zeit im Licht des Evanlegiums zu erhellen, nicht entzogen.

Die Situation

Heute ist — darüber müssen sich alle klar sein — die soziale Frage weltweit geworden. Johannes XXIII. hat dies deutlich ausgesprochen,[6]) und das Konzil ist ihm in der pastoralen Konstitution über „Die Kirche in der Welt von heute" [7]) gefolgt. Die darin enthaltene Lehre ist gewichtig, ihre Verwirklichung drängt. Die Völker, die Hunger leiden, bitten die Völker im Wohlstand dringend und inständig um Hilfe. Die Kirche erzittert vor diesem Schrei der Angst und wendet sich an jeden einzelnen, dem Hilferuf seines Bruders in Liebe zu antworten.

Unsere Reisen

Vor Unserer Erhebung auf den päpstlichen Thron haben Uns zwei Reisen, die eine nach Lateinamerika (1960), die andere nach Afrika (1962), in unmittelbare Berührung mit den beängstigenden Problemen gebracht, die jene Kontinente voller Hoffnung und Leben einschnüren. Erhoben zu dem Amt, dem die väterliche Sorge um alle Menschen obliegt, konnten Wir erneut anläßlich der Reisen ins Heilige Land und nach Indien die ungeheuren Schwierigkeiten sehen, mit denen sich jene Völker einer alten Kultur auseinanderzusetzen haben, und haben sie gleichsam mit Unsern Händen berührt. Während des Zweiten Vatikanischen Konzils ergab sich für Uns durch Gottes Fügung die Gelegenheit, Uns unmittelbar an die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu wenden. Wir haben Uns vor diesem weltweiten Forum zum Anwalt der armen Völker gemacht.

Gerechtigkeit und Friede

Erst jüngst haben Wir schließlich in dem Bestreben, den Wünschen des Konzils zu entsprechen und dem Beitrag des Heiligen Stuhls zur großen Sache der Entwicklungsländer konkrete Gestalt zu geben, es für Unsere Pflicht erachtet, den Römischen Zentralbehörden der Kirche eine päpstliche Kommission hinzuzufügen. Ihre Aufgabe soll es sein, „im

---

1) Vgl. Acta Leonis XIII., t. XI (1892) 97—148.
2) Vgl. AAS 23 (1931) 177—228.
3) Vgl. AAS 53 (1961) 401—464.
4) Vgl. AAS 55 (1963) 257—304.
5) Vgl. besonders: Rundfunkbotschaft vom 1. Juni 1941 zum 50jährigen Jubiläum von „Rerum Novarum": AAS 33 (1941) 195—205; Weihnachtsbotschaft 1942: AAS 35 (1943) 9—24; Ansprache an eine Gruppe von Arbeitern anläßlich der jährlichen Gedenkfeier von „Rerum Novarum" am 14. Mai 1953: AAS 45 (1953) 402—408.
6) Vgl. Enzyklika „Mater et Magistra", 15. Mai 1961: AAS 53 (1961) 440.
7) Gaudium et Spes Nr. 63—72: AAS 58 (1966) 1084—1094.

ganzen Volk Gottes die Erkenntnis zu wecken, welche Aufgaben die Gegenwart von ihm fordert: die Entwicklung der armen Völker vorantreiben; die soziale Gerechtigkeit zwischen den Nationen fördern; denen, die noch nicht entwickelt sind, helfen, daß sie selbst und für sich selbst an ihrem Fortschritt arbeiten können".[8]) „Gerechtigkeit und Friede" ist ihr Name und ihr Programm. Wir sind der Meinung, daß sie mit Unseren katholischen Söhnen und den christlichen Brüdern alle Menschen guten Willens vereinen kann und soll. Und auch heute richten Wir an alle diesen feierlichen Aufruf zu gemeinsamem Werk in Fragen der Entwicklung, einer umfassenden für den Menschen, einer solidarischen für die Menschheit.

ERSTER TEIL: UM EINEN UMFASSENDEN FORTSCHRITT DES MENSCHEN

1. Das Problem

Die Sehnsucht des Menschen

Frei sein von Etend, Sicherung des Lebensunterhalts, Gesundheit, feste Beschäftigung, Schutz vor Situationen, die seine Würde als Mensch verletzen, besserer Unterricht; mit einem Wort: mehr handeln, mehr erkennen, mehr besitzen, um mehr zu sein. Das ist die Sehnsucht des Menschen von heute, und doch ist eine große Zahl von ihnen dazu verurteilt, unter Bedingungen zu leben, die dieses Verlangen illusorisch machen. Überdies empfinden viele Völker, die erst vor kurzem ihre nationale Selbständigkeit erlangt haben, die Notwendigkeit, ein selbständiges und würdiges Wachstum im Sozialen nicht weniger als in der Wirtschaft zu gewinnen, um ihren Bürgern eine volle menschliche Entfaltung zu sichern und um den Platz einzunehmen, der ihnen in der Gemeinschaft der Völker zukommt.

Kolonisation und Kolonialismus

Vor dem Umfang und der Dringlichkeit dieser Aufgabe sind die bisherigen Mittel unzureichend; aber sie waren nicht schlechthin falsch. Man wird sicher zugeben müssen, daß die Kolonialmächte oft ihre eigenen Interessen verfolgt haben, ihre Machtstellung, ihr Ansehen, und daß ihr Abzug manchmal eine verwundbare wirtschaftliche Situation hinterlassen hat, die z. B. an den Ertrag einer Monokultur ausgeliefert war, deren Preise jähen und breiten Schwankungen unterworfen sind. Man kann diese üblen Praktiken eines gewissen Kolonialismus und seine Folgen nicht leugnen. Trotzdem darf man auch die Tüchtigkeit und das Werk mancher Kolonisatoren rühmend erwähnen, die so manchem bettelarmen Land ihr Wissen und ihr Können zur Verfügung gestellt und gesegnete Früchte ihres Wirkens hinterlassen haben. So unvollkommen auch die damals errichteten Ordnungen sein mögen, ihre Strukturen blieben und haben die Unwissenheit und die Krankheit zurückgedrängt, neue Verbindungswege geschaffen und die Existenzbedingungen verbessert.

Wachsende Störung des Gleichgewichts

Dies alles zugegeben, bleibt es trotzdem nur zu wahr, daß diese Ausrüstung schlechthin unzureichend ist, um in der harten Wirklichkeit der modernen Wirtschaft zu bestehen. Bleibt die Welt dem Spiel der Kräfte überlassen, so führt dessen Mechanismus zur Verschärfung, nicht zur Entspannung, zum Mißverhältnis im Lebensstandard: die reichen Völker erfreuen sich eines raschen Wachstums, bei den armen geht es nur langsam voran. Die Störung des Gleichgewichts wird bedrohlicher: die einen erzeugen Lebensmittel in Überfluß, die den andern in erschreckender Weise fehlen, und diese sehen ihre Ausfuhr gefährdet.

Bewußtwerden der Lage

Gleichzeitig haben die sozialen Konflikte weltweites Ausmaß angenommen. Eine starke Unruhe, die sich der armen Klassen in den sich industrialisierenden Ländern bemächtigt

8) Motu Proprio „Catholicam Christi Ecclesiam", 6. Januar 1967: AAS 59 (1967) 27.

hat, greift auch auf jene über, deren Wirtschaft noch fast agrarisch ist. Auch die Bauern werden sich ihres unverdienten Elends bewußt.[9]) Und zu allem kommt der Skandal schreiender Ungerechtigkeit nicht nur im Besitz der Güter, sondern mehr noch in deren Gebrauch. Eine kleine Schicht genießt in manchen Ländern alle Raffinessen der Zivilisation, und der Rest der Bevölkerung ist arm, hin- und hergeworfen und ermangelt „fast jeder Möglichkeit, initiativ und eigenverantwortlich zu handeln, und befindet sich oft in Lebens- und Arbeitsbedingungen, die des Menschen unwürdig sind" [10])

Der Zusammenstoß der Kulturen

Ein weiterer Punkt: das Aufeinanderprallen der überlieferten Kulturen mit der neuen industriellen Welt zerbricht die Strukturen, die sich nicht den neuen Gegebenheiten anpassen. Ihr Gefüge, manchmal sehr starr, war der notwendige Halt für das Leben des einzelnen wie der Familie. Die Älteren halten noch daran fest, die Jungen entziehen sich ihnen als einem unnützen Hindernis und wenden sich begierig den neuen Formen sozialen Lebens zu. Der Konflikt der Generationen verschärft sich so zu einem tragischen Dilemma: entweder die alten Gebräuche und den alten Glauben bewahren und auf den Fortschritt verzichten, oder sich der von außen kommenden Technik und Zivilisation öffnen und die Tradition mit ihrem ganzen menschlichen Reichtum hingeben. Und in der Tat: der sittliche, geistige, religiöse Halt von früher löst sich nur allzuoft auf, ohne daß die Eingliederung in die neue Welt genügend gesichert ist.

Die Aussichten

In dieser Verwirrung wächst die Versuchung, sich Messianismen zu verschreiben, Verheißungen, die doch nur Gaukler einer Traumwelt sind. Wer sieht nicht die daraus erwachsenden Gefahren: Gewalttaten der Völker, Aufstände, Hineinschlittern in totalitäre Ideologien? Das ist das Problem, dessen Schwierigkeit jeder sieht.

2. Die Kirche und die Entwicklung

Das Werk der Missionare

Treu der Weisung und dem Beispiel ihres göttlichen Stifters, der die Verkündigung der Frohbotschaft an die Armen als Zeichen für seine Sendung hingestellt hat,[11]) hat sich die Kirche immer bemüht, die Völker, denen sie den Glauben an Christus brachte, zum wahren Menschentum zu führen. Ihre Missionare haben Kirchen, Hospize, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten gebaut. Sie haben die Eingeborenen gelehrt, die Hilfsquellen ihres Landes besser zu nutzen, und haben sie so nicht selten gegen die Gier der Fremden geschützt. Natürlich war auch ihr Werk, wie jegliches menschliche Werk, nicht vollkommen, und manche von ihnen mochten ihre heimische Denk- und Lebensweise mit der Verkündigung der eigentlichen Frohbotschaft verbunden haben. Trotzdem verstanden sie es, auch die dortigen Lebensformen zu pflegen und zu fördern. Vielerorts gehören sie zu den Pionieren des materiellen Fortschritts und des kulturellen Aufstiegs; um nur ein Beispiel zu nennen: Charles de Foucauld, der um seiner Nächstenliebe willen „Bruder aller" genannt wurde und der ein wertvolles Lexikon der Sprache der Tuareg schuf. Sie alle sollen in Ehren erwähnt sein, die allzuoft Unbekannten, die Vorläufer, die die Liebe Christi drängte, und ihre Schüler und Nachfolger, die auch heute noch in einem hochherzigen und selbstlosen Dienst bei denen ausharren, denen sie die Frohbotschaft bringen.

Die Kirche und die Welt

Diese örtlichen und einzelnen Initiativen genügen heute jedoch nicht mehr. Die gegenwärtige Situation der Welt verlangt ein gemeinsames Handeln, beginnend bereits mit einer klaren Konzeption auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und geistigem Gebiet. Erfahren in den Fragen, die den Menschen betreffen, geht es der Kirche, ohne

---

9) Enzyklika „Rerum Novarum", 15. Mai 1891: Acta Leonis XIII., t. XI (1892) 98.
10) Gaudium et Spes Nr. 63, § 3.
11) Vgl. Lk 7, 22.

sich in die staatlichen Belange einmischen zu wollen, nur um dies: „unter Führung des Geistes, des Trösters, das Werk Christi selbst weiterzuführen, der in die Welt kam, um der Wahrheit Zeugnis zu geben; zu retten, nicht zu richten; zu dienen, nicht sich bedienen zu lassen".[12]) Gegründet, um schon auf dieser Erde das Himmelreich zu errichten, nicht um irdische Macht zu erringen, bezeugt sie ohne Zweideutigkeit, daß die beiden Bereiche voneinander verschieden sind, daß kirchliche und staatliche Gewalt höchste in ihrer Ordnung sind.[13]) Aber sie lebt in der Geschichte, und darum hat sie „die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten".[14]) Sie teilt mit den Menschen deren bestes Streben und leidet, wenn es nicht erfüllt wird. Sie möchte ihnen helfen, sich voll zu entfalten, und deswegen eröffnet sie ihnen ihr Ureigenstes: eine umfassende Sicht des Menschen und der Menschheit.

DIE CHRISTLICHE AUFFASSUNG VON DER ENTWICKLUNG

Entwicklung ist nicht einfach gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Wachstum. Wahre Entwicklung muß umfassend sein, sie muß den ganzen Menschen im Auge haben und die gesamte Menschheit, wie ein Fachmann auf diesem Gebiet geschrieben hat: „Wir lehnen es ab, die Wirtschaft vom Menschlichen zu trennen, von der Entwicklung der Kultur, zu der sie gehört. Was für uns zählt, ist der Mensch, der einzelne, die Gruppe von Menschen bis zur gesamten Menschheit".[15])

Berufung zum Wachstum

Nach dem Plan Gottes ist jeder Mensch gerufen, sich zu entwickeln; denn das ganze Leben ist Berufung. Von Geburt an ist allen keimhaft eine Fülle von Fähigkeiten und Eigenschaften gegeben, die Frucht tragen sollen. Ihre Entfaltung, Ergebnis der Erziehung durch die Umwelt und persönlicher Anstrengung, gibt jedem die Möglichkeit, sich auf das Ziel auszurichten, das ihm sein Schöpfer gesetzt hat. Mit Einsicht und Willen begabt, ist der Mensch für seinen Fortschritt ebenso verantwortlich wie für sein Heil. Unterstützt, manchmal auch behindert durch seine Erzieher und seine Umwelt, ist jeder seines Glückes Schmied, seines Versagens Ursache, wie immer auch die Einflüsse sind, die auf ihn wirken. Jeder Mensch kann durch seine geistige und willentliche Anstrengung als Mensch wachsen, mehr wert sein, mehr sein.

Die Verantwortung des einzelnen

Dieses Wachstum ist nicht seinem freien Belieben anheimgestellt. Wie die gesamte Schöpfung auf ihren Schöpfer hingeordnet ist, so ist auch das geistbegabte Geschöpf gehalten, von sich aus sein Leben auf Gott, die erste Wahrheit und das höchste Gut, auszurichten. Deshalb ist auch für uns das Wachstum in unserem Menschsein die Summe unserer Pflichten. Mehr noch, dieser durch persönliche und verantwortungsbewußte Anstrengung zur Ausgewogenheit gekommene Mensch ist über sich hinausgerufen. Durch seine Eingliederung in Christus, das Leben, gelangt er zu einer neuen Entfaltung, zu einem Humanismus jenseitiger, ganz anderer Art, der ihm eine umgreifende Vollendung schenkt: das ist das letzte Ziel und der letzte Sinn menschlicher Entwicklung.

Die Verantwortung der Gemeinschaft

Der Mensch ist aber auch Glied der Gemeinschaft. Er gehört zur ganzen Menschheit. Nicht nur dieser oder jener, alle Menschen sind zur vollen Entfaltung berufen. Die Kulturen entstehen, wachsen, sterben. Aber wie jede Woge der steigenden Flut weiter als die vorhergehende den Strand überspült, schreitet auch die Menschheit auf dem Weg ihrer Geschichte voran. Erben unserer Väter und Beschenkte unserer Mitbürger, sind wir allen verpflichtet, und jene können uns nicht gleichgültig sein, die nach uns den Kreis der

---

12) Gaudium et Spes Nr. 3, § 2.
13) Vgl. Enzyklika „Immortale Dei", 1. November 1885: Acta Leonis XIII., t. V. (1885) 127.
14) Gaudium et Spes Nr. 4, § 1.
15) L.-J. Lebret OP, Dynamique concrète du développement (Economie et Humanisme) (Paris 1961), Les Editions Ouvrières, 28.

Menschheitsfamilie weiten. Die unbestreitbare Solidarität aller, eine Gabe an uns, ist auch eine Verpflichtung.

Hierarchie der Werte

Die Entfaltung des einzelnen und der Gemeinschaft wäre in Frage gestellt, wenn die wahre Hierarchie der Werte abgebaut würde. Das Streben nach dem Notwendigen ist rechtens, und die Arbeit, es zu beschaffen, ist Pflicht: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen".[16]) Aber der Erwerb zeitlicher Güter kann zur Gier führen, zum Verlangen, immer mehr zu besitzen, und zur Versuchung, seine Macht auszudehnen. Die Habsucht der einzelnen, der Familien, der Völker kann die Armen und die Reichen packen und bei den einen wie den andern einen erstickenden Materialismus hervorrufen.

Zwei Seiten des Wachstums

Mehr haben ist also weder für die Völker noch für den einzelnen das letzte Ziel. Jedes Wachstum hat seine zwei Seiten. Unentbehrlich, damit der Mensch mehr Mensch sei, sperrt es ihn wie in ein Gefängnis ein, wenn es zum höchsten Wert wird, der dem Menschen den Blick nach oben versperrt. Dann verhärtet sich das Herz, der Geist verschließt sich, die Menschen kennen keine Freundschaft mehr, nur das eigene Interesse, das sie gegeneinander aufbringt und entzweit. Das ausschließliche Streben nach Besitz verhindert das innere Wachstum und steht dessen wahrer Größe entgegen: für die Nationen wie für den einzelnen ist die Habsucht das deutlichste Zeichen moralischer Unterentwicklung.

Um ein menschlicheres Leben

Die Entwicklungshilfe braucht immer mehr Techniker. Noch nötiger freilich hat sie weise Menschen mit tiefen Gedanken, die nach einem neuen Humanismus Ausschau halten, der den Menschen von heute sich selbst finden läßt, im Ja zu den hohen Werten der Liebe, der Freundschaft, des Gebets, der Betrachtung.[17]) So kann sich die wahre Entwicklung voll und ganz erfüllen, die für den einzelnen, die für die Völker der Weg von weniger menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen ist.

Das erstrebte Ideal

Weniger menschlich: das sind die materiellen Nöte derer, denen das Existenzminimum fehlt; das sind die sittlichen Nöte derer, die vom Egoismus zerfressen sind. Weniger menschlich: das sind die Züge der Gewalt, die im Mißbrauch des Besitzes oder der Macht ihren Grund haben, in der Ausbeutung der Arbeiter, in der Ungerechtigkeit von Geschäften. Menschlicher: das ist der Aufstieg aus dem Elend zum Besitz des Notwendigen, der Sieg über die sozialen Mißstände, die Erweiterung des Wissens, der Erwerb von Bildung. Menschlicher: das ist das deutlichere Wissen um die Würde des Menschen, das Ausrichten auf den Geist der Armut,[18]) die Zusammenarbeit zum Wohle aller, der Wille zum Frieden. Menschlicher: das ist die Anerkennung letzter Werte und die Anerkennung Gottes, ihrer Quelle und ihres Zieles, von seiten des Menschen. Menschlicher: das ist endlich vor allem der Glaube, Gottes Gabe, angenommen durch des Menschen guten Willen, und die Einheit in der Liebe Christi, der alle gerufen hat, als Kinder am Leben des lebendigen Gottes teilzunehmen, des Vaters aller Menschen.

3. Was ist zu tun?

DIE GÜTER SIND FÜR ALLE DA

„Erfüllt die Erde und macht sie euch untertan" [19]): die Heilige Schrift lehrt uns auf ihrer ersten Seite, daß die gesamte Schöpfung für den Menschen da ist. Freilich, er muß seine

---

16) 2 Thess 3, 10.
17) Vgl. J. Maritain, Les conditions spirituelles du progès et de la paix, in: Rencontres des cultures à l'UNESCO sous le signe du Concile œcuménique Vatican II (Paris 1966) Mame 66.
18) Vgl. Mt 5, 3.
19) Gn 1, 28.

geistige Kraft an sie setzen, um ihre Werte zu entwickeln und sie durch seine Arbeit sich dienstbar zu machen. Wenn aber die Erde da ist, um jedem die Mittel für seine Existenz und seinen Fortschritt zu geben, dann hat jeder Mensch das Recht, auf ihr das zu finden, was er nötig hat. Das Konzil hat dies in Erinnerung gerufen: „Gott hat die Erde mit allem, was sie enthält, zur Nutzung für alle Menschen und Völker bestimmt, so daß die geschaffenen Güter allen in einer billigen Art und Weise zufließen müssen, wobei Gerechtigkeit der Leitstern und die Liebe ihre Begleiterin sei".[20]) Alle anderen Rechte, ganz gleich welche, auch das des Eigentums und des freien Handels, sind ihm untergeordnet. Sie dürfen seine Verwirklichung nicht erschweren, sondern müssen sie im Gegenteil erleichtern. Es ist eine ernste und dringende soziale Aufgabe, sie alle auf ihre ursprüngliche Sinnrichtung auszuordnen.

Das Eigentum

„Wer aber die Güter der Welt hat und seinen Bruder Not leiden sieht und sein Herz gegen ihn verschließt, wie kann da die Liebe Gottes in ihm bleiben?" [21]) Es ist bekannt, mit welcher Entschiedenheit die Kirchenväter gelehrt haben, welche Haltung die Besitzenden gegenüber den Notleidenden einzunehmen haben: „Es ist nicht dein Gut", sagt Ambrosius, „mit dem du dich gegen den Armen großzügig erweist. Du gibst ihm nur zurück, was ihm gehört. Denn du hast dir nur herausgenommen, was zu gemeinsamer Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen".[22]) Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht. Niemand kann guten Grunds seinen Überfluß ausschließlich für sich gebrauchen, wo andern das Notwendigste fehlt. Mit einem Wort: das Eigentumsrecht darf nach der herkömmlichen Lehre der Kirchenväter und der großen Theologen niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden. Sollte ein Konflikt zwischen den „wohlerworbenen Rechten des einzelnen und den Grundbedürfnissen der Gemeinschaft" entstehen, dann ist es an der staatlichen Gewalt, „unter aktiver Beteiligung der einzelnen und der Gruppen eine Lösung zu suchen".[23])

Die Nutzung der Einkünfte

Das Gemeinwohl verlangt deshalb manchmal eine Enteignung, wenn ein Besitz wegen seiner Größe, seiner geringen oder überhaupt nicht erfolgten Nutzung, wegen des Elends, das die Bevölkerung durch ihn erfährt, wegen eines beträchtlichen Schadens, den die Interessen des Landes erleiden, dem Gemeinwohl hemmend im Wege steht. Das Konzil hat das ganz klar gesagt.[24]) Und nicht weniger klar hat es erklärt, daß verfügbare Mittel nicht einfach dem willkürlichen Belieben der Menschen überlassen sind und daß eogistische Spekulationen keinen Platz haben dürfen. Man braucht es deswegen nicht zu dulden, daß Staatsbürger mit übergroßen Einkommen aus den Schätzen und der Arbeit des Landes davon einen großen Teil ins Ausland schaffen, zum ausschließlichen persönlichen Gebrauch, ohne sich um das offensichtliche Unrecht zu kümmern, das sie ihrem Land damit zufügen.[25])

DIE INDUSTRIALISIERUNG

Notwendig für das wirtschaftliche Wachstum und den Fortschritt der Menschen ist die Industrialisierung, Zeichen und teilweise Ursache der Entwicklung. Durch die zähe Anwendung seiner Intelligenz und seiner Arbeit entreißt der Mensch Schritt um Schritt der Natur ihre Geheimnisse, zieht aus ihren Reichtümern größeren Nutzen. Indem er sein Verhalten in Zucht nimmt, entwickelt er in sich den Geschmack am Forschen und Erfin-

---

20) Gaudium et Spes Nr. 69, § 1.
21) 1 Jo 3, 17.
22) De Nabuthe (Über Naboth) c. 12, n. 53 PL 14, 747 — vgl. R. Palanque, Saint Ambroise et l'empire romain (Paris 1953) de Broccard, 336 ff.
23) Brief an die Semaine sociale zu Brest, in: L'homme et la révolution urbaine (Lyon 1965) Chronique sociale, 8 f.
24) Gaudium et Spes Nr. 71, § 6.
25) Vgl. ebenda Nr. 65, § 3.

den, das Ja zum berechneten Risiko, die Kühnheit im Unternehmen, die großzügige Initiative und den Sinn für Verantwortung.

Der liberale Kapitalismus

Zum Unglück hat sich mit diesen neuen Formen des Lebens ein System verbunden, das den Profit als den eigentlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet, den Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsgütern als ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber. Dieser ungehemmte Liberalismus führte zu jener Diktatur, die Pius XI. mit Recht als die Ursache des „internationalen Kapitalismus der Hochfinanz" [26]) brandmarkte. Man kann diesen Mißbrauch nicht scharf genug verurteilen. Noch einmal sei feierlich daran erinnert, daß die Wirtschaft im Dienst des Menschen steht.[27]) Aber wenn es auch wahr ist, daß eine gewisse Form des Kapitalismus die Quelle von vielen Übeln ist, von Ungerechtigkeiten und brudermörderischen Kämpfen, deren Folgen heute noch zu spüren sind, so würde man doch zu Unrecht der Industrialisierung als solcher die Übel ankreiden, die mit dem verderblichen System in ihrer Begleitung verbunden sind. Es ist im Gegenteil der unersetzbare Beitrag anzuerkennen, den die Organisierung der Arbeit und der industrielle Fortschritt zur Entwicklung geleistet haben.

Die Arbeit

Und ebenso bleibt es wahr, daß die Arbeit, mag sie auch hie und da einer verstiegenen Mystik unterliegen, von Gott gewollt und gesegnet ist. Nach dem Bilde Gottes geschaffen, „muß der Mensch mit dem Schöpfer an der Vollendung der Schöpfung mitarbeiten und die Welt mit dem Siegel seines Geistes prägen, den er selbst empfangen hat".[28]) Gott, der den Menschen mit Verstand, Phantasie, Einfühlungsvermögen ausgestattet hat, hat ihm auch die Mittel gegeben, irgendwie sein Werk zu vollenden. Ob Künstler oder Handwerker, ob Unternehmer, Arbeiter oder Bauer, jeder, der arbeitet, ist schöpferisch tätig. Beschäftigt mit einer widerspenstigen Materie, prägt er ihr sein Siegel auf und gewinnt so Zähigkeit, Scharfsinn und Erfindungsgabe. Ja, gemeinsame, in Hoffnung, Mühen, Streben und Freude geteilte Arbeit eint die Willen, bringt die Geister einander näher und verbindet die Herzen: im gemeinsamen Werk entdecken sich die Menschen als Brüder.[29])

Ihre zwei Seiten

Aber sie hat ihre zwei Seiten: sie verspricht Geld, Vergnügen, Macht, sie lädt die einen zum Egoismus ein, die anderen zur Revolte; aber sie entwickelt auch Berufsethos, Pflichtbewußtsein und Nächstenliebe. Je wissenschaftlicher und besser sie organisiert wird, um so eher kann sie den Menschen entmenschlichen, versklaven. Die Arbeit ist nur dann menschlich, wenn sie der Intelligenz und der Freiheit Platz läßt. Johannes XXIII. hat an die dringende Aufgabe erinnert, dem Arbeiter seine Würde zu geben, ihn wirklich am gemeinsamen Werk teilnehmen zu lassen: „Man muß danach streben, daß die Unternehmen eine Gemeinschaft von Personen werden, was die gegenseitigen Beziehungen, die Betriebsarbeit und die Stellung der ganzen Belegschaft angeht".[30]) Die Mühen der Menschen haben für den Christen noch einen weiteren Sinn: mitzuarbeiten an der Schaffung der übernatürlichen Welt,[31]) die noch nicht vollendet ist, bis wir alle zusammen den vollkommenen Menschen bilden, von dem der heilige Paulus spricht und der die „Fülle Christi" darstellt.[32])

---

26) Enzyklika „Quadragesimo Anno", 15. Mai 1931: AAS 23 (1931) 213.
27) Vgl z. B. Collin Clark, The conditions of economic progress (London 1960) Macmillan & Co, (New York) St. Martin's Press, 3—6.
28) Brief an die Semaine sociale von Lyon, in: Le travail et les travailleurs dans la société contemporaine (Lyon 1965) Chronique sociale, 6.
29) Vgl. z. B. M.-D. Chenu OP, Pour une théologie du travail (Paris 1955) Editions du Seuil.
30) „Mater et Magistra": AAS (1961) 423.
31) Vgl. z. B. Oswald von Nell-Breuning SJ, Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 1 Grundfragen (Freiburg 1956 — Herder), 183—194.
32) Eph 4, 13.

DIE DRINGLICHKEIT DER AUFGABE

Es eilt. Zu viele Menschen sind elend, und es wächst der Abstand, der den Fortschritt der einen von der Stagnation, besser gesagt, dem Rückschritt der anderen trennt. Was zu tun ist, muß aufeinander abgestimmt werden, sonst wird das nötige Gleichgewicht gestört. Eine unbedachte Agrarreform kann ihr Ziel verfehlen. Eine übereilte Industrialisierung kann Strukturen zerschlagen, die noch notwendig sind, und soziales Elend schaffen, ein Rückschlag für die Menschheit.

Versuchungen zu Gewalt

Es gibt ganz sicher Situationen, deren Ungerechtigkeit zum Himmel schreit. Wenn ganze Völker, am Notwendigsten leidend, in einer solchen Zwangslage leben, daß sie nichts selber tun und lassen können, keine Möglichkeit des kulturellen Aufstiegs haben, keine Möglichkeit, am sozialen und politischen Leben teilzunehmen, dann ist die Versuchung groß, solches gegen die menschliche Würde verstoßende Unrecht mit Gewalt zu beseitigen.

Revolution

Trotzdem: Jede Revolution — ausgenommen im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes gefährlich schadet — zeugt neues Unrecht, bringt neue Störungen des Gleichgewichts mit sich, ruft neue Zerrüttung hervor. Man kann ein Übel nicht mit einem noch größeren Übel vertreiben.

Reform

Man verstehe Uns recht: wir müssen uns der gegenwärtigen Situation mutig stellen und ihre Ungerechtigkeiten tilgen und aus der Welt schaffen. Das Entwicklungswerk verlangt kühne bahnbrechende Umgestaltungen. Drängende Reformen müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Alle müssen sich hochherzig daran beteiligen, vor allem jene, die durch Erziehung, Stellung, Einfluß große Möglichkeiten haben. Möchten sie doch, Beispiel gebend, wie es einige Unserer Brüder aus dem Episkopat taten,[33]) aus ihrem eigenen Vermögen etwas opfern. Damit entsprechen sie der Erwartung der Menschen, damit gehorchen sie dem Geist Gottes, denn „der Sauerteig des Evangeliums hat im Herzen der Menschen den unbezwingbaren Anspruch auf Würde erweckt und erweckt ihn auch weiter".[34])

PROGRAMME UND PLANUNG

Die Einzelinitiative und das freie Spiel des Wettbewerbs können den Erfolg des Entwicklungswerkes nicht sichern. Man darf es nicht darauf ankommen lassen, daß der Reichtum der Reichen und die Stärke der Starken noch größer werden, indem man die Armut der Armen und das Unterdrücktsein der Unterdrückten verewigt und zunehmen läßt. Man braucht Programme, die die Aktionen der einzelnen und der Zwischenorganisationen „ermutigen, anspornen, aufeinander abstimmen, ergänzen und zu einer Einheit bringen".[35]) Es ist Sache des Staates, hier auszuwählen, die Vorhaben, die Ziele, die Mittel zu bestimmen; an ihm ist es auch, alle an der gemeinsamen Aktion beteiligten Kräfte anzuspornen. Aber er soll Sorge tragen, an solchen Aktionen die Initiativen der einzelnen und der Sozialgebilde zu beteiligen, um die Gefahr einer Kollektivierung oder einer mehr oder weniger zufälligen Planung zu bannen, die, freiheitsfeindlich, die Ausübung grundlegender Rechte der menschlichen Person unmöglich machen.

---

33) Vgl. z. B. Mgr. M. Larrain Errazuriz, Bischof von Talca (Chile), Präsident der CELAM, Hirtenschreiben über die Entwicklung und den Frieden (Paris 1965) Pax Christi.
34) Gaudium et Spes Nr. 25, § 4.
35) „Mater et Magistra": AAS 53 (1961) 414.

Im Dienst des Menschen

Jedes Programm zur Steigerung der Produktion hat nur so weit Berechtigung, als es dem Menschen dient. Es ist da, um die Ungleichheiten zurückzuschrauben, Verfemungen zu bekämpfen, den Menschen aus seinen Versklavungen zu befreien, ihn fähig zu machen, in eigener Verantwortung sein materielles Wohl, seinen sittlichen Fortschritt, seine geistige Entfaltung in die Hand zu nehmen. Entwicklung sagen bedeutet, sich um den sozialen Fortschritt genau so kümmern wie um den wirtschaftlichen. Es reicht nicht, den allgemeinen Reichtum ansteigen zu lassen, um dann gleichmäßig zu verteilen. Es reicht nicht, die Technik auszubauen, damit die Erde menschlicher zu bewohnen sei. Die Irrtümer derer, die ihnen voraus sind, sollten die Entwicklungsländer vor den Gefahren auf diesem Gebiet warnen. Die Technokratie von morgen kann genau so schwere Fehler begehen wie der Liberalismus von gestern. Wirtschaft und Technik erhalten ihren Sinn erst durch den Menschen, dem sie zu dienen haben. Und der Mensch ist nur in dem Maß wahrer Mensch, als er, Herr seiner Handlungen und Richter über ihren Wert, selbst an seinem Fortschritt arbeitet, in Übereinstimmung mit seiner Natur, die ihm der Schöpfer gegeben hat und zu deren Möglichkeiten und Forderungen er in Freiheit sein Ja sagt.

Kampf gegen das Analphabetentum

Man kann sogar sagen, daß das wirtschaftliche Wachstum in erster Linie vom sozialen Fortschritt abhängt. Deshalb ist eine Grundausbildung die erste Stufe eines Entwicklungsplanes. Der Hunger nach Unterricht ist nicht weniger niederdrückend als der Hunger nach Nahrung. Ein Analphabet ist geistig unterentwickelt. Lesen und schreiben können, eine Berufsausbildung erwerben heißt Selbstvertrauen gewinnen und entdecken, daß man zusammen mit anderen vorankommt. Wie Wir schon in Unserer Botschaft an den UNESCO-Kongreß von Teheran im Jahre 1965 gesagt haben, ist die Erlernung des Alphabets für den Menschen „ein hervorragender Faktor seiner sozialen Eingliederung und seines persönlichen Reichtums, für die Gesellschaft ein bevorzugtes Mittel des wirtschaftlichen Fortschritts und der Entwicklung".[36]) Deshalb freuen Wir Uns über die gute Arbeit, die auf diesem Gebiet durch Einzelinitiative, öffentliche und internationale Stellen geleistet wird. Sie sind die vordersten Arbeiter an der Entwicklung; denn sie machen den Menschen fähig, zu sich selbst zu kommen.

Die Familie

Der Mensch ist nur er selbst in seiner sozialen Umwelt, in der die Familie die erste Rolle spielt. Diese konnte nach Zeiten und Orten das rechte Maß übersteigen, vor allem dann, wenn sie sich zum Nachteil der grundlegenden Freiheiten des Menschen auswirkte. Oft zu starr und schlecht strukturiert, sind die alten sozialen Verbände in den Entwicklungsländern trotzdem noch eine Zeitlang notwendig und können nur Schritt für Schritt in ihrer überstarken Bindung gelöst werden. Aber die normale Familie, die auf der Einehe beruht und fest gegründet ist, die Familie, wie sie nach Gottes Plan sein soll[37]) und die das Christentum geheiligt hat, muß der Ort bleiben, in dem „verschiedene Generationen zusammenleben und sich gegenseitig helfen, um zu größerer Weisheit zu gelangen und die Rechte der einzelnen Personen mit den anderen Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Lebens zu vereinbaren".[38])

Bevölkerungsfragen

Es ist richtig, daß zu oft ein schnelles Anwachsen der Bevölkerung für das Entwicklungsproblem eine zusätzliche Schwierigkeit bedeutet; die Bevölkerung wächst schneller als die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, und man gerät sichtlich in einen Engpaß. Dann ist die Versuchung groß, das Anwachsen der Bevölkerung durch radikale Maßnahmen zu

---

[36]) L'Osservatore Romano, 11. September 1962.
[37]) Vgl. Mt 19, 6.
[38]) Gaudium et Spes, Nr. 52, § 2.

bremsen. Der Staat hat zweifellos innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit das Recht, hier einzugreifen, eine zweckmäßige Aufklärung durchzuführen und geeignete Maßnahmen zu treffen, vorausgesetzt, daß diese in Übereinstimmung mit dem Sittengesetz sind und die Freiheit der Eheleute nicht antasten. Ohne das unabdingbare Recht auf Ehe und Zeugung gibt es keine Würde des Menschen. Die letzte Entscheidung über die Kinderzahl liegt bei den Eltern. Sie haben es reiflich zu überlegen. Sie müssen die Verantwortung vor Gott übernehmen, vor sich selbst, vor den Kindern, die sie bereits haben, vor der Gemeinschaft, zu der sie gehören, nach ihrem Gewissen, das sie entsprechend dem authentisch interpretierten Gesetz Gottes gebildet haben und im Vertrauen auf ihn stärken.[39])

Berufsorganisationen

In der Arbeit an der Entwicklung wird dem Menschen, der in der Familie seine erste Heimstatt hat, oft von Berufsorganisationen geholfen. Wenn deren Daseinsberechtigung in der Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder besteht, dann haben sie eine große Verantwortung vor der erzieherischen Aufgabe, die sie gleichzeitig leisten können und müssen. In ihrer Aufklärungs- und Bildungsarbeit haben sie die große Möglichkeit, in allen den Gemeinsinn und die Verpflichtung ihm gegenüber zu wecken.

Legitimer Pluralismus

Alles soziale Handeln setzt eine Lehre voraus. Der Christ kann kein System annehmen, dem eine materialistische und atheistische Philosophie zugrunde liegt, die weder die Ausrichtung des Menschen auf sein letztes Ziel noch seine Freiheit noch seine Würde als Mensch achten. Wo jedoch diese Werte sichergestellt sind, ist nichts gegen einen Pluralismus beruflicher und gewerkschaftlicher Organisationen einzuwenden; in mancher Hinsicht ist das sogar nützlich, weil damit die Freiheit geschützt und der Wetteifer angeregt wird. Aufrichtig danken Wir allen, die im selbstlosen Dienst für ihre Brüder arbeiten.

Kulturelle Förderung

Neben den Berufsorganisationen sind auch Kulturwerke an der Arbeit. Ihre Rolle ist für das Gelingen der Entwicklung nicht weniger wichtig. „Es gerät nämlich", wie das Konzil mit Nachdruck sagt, „das künftige Geschick der Welt in Gefahr, wenn nicht weisere Menschen auftreten". Und es fügt hinzu: „Viele Nationen sind an wirtschaftlichen Gütern verhältnismäßig arm, an Weisheit aber reicher und können den übrigen hervorragende Hilfe leisten".[40]) Reich oder arm, jedes Land hat eine Kultur, die es von den Vorfahren übernommen hat: Institutionen für das materielle Leben, Werke geistigen Lebens, künstlerischer, denkerischer, religiöser Art. Sofern sie wahre menschliche Werte darstellen, wäre es ein großer Fehler, sie aufzugeben. Ein Volk, das dazu bereit wäre, verlöre das Beste seiner selbst, es gäbe, um zu leben, den Grund seines Lebens hin. Das Wort Christi: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber seine Seele verliert",[41]) gilt auch für die Völker.

Die Versuchung des Materialismus

Die armen Völker können sich nie genug vor der Versuchung hüten, die ihnen von den reichen kommt. Diese bieten nur allzuoft neben dem Vorbild ihrer Erfolge im Technischen und Zivilisatorischen das Beispiel eines hauptsächlich auf das materielle Wohl ausgerichteten Handelns. Nicht als ob dieses von sich aus gegen den Geist gerichtet wäre. Im Gegenteil: „Der Geist des Menschen kann sich, von der Versklavung unter die Sachwelt befreit, ungehindert zur Kontemplation und Anbetung des Schöpfers erheben".[42]) Aber

---

39) Vgl. ebenda Nr. 50—51 (und Nr. 14), Nr. 87, § 2 und 3.
40) Ebenda Nr. 15, § 3.
41) Mt 16, 26.
42) Gaudium et Spes Nr. 57, § 4.

„die heutige Zivilisation kann oft, zwar nicht von ihrem Wesen her, aber durch ihre einseitige Zuwendung zu den irdischen Wirklichkeiten, den Zugang zu Gott erschweren".[43] Die Entwicklungsländer müssen also aus dem, was ihnen angeboten wird, auswählen: kritisch beleuchten und ablehnen die Scheinwerte, die die menschlichen Ideale nur absinken ließen, annehmen dagegen die gesunden und nützlichen Werte, um sie zusammen mit ihren eigenen nach ihrem Verständnis zu entwickeln.

Zusammenfassung

Diesen vollen Humanismus gilt es zu entfalten.[44] Und was ist dies anders als eine umfassende Entwicklung des ganzen Menschen und der ganzen Menschheit? Ein in sich geschlossener Humanismus, der die Augen vor den Werten des Geistes und vor Gott, ihrer Quelle, verschließt, könnte nur scheinbaren Erfolg haben. Gewiß, der Mensch kann die Erde ohne Gott gestalten, aber „ohne Gott kann er sie letzten Endes nur gegen den Menschen formen. Der in sich verschlossene Humanismus ist ein unmenschlicher Humanismus".[45] Nur jener Humanismus also ist der wahre, der sich zum Absoluten hin öffnet, in Dank für eine Berufung, die die richtige Auffassung vom menschlichen Leben schenkt. Der Mensch ist in gar keiner Weise letzte Norm der Werte, und er ist nur so viel Mensch, als er, nach einem Wort Pascals, den Menschen unendlich übersteigt.[46]

ZWEITER TEIL: UM EINE SOLIDARISCHE ENTWICKLUNG DER MENSCHHEIT

Einleitung

Die volle Entwicklung des Menschen kann nur in einer solidarischen Entwicklung der Menschheit geschehen. Wir sagten in Bombay: „Der Mensch muß dem Menschen begegnen. Die Völker müsen sich als Brüder und Schwestern begegnen, als Kinder Gottes. In diesem gegenseitigen Verstehen und in dieser Freundschaft, in dieser heiligen Gemeinschaft müssen wir mit dem gemeinsamen Werk und der gemeinsamen Zukunft der Menschheit beginnen".[47] Deshalb schlugen Wir vor, konkrete Mittel und praktische Formen der Organisation und Zusammenarbeit zu suchen, um die verfügbaren Hilfsmittel gemeinsam zu nutzen und so eine echte Gemeinschaft unter den Völkern zu stiften.

Bruderschaft der Völker

Diese Pflicht betrifft an erster Stelle die Begüterten. Sie wurzelt in der natürlichen und übernatürlichen Bruderschaft der Menschen, in dreifacher Hinsicht: in der Pflicht zur Solidarität: die Hilfe, die die reichen Völker den Entwicklungsländern leisten müssen; in der Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit: die Abstellung dessen, was an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den mächtigen und schwachen Völkern ungesund ist; in der Pflicht zur Liebe zu allen: die Schaffung einer menschlicheren Welt für alle, wo alle geben und empfangen können, ohne daß der Fortschritt der einen ein Hindernis für die Entwicklung der anderen ist. Die Frage ist von Bedeutung. Von ihr hängt die Zukunft der Zivilisation ab.

1. Die Hilfe für die Schwachen

Der Kampf gegen den Hunger

„Wenn ein Bruder oder eine Schwester keine Kleidung besitzt oder der täglichen Nahrung entbehrt, es sagt aber einer von euch zu ihnen: Geht hin in Frieden, erwärmt und sättigt euch, ihr gebt ihnen aber nicht, was sie für ihren Körper brauchen, was nützt

---

43) Ebenda Nr. 19, § 2.
44) Vgl. z. B. J. Maritain, L'humanisme intégral (Paris 1936) Aubier.
45) H. de Lubac SJ, Le drame de l'humanisme athée (Paris 1945) Spes, 10.
46) Pensées, ed. Brunschvicg Nr. 434 — Vgl. M. Zundel, L'homme passe l'homme (Kairo 1944) Editions du lien.
47) Ansprache an die Vertreter der nicht-christlichen Religionen, 3. Dezember 1964: AAS 57 (1964) 132.

das?" [48]) Heute gibt es — da ist niemand, der es nicht wüßte — auf ganzen Kontinenten unzählige Männer und Frauen, die vom Hunger gequält werden; unzählige Kinder, die unterernährt sind, so daß viele noch im zarten Alter sterben; daß die körperliche und geistige Entwicklung der übrigen in Gefahr ist; daß ganze Landstriche zu düsterster Hoffnungslosigkeit verurteilt sind .

Heute

Aufrufe von tiefster Sorge sind schon ergangen. Der Appell von Johannes XXIII. wurde herzlich aufgenommen.[49]) Wir selbst haben ihn in Unserer Weihnachtsbotschaft von 1963 [50]) wiederholt und von neuem zugunsten Indiens im Jahre 1966.[51]) Der Kampf gegen den Hunger, den die Internationale Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) führt und worin sie vom Heiligen Stuhl ermutigt wird, wird hochherzig unterstützt. Unsere Caritas Internationalis ist überall am Werk, und viele Katholiken steuern unter Führung Unserer Brüder aus dem Episkopat bei und setzen sich voll und ganz ein, um den Notleidenden zu helfen, und weiten so mehr und mehr den Kreis ihrer Nächsten.

Morgen

Aber das kann, ebensowenig wie die privaten und öffentlichen Investitionen, die Geschenke und Leihgaben, nicht reichen. Denn es handelt sich nicht nur darum, den Hunger zu besiegen, die Armut einzudämmen. Der Kampf gegen das Elend, so dringend und notwendig er ist, ist zu wenig. Es geht darum, eine Welt zu bauen, wo jeder Mensch, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Abstammung ein volles menschliches Leben führen kann, frei von Versklavung von seiten der Menschen oder einer Natur, die noch nicht recht gemeistert ist; eine Welt, wo die Freiheit nicht ein leeres Wort ist, wo der arme Lazarus an derselben Tafel mit dem Reichen sitzen kann.[52]) Das fordert von diesem ein hohes Maß an Hochherzigkeit, große Opfer und unermüdliche Anstrengungen. Jeder muß auf sein Gewissen hören, das eine neue Forderung für unsere Zeit erhebt. Ist er bereit, mit seinem Geld die Werke und Aufgaben zugunsten der Ärmsten zu unterstützen? Mehr Steuern zu zahlen, damit die öffentlichen Stellen ihre Entwicklungshilfe intensivieren können? Höhere Preise für die Importe auszurichten, damit die Erzeuger gerechter verdienen? Notfalls seine Heimat zu verlassen, wenn er jung ist, um den jungen Nationen in der Entwicklung zu helfen?

Pflicht zur Solidarität

Die Pflicht zur Solidarität der einzelnen besteht auch für die Völker. „Es ist eine schwere Verpflichtung der hochentwickelten Länder, den aufstrebenden Völkern zu helfen".[53]) Diese Lehre des Konzils muß verwirklicht werden. Wenn es auch richtig ist, daß jedes Volk die Gaben, die ihm die Vorsehung als Frucht seiner Arbeit geschenkt hat, an erster Stelle genießen darf, so kann trotzdem kein Volk seinen Reichtum für sich allein beanspruchen. Jedes Volk muß mehr und besser produzieren, einmal um seinen eigenen Angehörigen ein menschliches Leben zu gewährleisten, dann aber auch, um an der solidarischen Entwicklung der Menschheit mitzuarbeiten. Bei der wachsenden Not der unterentwickelten Länder ist es also durchaus als normal anzusehen, wenn die reichen Länder einen Teil ihrer Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der andern abzweigen; und es ist auch normal, daß sie Lehrer, Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler ausbilden, die ihr Wissen und Können in den Dienst der armen stellen.

Überfluß

Es sei noch einmal wiederholt: Der Überfluß der reichen Länder muß für die armen sein. Die Regel, die einmal zugunsten der nächsten Angehörigen galt, muß heute auf die

---

48) Jak 2, 15 f.
49) Vgl. „Mater et Magistra": AAS 53 (1961) 440.
50) Vgl. AAS 56 (1964) 57—58.
51) Vgl. Encicliche e Discorsi di Paolo VI (Rom 1966) ed. Paoline, t. IX., 132—136.
52) Vgl. Lk 16, 19—31.
53) Gaudium et Spes Nr. 86, § 3.

Gesamtheit der Weltnöte angewandt werden. Die Reichen haben davon den ersten Vorteil. Tun sie es nicht, so wird ihr hartnäckiger Geiz das Gericht Gottes und den Zorn der Armen erregen, und unabsehbar werden die Folgen sein. Würden sich die heute blühenden Kulturen in ihrem Egoismus verschanzen, so verübten sie einen Anschlag auf ihre höchsten Werte; sie opferten den Willen, mehr zu sein, der Gier, mehr zu haben. Und es gälte von ihnen das Wort vom Reichen, dessen Ländereien so guten Ertrag gaben, daß er hierfür keine Verwendung wußte. „Gott aber sprach zu ihm: Du Tor, in dieser Nacht wird man dein Leben von dir fordern".[54])

Programme

Damit diese Anstrengungen einen vollen Erfolg zeitigen, dürfen sie nicht verstreut und aus Geltungssucht und Machtstreben einander entgegengesetzt sein. Die Situation verlangt Programme, die aufeinander abgestimmt sind. Ein Programm ist mehr und besser als eine Hilfe, die zufällig zustandekommt, die dem guten Willen der einzelnen überlassen ist. Das setzt, Wir haben bereits darauf hingewiesen, vertiefte Studien voraus, Festlegung der Ziele, Bestimmung der Mittel, Zusammenfassung der Kräfte, um den augenblicklichen Nöten und den voraussehbaren Erfordernissen zu begegnen. Mehr noch: ein Programm übersteigt die Gesichtspunkte des rein wirtschaftlichen Wachstums und des sozialen Fortschritts: es gibt dem Werk, das getan werden soll, Sinn und Wert. Indem es sich um die Strukturen der Welt kümmert, bringt es den Menschen erst recht zur Geltung.

Weltfonds

Man muß aber noch weiter gehen. Wir verlangten in Bombay die Errichtung eines großen Weltfonds, der durch einen Teil der für militärische Zwecke ausgegebenen Gelder aufgebracht werden sollte, um den Allerärmsten zu helfen.[55]) Was für den unmittelbaren Kampf gegen das Elend gilt, hat seine Bedeutung auch für die Entwicklungshilfe. Nur eine weltweite Zusammenarbeit, deren gemeinsamer Fonds ihr Symbol und ihr Mittel wäre, würde es erlauben, unfruchtbare Rivalitäten zu überwinden und ein fruchtbares und friedliches Gespräch unter den Völkern in Gang zu bringen.

Seine Vorteile

Ohne Zweifel können daneben auch bilaterale und multilaterale Verträge bestehen: sie geben die Möglichkeit, die Abhängigkeitsverhältnisse und Bitterkeiten, die noch als Folgen der Kolonialzeit geblieben sind, durch Freundschaftsbeziehungen auf dem Boden juridischer und politischer Gleichheit zu ersetzen. Eingebettet in Programme weltweiter Zusammenarbeit wären sie über jeden Verdacht erhaben. Das Mißtrauen der Empfänger würde abgebaut. Sie brauchten sich weniger vor manchen Äußerungen eines sogenannten Neokolonialismus zu fürchten, der unter dem Schein finanzieller und technischer Hilfe politischen Druck und wirtschaftliches Übergewicht ausübt, um eine Vormachtstellung zu verteidigen oder zu erobern.

Die Dringlichkeit

Wer sähe nicht, daß ein solcher Fonds manche Vergeudung, die aus Furcht oder Stolz geschieht, verhindern würde? Wenn so viele Völker Hunger leiden, wenn so viele Familien in Elend sind, wenn so viele Menschen in Unwissenheit dahinleben, wenn so viele Schulen, Krankenhäuser, richtige Wohnungen zu bauen sind, dann ist jede öffentliche und private Vergeudung, jede aus nationalem oder persönlichem Ehrgeiz gemachte Ausgabe, jedes die Kräfte erschöpfende Rüstungsrennen ein unerträgliches Ärgernis. Wir müssen das anprangern! Möchten Uns doch die Verantwortlichen hören, bevor es zu spät ist!

---

54) Lk 12, 20.
55) Botschaft an die Journalisten in Begleitung des Hl. Vaters auf der Reise nach Bombay, 4. Dez. 1964: AAS 57 (1965) 135.

Das Gespräch beginnen

Es ist daher unbedingt notwendig, daß zwischen allen ein Gespräch beginnt, zu dem Wir in Unserer ersten Enzyklika „Ecclesiam Suam"[56]) aufgerufen haben. Ein solches Gespräch zwischen den Geldgebern und den Empfängern ermöglichte es, die Größe der Beiträge festzusetzen, nicht nur nach Hochherzigkeit und Bereitschaft der einen, sondern auch nach den wirklichen Bedürfnissen und Verwendungsmöglichkeiten der anderen. Die Entwicklungsländer liefen nicht mehr die Gefahr, von Schulden erdrückt zu werden, deren Abzahlung ihren ganzen Gewinn verschlingt. Zinsen und Laufzeit der Anleihen könnten so geregelt werden, daß es für die einen wie die anderen erträglich ist: man könnte einen Ausgleich schaffen zwischen den umsonst gegebenen Geschenken, den niedrig verzinsbaren Anleihen und der Laufzeit der Amortisation. Garantien für eine geplante und wirksame Verwendung könnten den Geldgebern gegenüber übernommen werden. Denn es kann sich nicht darum handeln, Bequemlichkeit und Ausbeutung zu unterstützen. Die Empfänger könnten verlangen, daß man sich nicht in ihre Politik einmische, daß man ihre soziale Ordnung nicht in Unordnung bringe. Sie sind souverän, und es ist ihre Sache, die eigenen Angelegenheiten selbst zu führen, ihre Politik selbst zu bestimmen, sich frei einer Gemeinschaft ihrer Wahl zuzuwenden. Es geht also darum, eine freie Zusammenarbeit zustandezubringen, eine wirksame Partnerschaft der einen mit den anderen, in gleicher Würde, um eine menschlichere Welt zu bauen.

Seine Notwendigkeit

Eine solche Aufgabe scheint unmöglich zu sein in Ländern, wo die tägliche Existenzsorge das gesamte Dasein der Familien in Beschlag nimmt, so daß man gar nicht auf den Gedanken kommen kann, Vorbereitungen für ein weniger elendes Leben in der Zukunft zu treffen. Aber gerade diesen Männern und Frauen muß man helfen; sie muß man überzeugen, daß sie selbst ihr Vorankommen in die Hand nehmen und schrittweise die Mittel dazu erwerben müssen. Dieses gemeinsame Werk kann nicht ohne gemeinsame zähe und mutige Anstrengung geschehen. Aber jeder sei davon überzeugt: es geht um das Leben der armen Völker, es geht um den inneren Frieden in den Entwicklungsländern, es geht um den Frieden der Welt.

2. Recht und Billigkeit in den Handelsbeziehungen

Auch beträchtliche Anstrengungen, um den Entwicklungsländern finanziell und technisch zu helfen, sind umsonst, wenn ihre Früchte zum Teil durch das Spiel des freien Handels zwischen den reichen und armen Ländern zunichte gemacht würden. Das Vertrauen der armen würde erschüttert, wenn sie den Eindruck gewännen, daß die eine Hand nimmt, was die andere gibt.

Wachsende Störungen

Die hochindustrialisierten Nationen exportieren vor allem Fertigprodukte, während die unterentwickelten Wirtschaften nur Agrarprodukte und Rohstoffe exportieren können. Dank dem technischen Fortschritt steigen jene rasch im Wert und finden einen guten Absatz. Dagegen unterliegen die Erstprodukte der unterentwickelten Länder breiten und jähen Preisschwankungen. An eine fortschreitende Wertsteigerung ist gar nicht zu denken. Daraus entstehen für die wenig industrialisierten Nationen große Schwierigkeiten, wenn sie aus ihren Exporten ihre Wirtschaft ausgleichen und ihre Entwicklungspläne verwirklichen sollen. Die armen Völker bleiben immer arm, die reichen werden immer reicher.

---

56) Vgl. AAS 56 (1964) 639 f.

Kein Liberalismus

Die Spielregel der freien Marktmechanik kann also für sich allein die internationalen Beziehungen nicht regieren. Ihre Vorteile sind klar, wo es sich um Partner von nicht allzu ungleichen wirtschaftlichen Bedingungen handelt: sie stachelt den Fortschritt an und belohnt die Anstrengung. Deshalb sehen die Industrieländer darin ein Gesetz der Gerechtigkeit. Aber es ist etwas anderes, wenn die Bedingungen von Land zu Land zu ungleich sind: die Preise, die sich frei auf dem Markt bilden, können ganz verderbliche Folgen haben. Man muß es einfach zugeben: damit ist das Grundprinzip des Liberalismus als Regel des Handels in Frage gestellt.

Gerechte Verträge unter den Völkern

Noch immer gilt die Lehre Leos XIII. in „Rerum Novarum": das Einverständnis von Partnern, die in zu ungleicher Situation sind, genügt nicht, um die Gerechtigkeit eines Vertrages zu garantieren. Die Regel, wonach Verträge durch das freie Einverständnis der Partner entstehen, ist den Forderungen des Naturrechts untergeordnet.[57]) Was von der Gerechtigkeit des individuellen Lohnes gilt, gilt auch von internationalen Verträgen: eine Verkehrswirtschaft kann nicht mehr allein auf die Gesetze des freien Wettbewerbs gegründet sein, der nur zu oft zu einer Wirtschaftsdiktatur führt. Der freie Austausch von Gütern ist nur dann recht und billig, wenn er den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit unterliegt.

Maßnahmen

Die hochentwickelten Länder haben dies übrigens für sich schon begriffen, und sie bemühen sich, durch geeignete Maßnahmen innerhalb ihrer Wirtschaft das Gleichgewicht herzustellen, das der sich selbstüberlassene freie Wettbewerb zu stören droht. So stützen sie oft ihre Landwirtschaft mit Zuwendungen, deren Aufbringung sie den bessergestellten Wirtschaftssektoren zuweisen. Um ferner ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen vor allem innerhalb eines gemeinsamen Marktes zu stützen, bemüht sich ihre Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, den unter ungünstigen Wettbewerbsbedingungen stehenden Industrien in etwa vergleichbare Chancen zu schaffen.

Internationale Abmachungen

Man darf hier nicht zweierlei Maß und Gewicht anwenden. Was von der Volkswirtschaft gilt, was man unter den hochentwickelten Ländern gelten läßt, gilt auch von den Handelsbeziehungen zwischen den reichen und armen Ländern. Ohne den freien Markt abzuschaffen, sollte man doch seinen Wettbewerb in den Grenzen halten, die ihn gerecht und sozial, also menschlich machen. Im Austausch zwischen entwickelten und unterentwickelten Wirtschaften sind die Situationen zu verschieden und die wahren Freiheiten zu ungleich. Die soziale Gerechtigkeit fordert, daß der internationale Warenaustausch, um menschlich und sittlich zu sein, zwischen Partnern geschehe, die wenigstens eine gewisse Gleichheit der Chancen haben. Diese selbst ist ein Fernziel. Um sie zu erreichen, sollte jetzt eine wirkliche Gleichheit im Gespräch und bei Verhandlungen geschaffen werden. Auch hier könnten sich internationale Verträge mit einem genügend weiten Spielraum als nützlich erweisen; sie könnten allgemeine Normen und gewisse Preise regeln, könnten gewisse Produktionen sichern, gewisse sich im Aufbau befindende Industrien stützen. Wer sähe nicht, daß ein solch gemeinsames Bemühen um eine größere Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen zwischen den Völkern den Entwicklungsländern positiv helfen würde? Eine solche Hilfe hätte nicht nur unmittelbare, sondern auch dauernde Wirkungen.

Der Nationalismus

Die Hindernisse, die zu überwinden sind: Noch andere Hindernisse stellen sich dem Aufbau einer gerechteren und nach dem Prinzip einer allgemeinen Solidarität geordneten

57) Vgl. Acta Leonis XIII. t. XI. (1892) 131.

Welt entgegen: der Nationalismus und der Rassenwahn. Es ist verständlich, daß die Völker, die erst jüngst ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, eifersüchtig auf ihre noch zerbrechliche nationale Einheit bedacht sind und sich bemühen, sie zu schützen. Es ist ebenfalls normal, daß die Völker einer alten Kultur stolz sind auf das Erbe, das ihnen die Geschichte überliefert hat. Aber diese berechtigten Gefühle müssen doch erhöht werden durch eine Liebe, die alle Glieder der Menschheitsfamilie umfaßt. Der Nationalismus schneidet die Völker von ihrem wahren Gut ab. Er wirkt sich dort besonders schädlich aus, wo die Schwäche der Volkswirtschaften vielmehr das Zusammentun von Anstrengungen, Erkenntnissen und finanziellen Mitteln fordert, um die Entwicklungsprogramme zu verwirklichen und den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zu fördern.

Rassenwahn

Der Rassenwahn ist keineswegs Pachtgut der jungen Völker, wo er sich ab und zu unter den Rivalitäten der Stammesverbände und der politischen Parteien verbirgt, zum großen Schaden der Gerechtigkeit und zur Gefahr für den inneren Frieden. Während der Kolonialzeit wütete er oft zwischen den Kolonisatoren und den Eingeborenen. Er verhinderte so ein fruchtbares gegenseitiges Verständnis und stapelte als Folge vieler Ungerechtigkeiten ein gehöriges Maß an Groll auf. Und noch immer verhindert er die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern; ist ein Ferment der Trennung und des Hasses inmitten der Staaten, wenn sich, unter Mißachtung der unaufgebbaren Rechte der menschlichen Person, die einzelnen und die Familien ihrer Rasse oder Hautfarbe wegen ungerecht einer Ausnahmeregelung unterworfen sehen.

Einer solidarischen Welt entgegen

Diese Situation voll dunkler Drohungen für die Zukunft bedrückt Uns zutiefst. Wir hegen jedoch die Hoffnung: schließlich wird sich doch die immer stärker spürbare Notwendigkeit einer Zusammenarbeit, der immer wacher werdende Sinn für Solidarität über alles Unverständnis und allen Egoismus durchsetzen. Wir hoffen, daß die Entwicklungsländer ihre Nachbarschaft dazu nutzen werden, um in Gebieten, die über die Grenzen reichen, gemeinsame Entwicklungszonen zu schaffen: gemeinsame Programme aufstellen, die Investitionen koordinieren, die Produktion verteilen, den Austausch organisieren. Wir hoffen auch, daß die multilateralen und internationalen Organisationen durch die notwendige Umorganisation Wege finden, die es den Entwicklungsländern möglich machen, aus den Engpässen, in denen sie sind, herauszukommen und in Treue zu ihrem Wesen selbst die Mittel zu ihrem sozialen und menschlichen Fortschritt zu finden.

Die Völker haben ihr Schicksal in der Hand

Wir müssen erreichen, daß eine immer wirksamer werdende weltweite Solidarität es allen Völkern erlaubt, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Die Vergangenheit war zu oft von den Gewalttaten der Völker gegeneinander gekennzeichnet. Möge der Tag kommen, wo die internationalen Beziehungen von gegenseitiger Achtung und Freundschaft geprägt sind, von gegenseitiger Zusammenarbeit, von gemeinsamem Aufstieg, für den sich jeder verantwortlich fühlt. Die jungen und schwachen Völker fordern ihren Anteil am Aufbau einer besseren Welt, in der die Rechte und die Berufung eines jeden mehr geachtet werden. Dieses Verlangen ist berechtigt, jeder muß es hören und darauf antworten.

3. Die Liebe zu allen

Die Welt ist krank. Das Übel liegt jedoch weniger darin, daß die Hilfsquellen versiegt sind oder daß einige wenige alles abschöpfen. Es liegt im Fehlen des brüderlichen Geistes unter den Menschen und unter den Völkern.

Pflicht zur Gastfreundschaft

Wir können nicht genug auf die Pflicht zur Gastfreundschaft hinweisen — eine Pflicht menschlicher Solidarität und christlicher Liebe —, die den Familien und den Kulturwerken der Gastländer obliegt. Vor allem für die Jugend müssen Klubräume und Heime geschaffen werden, um sie vor der Einsamkeit zu bewahren, vor dem Gefühl der Verlassenheit, der Trostlosigkeit, wo jegliche sittliche Widerstandskraft zerbricht. Auch um sie in der ungesunden Situation zu beschützen, in der sie sich befinden, wo sich ihnen der Vergleich zwischen der furchtbaren Armut ihrer Heimat mit dem Luxus und der Verschwendung, die sie oft umgeben, geradezu aufdrängt. Und auch, um sie vor verderblichen Lehren zu bewahren und vor Versuchungen, die sie überfallen, wenn sie an so viel unverdientes Elend[58]) daheim denken. Schließlich aber, um ihnen in herzlicher brüderlicher Gastfreundschaft das Beispiel eines gesunden Lebens zu geben, sie zu einer Hochschätzung der wahren und wirksamen christlichen Liebe, der Achtung vor den geistigen Werten zu führen.

Die Tragödie der jungen Studenten

Es ist schmerzlich, daran denken zu müssen: viele junge Menschen, die in die hochentwickelten Länder kommen, um dort Wissen, Können, Bildung zu erwerben, damit sie ihrer Heimat besser dienen können, erwerben dort zwar ganz gewiß eine Ausbildung von hoher Qualität, aber sie verlieren zu oft die Achtung vor den geistigen Werten, die sich als kostbares Erbe in den Kulturen finden, in denen sie groß geworden sind.

Die Gastarbeiter

Die gleiche Gastfreundschaft sind wir auch den Gastarbeitern schuldig, die oft unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und ihr Geld sparen, um ein wenig ihrer Familie zu helfen, die im Elend der Heimat zurückgeblieben ist.

Sozialer Sinn

Unsere zweite Empfehlung gilt denen, die ihr Beruf in die Länder führt, die erst jüngst der Industrialisierung erschlossen wurden: Industrielle, Kaufleute, Unternehmer und deren Vertreter. Sie empfinden meist durchaus sozial in ihrer Heimat. Warum aber handeln sie in den Entwicklungsländern nach den unmenschlichen Grundsätzen des Individualismus? Ihre überlegene Situation müßte sie doch eigentlich dort, wo sie von ihren geschäftlichen Interessen hingeführt werden, zu Initiatoren des sozialen Fortschritts und des menschlichen Aufstiegs machen. Gerade ihr Sinn für Organisation müßte ihnen zeigen, wie man die Arbeit der Eingeborenen aufwerten könnte; wie Facharbeiter, Ingenieure und Stammarbeiter heranzubilden sind; wie man ihrer Initiative Raum geben, wie man sie Schritt für Schritt in führende Stellungen bringen kann, um so mit ihnen in nicht allzu ferner Zukunft die Führungsverantworung zu teilen. Daß wenigstens die Gerechtigkeit immer die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen regelte! Daß ordentliche Verträge die gegenseitigen Verpflichtungen ordneten! Daß keiner, welche Stellung er immer haben mag, ungerecht der Willkür eines andern ausgeliefert sei!

Entwicklungshelfer

Wir freuen Uns darüber, daß immer mehr Fachleute durch internationale, bilaterale oder private Organisationen zur Entwicklungshilfe ausgesandt werden. „Sie dürfen bei ihrem Einsatz nicht als Herren auftreten, sondern sollen Helfer und Mitarbeiter sein".[59]) Ein Volk merkt sehr schnell, ob seine Helfer mit oder ohne Zuneigung zugreifen, ob sie nur Technik bringen oder dem Menschen seinen Wert zugestehen. Ihre Botschaft wird nur dann angenommen, wenn sie von brüderlicher Liebe getragen ist.

---

58) Vgl. ebenda 98.
59) Gaudium et Spes Nr. 85, § 2.

Eigenschaften der Fachleute

Zum notwendigen technischen Können müssen also echte Erweise einer selbstlosen Liebe kommen. Frei von jedem nationalisitischen Hochmut wie von jedem Anschein eines Rassenvorurteils, müssen diese Fachleute lernen, eng mit allen zusammenzuarbeiten. Sie müssen wissen, daß ihnen ihr Fachwissen keine Uberlegenheit auf allen Gebieten sichert. Die Kultur, die sie gebildet hat, enthält zweifellos Elemente eines universalen Humanismus, aber sie ist nicht die einzige und nicht die ausschließliche, und sie kann nicht ohne Anpassung eingeführt werden. Wer sich dieser Aufgabe widmet, dem muß es ein Anliegen sein, mit der Geschichte seines Gastlandes auch dessen kulturelle Kräfte und Reichtümer zu entdecken. So kommt man sich näher, und davon werden beide Kulturen befruchtet.

Dialog der Kulturen

Der offene Dialog zwischen den Kulturen wie den Menschen schafft brüderliche Gesinnung. Die Entwicklungshilfe bringt die Völker in der gemeinsamen Arbeit zur Verwirklichung von Vorhaben einander näher, wenn alle, angefangen von den Regierungen und ihren Vertretern bis zum letzten Fachmann, von brüderlicher Liebe beseelt und von dem aufrichtigen Verlangen erfüllt sind, eine Zivilisation weltweiter Solidarität zu bauen. Dann beginnt ein Gespräch über den Menschen, nicht über Lebensmittel oder Technik. Es wird fruchtbar sein, wenn es den Völkern, die so ins Sprechen gekommen sind, die Möglichkeit, sich zu erheben und zu vergeistigen, gibt; wenn die Techniker zu Lehrern werden und wenn die Unterweisung von solcher geistigen und sittlichen Kraft ist, daß sie nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den menschlichen Fortschritt gewährleistet; dann bleiben auch nach Abschluß der Hilfeleistungen die entstandenen menschlichen Beziehungen. Und wer sähe nicht, welche Bedeutung sie für den Frieden der Welt haben?

Aufruf an die Jugend

Viele junge Menschen haben bereits mit Feuereifer auf den Aufruf Pius' XII. für die laienmissionarische Bewegung geantwortet.[60]) Zahlreich sind auch jene, die sich freiwillig den offiziellen und privaten Organisationen zur Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt haben. Wir freuen Uns zu hören, daß in manchen Nationen der Militärdienst zum Teil als Sozialdienst, als abgekürzter Dienst geleistet werden kann. Wir segnen die Initiativen und die Antworten voll guten Willens. Möchten doch alle, die sich zu Christus bekennen, seinen Ruf hören: „Ich war hungrig, ihr habt mich gespeist; ich war durstig, ihr habt mich getränkt; ich war Fremdling, ihr habt mich beherbergt; nackt, ihr habt mich bekleidet; ich war krank, ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis, ihr seid zu mir gekommen".[61]) Niemand kann dem Los seiner Brüder, die in Elend versunken, der Unwissenheit ausgeliefert, Opfer der Unsicherheit sind, gleichgültig gegenüberstehen. Wie das Herz Christi, muß auch das Herz der Christen mit dem Elend mitempfinden: „Mich erbarmt des Volkes".[62])

Gebet und Tun

Alle sollen den Allmächtigen bitten, daß sich die Menschheit in Erkenntnis der großen Übel mit Intelligenz und Mut daran mache, sie aus der Welt zu schaffen. Diesem Gebet muß die Entschlossenheit eines jeden entsprechen, sich nach dem Maß seiner Kräfte und Möglichkeiten im Kampf gegen die Unterentwicklung einzusetzen. Möchten sich doch alle Menschen, die sozialen Gruppen und die Völker, brüderlich die Hand reichen, der Starke in seiner Hilfe dem Schwachen gegenüber, indem er sein ganzes Können, seine Begeisterung, seine selbstlose Liebe einsetzt. Mehr als irgend jemand, ist der wahre Liebende erfinderisch im Entdecken von Ursachen des Elends, im Finden der Mittel, es zu über-

---

60) Enzyklika „Fidei Donum", 21. April 1957: AAS 49 (1957) 246.
61) Mt 25, 35—36.
62) Mk 8, 2.

winden und zu besiegen. Der Friedensstifter „geht gerade seinen Weg, entzündet die Freude und verbreitet Licht und Gnade in den Herzen der Menschen auf der ganzen Welt und lehrt sie über alle Grenzen hinweg das Antlitz von Brüdern, das Antlitz von Freunden, entdecken".[63])

4. Entwicklung: der neue Name für Friede

Die zu großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterschiede unter den Völkern rufen Spannungen und Zwietracht hervor und bringen den Frieden in Gefahr. Nach der Rückkehr von Unserer Friedensreise zur UNO haben Wir vor den Konzilsvätern gesagt: „Gegenstand unserer Überlegungen müssen die Lebensbedingungen der Entwicklungsländer sein, besser gesagt: unsere Liebe zu den Armen in dieser Welt — uns es sind unzählige Legionen — muß hellhöriger, aktiver, hochherziger werden".[64]) Das Elend bekämpfen und der Ungerechtigkeit entgegentreten heißt, neben dem Bessergehen, am menschlichen und geistigen Fortschritt aller arbeiten und damit am Gemeinwohl der Menschheit. Der Friede besteht nicht einfach im Schweigen der Waffen, nicht einfach im immer schwankenden Gleichgewicht der Kräfte. Er muß Tag für Tag aufgebaut werden, nach einer von Gott gewollten Ordnung, die eine vollkommenere Gerechtigkeit unter den Menschen herbeiführt.[65])

Heraus aus der Isolierung

Werkleute des eigenen Fortschritts, tragen die Völker an erster Stelle dafür die Verantwortung. Aber sie werden es nicht als getrennte schaffen. Regionale Übereinkünfte unter den schwachen Völkern zu gegenseitiger Unterstützung, umfassende Hilfeleistungsabmachungen, feierliche Verträge zwischen den Partnern zu gemeinsamen Programmen sind die Stufen auf dem Weg zur Entwicklung, der zum Frieden führt.

Für eine Weltautorität

Diese internationale Zusammenarbeit auf Weltebene braucht Institutionen, die sie vorbereiten, aufeinander abstimmen, leiten, bis hin zur Schaffung einer Rechtsordnung, die allgemein anerkannt ist. Von ganzem Herzen ermutigen Wir die Organisationen, die die Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe in die Hand genommen haben, und Wir wünschen, daß ihre Autorität wachse. „Ihre Aufgabe ist es", so sagten Wir vor den Vertretern der UNO in New York, „nicht einige, sondern alle Völker einander brüderlich näherzubringen ... Wer sieht nicht die Notwendigkeit ein, allmählich zur Errichtung einer die Welt umfassenden Autorität zu kommen, die in Rechtsfragen und in der Politik wirksam handeln kann?" [66])

Berechtigte Hoffnung auf eine bessere Welt

Manche mögen solche Hoffnungen für utopisch halten. Es könnte aber sein, daß sich ihr Realismus als irrig erweist, daß sie die Dynamik einer Welt nicht erkannt haben, die brüderlicher leben will, die sich trotz ihrer Unwissenheit, ihrer Irrtümer, ihrer Sünden, ihrer Rückfälle in die Barbarei, ihrer weiten Abwege vom Weg des Heils, langsam, ohne sich darüber klar zu sein, ihrem Schöpfer nähert. Dieser Weg zu einer größeren Menschlichkeit verlangt Anstrengungen und Opfer. Aber auch das Leid, angenommen aus Liebe zu unseren Brüdern, trägt bei zum Fortschritt der gesamten Menschheitsfamilie. Die Christen wissen, daß die Vereinigung mit dem Opfer des Erlösers beiträgt zur Erbauung des Leibes Christi in seiner Fülle: zum einen Volk Gottes.[67])

---

63) Ansprache Johannes' XXIII. anläßlich der Überreichung des Balzanpreises, 10. Mai 1963: AAS 55 (1963) 455.
64) AAS 57 (1966) 896.
65) Vgl. Enzyklika „Pacem in terris", 11. April 1963: AAS 55 (1963) 301.
66) AAS 57 (1965) 880.
67) Vgl. Eph 4, 12; Lumen Gentium Nr. 13.

Alle solidarisch

Auf diesem Weg sind wir alle solidarisch. Allen wollten Wir die Größe der Tragödie und die Dringlichkeit der Aufgabe vor Augen stellen. Jetzt schlägt die Stunde der Tat: das Leben so vieler unschuldiger Kinder, der Aufstieg so vieler unglücklicher Familien zu einem menschlichen Leben, der Friede der Welt, die Zukunft der Kultur stehen auf dem Spiel. Alle Menschen, alle Völker haben ihre Verantwortung zu übernehmen.

SCHLUSSAPPELL

Katholiken

Inständig bitten Wir als erste Unsere Söhne. In den Entwicklungsländern, aber genau so in den andern, müssen die Laien ihre eigentliche Aufgabe in Angriff nehmen: die Erneuerung der irdischen Ordnung. Wenn es die Aufgabe der Hierarchie ist, authentisch die sittlichen Grundsätze auf diesem Gebiet zu lehren und zu interpretieren, dann ist es ihre Obliegenheit, in freier Initiative und ohne erst Weisungen und Direktiven abzuwarten, das Denken und die Sitten, die Gesetze und die Lebensordnungen ihrer Gemeinschaft mit christlichem Geist zu durchdringen.[68]) Wandlungen sind notwendig, tiefgreifende Reformen unumgänglich. Mit aller Entschiedenheit müssen die Katholiken darangehen, sie mit dem Geist des Evangeliums zu beleben. Unsere katholischen Söhne in den wohlhabenden Ländern bitten Wir, ihr Können und ihre Energie den offiziellen und privaten, den öffentlichen und den kirchlichen Organisationen für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Es wird ihnen sicher ein Herzensanliegen sein, in der vordersten Linie derer zu stehen, die sich um die Errichtung einer internationalen Ordnung der Gerechtigkeit und der Rechtlichkeit mühen.

Christen und Gläubige

Wir sind sicher, daß alle Christen, unsere Brüder, ihre gemeinsame Anstrengung verdoppeln, um der Welt zu helfen, über den Egoismus, den Stolz, die Rivalitäten zu triumphieren, Ehrsucht und Ungerechtigkeit zu überwinden, um allen den Weg zu einem menschlicheren Leben zu öffnen, wo jeder geliebt und jedem geholfen wird als seinem Nächsten, seinem Bruder. Noch sind Wir bewegt von der unvergeßlichen Begegnung mit unseren nicht-christlichen Brüdern in Bombay, und wieder laden Wir sie ein, mit ihrem Herzen und ihrer Intelligenz mitzuarbeiten, damit alle Menschenkinder ein der Kinder Gottes würdiges Leben führen können.

Menschen guten Willens

Schließlich wenden Wir Uns an alle Menschen guten Willens, die sich dessen bewußt sind, daß der Weg zum Frieden über die Entwicklung führt. Delegierte an den internationalen Organisationen, Staatsmänner, Publizisten, Erzieher, alle, jeder an seinem Platz, ihr seid die Baumeister einer neuen Welt! Wir bitten den allmächtigen Gott, euren Verstand zu erleuchten, euren Mut zu stärken, um die Öffentliche Meinung zu alarmieren und die Völker mitzureißen. Erzieher, an euch ist's, schon in den Kindern die Liebe zu den Völkern im Elend zu wecken! Publizisten, ihr müßt unsre Augen öffnen für das, was schon getan ist, um die gegenseitige Hilfe unter den Völkern anzuregen, zu öffnen für die Tragödie des Elends, das die Menschen nur zu leicht vergessen, um ihr Gewissen zu beruhigen! Die Reichen sollen wenigstens wissen, daß die Armen vor ihrer Tür stehen und auf die Brosamen von ihren Tischen warten.

Staatsmänner

Staatsmänner, ihr habt die Pflicht, eure Völker zu einer wirksameren weltweiten Solidarität zu mobilisieren, sie zunächst zu notwendigen Abstrichen an Luxus und Ver-

---

68) Vgl. „Apostolicam Actuositatem" Nr. 7, 13—24.

geudung zu veranlassen, um die Entwicklung zu fördern und um den Frieden zu retten! Delegierte der internationalen Organisationen, von euch hängt es ab, ob die gefährlichen und unfruchtbaren Blockbildungen einer freundschaftlichen, friedlichen, selbstlosen Zusammenarbeit zu einer solidarischen Entwicklung der Menschheit Platz machen, wo alle Menschen sich entfalten können!

Die Weisen

Wenn es wahr ist, daß die Welt krank ist, weil ihr Gedanken fehlen, dann rufen Wir alle Menschen auf, die sich Gedanken machen, die Weisen, Katholiken, Christen, jene, die Gott verehren, nach dem Absoluten dürsten, nach der Gerechtigkeit und der Wahrheit: alle Menschen guten Willens. Nach Christi Beispiel wagen Wir euch eindringlich zu bitten: „Suchet, und ihr werdet finden",[69]) öffnet die Wege zu gegenseitiger Hilfe, zu vertieftem Wissen, zu einem weiten Herzen, zu einem brüderlicheren Leben in der einen wahrhaft universalen Gemeinschaft der Menschen!

Alle ans Werk

Ihr alle, die ihr den Ruf der notleidenden Völker gehört habt, ihr alle, die ihr euch müht, darauf zu antworten, ihr seid die Apostel einer guten und gesunden Entwicklung. Diese besteht nicht in egoistischem und um seiner selbst willen geliebtem Reichtum, sondern in einer Wirtschaft im Dienst des Menschen, im täglichen Brot für alle, der Quelle der Brüderlichkeit und dem Zeichen der Sorge Gottes.

Segen

Von ganzem Herzen segnen Wir euch, und Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, sich euch brüderlich anzuschließen. Denn wenn Entwicklung der neue Name für Friede ist, wer wollte nicht mit ganzer Kraft daran mitarbeiten? Ja, alle. Wir laden alle ein, auf Unseren Ruf der Sorge zu antworten, im Namen des Herrn.

Gegeben im Vatikan, am Osterfest, 26. März 1967.

PAULUS P.P. VI.

---

69) Lk 11, 9.

Gemeinsame Stellungnahme der Vertreter der Christlichen Friedenskonferenz der Bundesrepublik, der DDR und West-Berlins zur gegenwärtigen politischen Lage

1) Wir sind darin einig, daß die Frage des internationalen Friedens den Vorrang haben muß vor nationalen Fragen und daß die Deutschlandfrage nicht isoliert verhandelt werden kann, sondern nur im Zusammenhang einer umfassenden europäischen Friedensregelung. Unerläßliche Schritte dazu sind:

a) die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Oder/Neiße-Grenze;

b) die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR;

c) die Anerkennung der Notwendigkeit einer internationalen vertraglichen Friedensregelung unter Einschluß der Punkte a und b angesichts der Tatsache, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, den in Potsdam (1945) vorgesehenen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung zu schließen. Im Rahmen einer solchen internationalen Friedensregelung müßte auch für West-Berlin ein angemessener Status garantiert werden;

d) die Anerkennung der Notwendigkeit von Abrüstungsmaßnahmen: Beitritt zu einem Nonproliferationsvertrag, atomwaffenfreie Zone u. a. m.

2) Wir sind darin einig, daß es eine gemeinsame Aufgabe der Deutschen ist zu zeigen, daß sie auf dem Hintergrund einer gemeinsamen Geschichte, Kultur und Sprache heute in zwei unterschiedlichen Sozialstrukturen friedlich miteinander leben können, wobei beide deutsche Staaten jeweils an verschiedene demokratische Traditionen der deutschen Geschichte anknüpfen konnten. Es charakterisiert die deutsche Situation, daß diese Traditionen wechselseitig unterschiedlich gewertet werden.

3) Wir sind darin einig: eine künftige europäische Sicherheits- und Friedensordnung soll die Möglichkeit offenhalten, daß sich die beiden deutschen Staaten zusammenschließen.

4) Wir sind darin einig, daß die Beteiligung beider deutscher Staaten an internationalen partnerschaftlichen Solidaritätsaktionen gegenüber der Dritten Welt eine dringende Notwendigkeit ist, da der Friede der Zukunft die Überwindung von Hunger und sozialer Ungerechtigkeit voraussetzt. Dabei dürfen die Länder der Dritten Welt mit der deutschen Frage nicht belastet werden.

5) Wir sind darin einig, daß die hier angegebenen Friedensziele in den einzelnen Verfassungsbereichen differenzierte und darum unterschiedliche innenpolitische Urteile und Schritte zur Folge haben können.

Beienrode, den 6. 4. 1967

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31.50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.11.1. halbjährlich, £ 3.2.2. jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 30,— halbjährlich, dkr 60,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Bemerkungen

Jörg Huffschmid, geb. 1940, studierte Philosophie und Volkswirtschaftslehre in Freiburg, Paris und Berlin und legte 1964 sein Diplomexamen ab; er ist seitdem als Assistent am Institut für Konzentrationsforschung der Freien Universität Berlin tätig.

Karsten Kullmann, geb. 1941 in Leipzig, studiert seit 1962 Soziologie in Frankfurt und Berlin und absolvierte 1965 ein Industriepraktikum. Veröffentlichung: Macht und Gegenmacht in einem westdeutschen Industriebetrieb — Innerbetriebliche Herrschaft und belegschaftliche Organisation aus der Sicht einer teilnehmenden Beobachtung, 1966.

Alfred Horné, geb. 1928 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Theologie und Sozialwissenschaften in Frankfurt/Main und war zeitweise in der Eisen- und Stahlindustrie tätig; 1951—1958 Mitarbeiter der Gesellschaft für soziale Betriebspraxis in Düsseldorf; 1958—1962 freier Publizist; 1960—1962 Leiter der Volkshochschule Velbert/Rhld.; seit 1963 Leiter der sozialpolitischen Redaktion beim Bayerischen Rundfunk. Buchveröffentlichungen: Der beklagte Sieg — Gespräche über die Mitbestimmung, Villingen 1959, 2. Aufl. 1965; Christ und Bürger, heute und morgen, Villingen 1960; Zwischen Stillstand und Bewegung — Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, Frankfurt/Main 1965; Gibt es einen gerechten Lohn?, Frankfurt/Main 1965.

Die in diesem Heft veröffentlichten Arbeiten von Jörg Huffschmid und Dr. Hanns-Jochen Hauß/Reinhard Opitz erscheinen in diesen Tagen als Sonderdrucke in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preise von je 1,50 DM.

Entgegen der Ankündigung in Heft 4/1967 der „Blätter" kostet der Sonderdruck der Sozialenzyklika Papst Paul VI., Populorum Progressio, der soeben im Pahl-Rugenstein Verlag erschienen ist, nicht 1,80 DM, sondern 2,10 DM.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Hermann Luchterhand Verlags, Neuwied, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.